

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## 250 Jahre USA

*Charlotte A. Lerg*  
WIE REVOLUTIONÄR  
WAR DIE UNABHÄNGIGKEITS-  
ERKLÄRUNG?

*Volker Depkat*  
ÜBER DIE DEMOKRATIE  
IN AMERIKA,  
250 JAHRE SPÄTER

*Barbara Zehnpeffnig*  
DIE FEDERALIST PAPERS  
ALS GRÜNDUNGSDOKUMENT  
DER DEMOKRATIE

*Philipp Gassert*  
VOM STREBEN NACH GLÜCK


*Silke Hackenesch*  
ANMERKUNGEN ZUR  
AMERIKANISCHEN IDENTITÄT

*Franke Steffens*  
KULTURKAMPF  
UM DIE GESCHICHTE

*Payam Ghalehdar*  
SOVERÄNISMUS  
IN DER US-AUßENPOLITIK

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DASPARLAMENT

# 250 Jahre USA

## APuZ 25–26/2026

**CHARLOTTE A. LERG**

### WIE REVOLUTIONÄR WAR DIE UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG?

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 war weniger Endpunkt als Eskalationsstufe der Revolution. Trotz inhärenter Widersprüche bargen sowohl der Deklarationsakt selbst als auch die artikulierten Ideale eine emanzipatorische Sprengkraft, die bis heute wirkt.

Seite 04–10

**VOLKER DEPKAT**

### ÜBER DIE DEMOKRATIE IN AMERIKA, 250 JAHRE SPÄTER

Die Gründerväter der USA hatten keine Demokratie, sondern eine Republik im Sinn, als sie vor 250 Jahren die Unabhängigkeit vom Mutterland Großbritannien erklärten. Gleichwohl birgt das Gründungsversprechen ein gewaltiges, bis heute umkämpftes Demokratisierungspotenzial.

Seite 11–16

**BARBARA ZEHNPFENNIG**

### DIE FEDERALIST PAPERS ALS GRÜNDUNGSDOKUMENT DER DEMOKRATIE

Die Federalist Papers sind ein einzigartiger Kommentar nicht nur zur Begründung der US-Demokratie und ihrer Verfassung, sondern zur modernen Demokratie schlechthin. Gleichwohl scheinen sich heute manche Befürchtungen der damaligen Verfassungsgegner zu bewahrheiten.

Seite 17–22

**PHILIPP GASSERT**

### VOM STREBEN NACH GLÜCK

Der „Pursuit of Happiness“ ist tief im kollektiven Gedächtnis der USA verankert, er ist Teil der amerikanischen Erfolgsgeschichte. Doch wenn materieller Überfluss den Nationalcharakter prägt, wird wahrgenommene oder tatsächliche Knappheit zum politischen Problem.

Seite 23–28

**SILKE HACKENESCH**

### ANMERKUNGEN ZUR AMERIKANISCHEN IDENTITÄT

Die Identität der USA ist geprägt vom Spannungsverhältnis zwischen den universalistischen Idealen von Freiheit und Gleichheit und den historischen wie gegenwärtigen Formen von Diskriminierung und Ungleichheit. Gemeinsamkeit herzustellen, bleibt eine fortwährende Aufgabe.

Seite 29–34

**FRAUKE STEFFENS**

### KULTURKAMPF UM DIE GESCHICHTE

250 Jahre nach Gründung der Vereinigten Staaten trifft die Gründungserzählung auf verdrängte Gewalt und konkurrierende Erinnerungen. Konflikte über Schulen, Museen und Monumente werden in einem Klima rechtsnationalistischer Geschichtspolitik ausgetragen.

Seite 35–39

**PAYAM GHALEHDAR**

### SOVERÄNISMUS IN DER US-AUßENPOLITIK

Donald Trumps Militäraktionen in Venezuela und Iran werden gemeinhin als Hinwendung zu einer neokonservativen Außenpolitik interpretiert. In Wahrheit sind die Militäreinsätze jedoch Zeichen eines souveränistischen Weltbilds mit langer Tradition in der US-Außenpolitik.

Seite 40–45

# EDITORIAL

Dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika im 250. Jahr ihres Bestehens in einem rundum guten Zustand befinden, würden auch ihre größten Bewunderer wohl nicht behaupten. Die gesellschaftliche Polarisierung ist so stark wie lange nicht mehr, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien stehen massiv unter Druck, und auch das fast schon ikonische Wohlstandsversprechen der amerikanischen Gesellschaft entpuppt sich für viele als nicht eingelöste Verheißung. Innenpolitisch scheint der 47. Präsident der USA alles daran zu setzen, die Skeptiker von Staatsgründung und Verfassungsgebung nachträglich in ihren Befürchtungen zu bestätigen, dass die Exekutivmacht unkontrollierbar werden könnte; außen- und wirtschaftspolitisch verwickelt er das Land in Scharmützel, die nicht nur der eigenen Bevölkerung, sondern der ganzen Welt schaden.

Angesichts der aktuellen Malaisen der amerikanischen Demokratie gerät mitunter aus dem Blick, dass die Versprechen der Unabhängigkeitserklärung im Laufe der Zeit eine Wirkmächtigkeit entfaltet haben, die historisch ihresgleichen sucht. Die Idee, dass alle Menschen gleich und mit unveräußerlichen Rechten geboren werden, hat nicht nur die amerikanische Gesellschaft geformt, sondern weltweit Verfassungsgebungen beeinflusst, Unabhängigkeitsbewegungen inspiriert und Bürgerrechtsbewegungen geprägt. Dass das Versprechen von Gleichheit, Freiheit und Glück für große Teile der US-Bevölkerung lange Zeit gar nicht galt, minderte seine Strahlkraft nicht. Bis heute ist es der Maßstab, an dem sich demokratische Politik in den USA und anderswo messen lassen muss.

Diese liberale Ausprägung von Demokratie ist nicht die einzig denkbare. Wer nun aber meint, dass Menschenwürde, Minderheitenrechte oder rechtsstaatliche Verfahren nicht zu ihrem Wesen gehörten und deshalb eingeschränkt oder gar abgeschafft werden sollten, der könnte das US-amerikanische Jubiläum zum Anlass nehmen, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir auf dieses aufklärerische Erbe tatsächlich verzichten können. Denn diese Elemente sind keine neomodischen Erfindungen, sondern – seit 250 Jahren – Kernprinzipien demokratischen Zusammenlebens.

*Sascha Kneip*

# WIE REVOLUTIONÄR WAR DIE UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG?

*Charlotte A. Lerg*

Die Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Kolonien von Großbritannien gilt heute als Schlüsseldokument der amerikanischen Revolution. Nicht der 21. Juni 1788, als die Verfassung ratifiziert wurde, wird deshalb als Gründungsmoment gefeiert, sondern der 4. Juli 1776.

Allerdings war die Erklärung der Unabhängigkeit weniger der lang angestrebte Endpunkt eines revolutionären Freiheitskampfes als vielmehr eine Eskalationsstufe innerhalb eines längeren Prozesses, in dem die Option, sich von London loszusagen, lange gar nicht zur Debatte stand. Nachdem die Unabhängigkeit dann erklärt war, musste sie noch in einem fast acht Jahre andauernden Krieg erkämpft werden. In diesem Sinne könnte man das 1776 verabschiedete Dokument am ehesten als Absichtserklärung, vielleicht auch als Kampfansage verstehen. Gleichzeitig aber bargen sowohl der konkrete Akt, sich unabhängig zu erklären, als auch die heute viel zitierte Präambel klar revolutionäres Potenzial. Letztlich waren es gerade die abstrakten Ideale, denen die Unabhängigkeitserklärung Ausdruck verlieh, die sie zu einem Ur-Dokument des amerikanischen Selbstverständnisses werden ließen: Gleichheit und unveräußerliche Rechte, zu denen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören, Volkssouveränität sowie das Recht – wenn nicht gar die Pflicht –, eine Regierung, die nicht zum Wohle der Regierten handelt, zu stürzen. Allerdings variierten Auslegung und Gewichtung dieser Hauptprinzipien im Laufe der vergangenen 250 Jahre beträchtlich.<sup>01</sup>

Gefeiert als Manifestation des aufklärerischen Denkens, weist der Text allerdings auch genau jene Ambivalenzen auf, die als inhärente Schattenseiten eines Weltbilds gelten, das von eurozentrischen und zum Teil rassistischen Prämissen ausging. Die Unabhängigkeitserklärung ist damit eines jener historischen Dokumente, deren Eigenleben für Historiker und Historikerinnen eine besondere Herausforderung bedeutet.

Der Blick auf den historischen Entstehungskontext, vor allem die Hauptautorenschaft des Sklavenhalters Thomas Jefferson, scheint die hehren Ideale zu untergraben, die hier postuliert wurden. Hinzu kommt die geradezu kultische Verehrung als Gründungsdokument und die damit allzu oft einhergehende nationalistische Instrumentalisierung, die das exzeptionalistische Selbstverständnis der USA zu bestätigen sucht. Fokussiert man aber die Rezeption, Nutzung und diskursive Funktion des Textes bis in die Gegenwart hinein, ist die emanzipatorische Wirkmacht nicht von der Hand zu weisen. Eine Geschichte der Unabhängigkeitserklärung muss folglich sowohl die historischen Umstände der Entstehung und ihre unmittelbare Bedeutung ins Auge fassen, als auch die verschiedenen Interpretationen und Nutzungskontexte, die später folgten.

## ... A LONG TRAIN OF ABUSES ...

Mehr als zehn Jahre lang schwelte der Konflikt zwischen Großbritannien und den dreizehn nordamerikanischen Kolonien, bevor die Kolonisten – und vereinzelt Kolonistinnen –<sup>02</sup> begannen, ernsthaft von Unabhängigkeit zu sprechen. Die zweite Hälfte der 1760er Jahre war von einem steten Ringen mit dem Mutterland geprägt. Verkompliziert wurde die Konstellation durch wiederholte Machtwechsel in Westminster. Immer neue Regierungsprogramme für die Kolonien wurden erlassen, die alle auf eine effektivere Umsetzung bestehender Handelsregelungen abzielten und dazu neue Steuergesetzgebungen und Zollverordnungen einführten. Der Siebenjährige Krieg (1756–1763) hatte die Briten einiges gekostet, und nun hoffte man, mit Ressourcen aus dem Empire die Staatskassen wieder zu füllen. Für die politischen Eliten in den Kolonien ging es aber spätestens seit dem Stamp Act von 1764, der Abgaben auf die Nutzung von Papier für offizielle

und kommerzielle Zwecke einfuhrte, nicht mehr nur um Handel und Steuern, sondern mehr und mehr um Fragen der Selbstverwaltung und Repräsentation. Sie begannen, nicht nur ihre wirtschaftliche, sondern auch ihre politische Position im britischen Empire zu hinterfragen, und wollten ihre Rechte als Engländer (*Rights of Englishmen*) respektiert wissen. Die britische Denktradition, aus der sich diese Vorstellung speiste, ging zurück auf die Magna Charta von 1215 und die damit verbrieften Beschränkungen der absoluten Macht des Königs. Im Vergleich zu den anderen zeitgenössischen Monarchien, etwa dem absolutistischen Frankreich, galt Großbritannien als fortschrittlich und freiheitlich. Zu den *Rights of Englishmen* gehörten juristische Garantien für das Individuum sowie das Recht auf politische Repräsentation. Auch wenn das Partizipationsrecht faktisch nur einem verhältnismäßig kleinen Anteil der Gesellschaft zustand, war es in den Charta-Dokumenten der einzelnen Kolonien offiziell auch den Untertanen der britischen Krone in Amerika garantiert worden. Sich auf diese Tradition berufend, verwarnten sich die Kolonisten mit dem inzwischen berühmt gewordenen Slogan „no taxation without representation“ gegen jegliche Steuerprogramme, bei denen sie nicht mitentschieden hatten.

Die Proteste der 1760er Jahre schufen in verschiedener Hinsicht die Voraussetzungen für den Schritt in die Unabhängigkeit, auch wenn sie darauf nicht dezidiert abzielten. Zum einen wurden durch sie auch jene Teile der Bevölkerung sensibilisiert, die bis dahin wenig Anlass gehabt hatten, sich für die Feinheiten des politischen Gefüges zu interessieren. Zum anderen begannen sich die Kolonien untereinander besser zu vernetzen. Ein Boykott britischer Waren, wie er etwa im Mai 1769 erklärt wurde, konnte nur funktionieren, wenn alle sich beteiligten. Gruppen wie die Sons of Liberty koordinierten Demonstrationen, symbolträchtige Sabotageaktionen und politische Umzüge, die oft jahrmärktähnlich anmuteten. Auch hier konnte man an britische Traditionen anknüpfen, insbesondere an die anti-katholischen

Umzüge mit Stroh puppen, Musik und Schauspiel, die am Guy Fawkes Day üblich waren und durchaus Massen mobilisierten.<sup>03</sup>

Boston, einer der wichtigsten Häfen und eines der wenigen Zentren, die im Kontext der damaligen Zeit als urban gelten konnten, war eine Hochburg der Proteste. Hier gab es im März 1770 die ersten Toten: 1767 hatte das britische Parlament angesichts der Widerstände in Nordamerika eine Zollbehörde für die Kolonien eingerichtet und diese in Boston angesiedelt. Bei einem Zusammenstoß zwischen britischen Soldaten, die hier Wache standen, und einigen Bostoner Hafendarbeitern lösten sich Schüsse, fünf Kolonisten starben. Die Nachricht von ihrem Tod wurde von den Sons of Liberty mit Flugblättern und Zeitungsartikeln weit über Massachusetts hinaus verbreitet. Der Vorfall ging in der von ihnen propagierten Terminologie als „Boston Massacre“ in die Geschichte ein. Gleichzeitig zeigten sich im Nachgang des Ereignisses die divergierenden Sichtweisen auf die Situation in den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten. Während die Sons of Liberty, überwiegend Handwerker und Kaufleute aus der Mittelschicht, auf öffentlichkeitswirksame und gezielt disruptive Aktionen setzten, sahen die Eliten die Straßenproteste zwiespältig. Einerseits war deren Effekt deutlich erkennbar, andererseits aber witterten sie in den Ausschreitungen sozialen Sprengstoff für eine politische Umwälzung, die ihnen nicht geheuer war. Einige fühlten sich abgestoßen von der zerstörerischen Wut, die sich oft gegen Privateigentum richtete, andere waren befremdet, dass Frauen und freie Schwarze mitdemonstrierten. In ihren Augen verhiess Derartiges den gesellschaftlichen und moralischen Verfall. Als sich aber der Disput mit Großbritannien weiter verschärfte und das Parlament in Westminster in Reaktion auf die im Dezember 1773 von den Sons of Liberty orchestrierte Boston Tea Party die sogenannten Coercive Acts erließ, die die in den kolonialen Charter-Verträgen garantierten Rechte aufhoben, wurde auch der Ton in den Lokalversammlungen radikaler.

**01** Zu den Debatten und Denktraditionen vgl. Alan Gibson, *Interpreting the Founding. Guide to the Enduring Debates Over the Origins and Foundations of the American Republic*, Lawrence 2006; Gwenda Morgan, *The Debate on the American Revolution*, Manchester 2007.

**02** Vgl. Linda Kerber, *Women of the Republic. Intellect and Ideology in Revolutionary America*, Chapel Hill 1980.

**03** Vgl. Adrian Randall, *Riotous Assemblies. Popular Protest in Hanoverian England*, Oxford 2006; Peter C. Messer, *Stamps and Popes. Rethinking the Role of Violence in the Coming of the American Revolution*, in: Patrick Griffin et al. (Hrsg.), *Between Sovereignty and Anarchy. The Politics of Violence in the American Revolutionary Era*, Charlottesville 2015, S. 114–138.

## ... TO ALTER OR TO ABOLISH ...

Im September 1774 wurde der erste Kontinentalkongress einberufen, bei dem Vertreter aller Kolonien zusammenkommen sollten, um gemeinsam die nächsten Schritte zu diskutieren. Noch plädierte die Mehrheit dafür, weiterhin zu versuchen, London durch Petitionen an den König und das Androhen weiterer Boykotte zum Einlenken zu bewegen. Gerade Kolonien wie New York, die besonders vom Handel im Empire profitierten, blieben zögerlich. Ende Oktober vertagte sich der Kongress auf das kommende Jahr. Die folgenden Monate brachten dann den Umschwung. In Massachusetts, wo im Zuge der Coercive Acts die Lokalversammlung aufgelöst und große britische Truppenkontingente stationiert worden waren, erhielten die Sons of Liberty Zulauf. Sie machten keinen Hehl daraus, dass sie bereit waren, sich gegebenenfalls auch mit Gewalt ihr Recht zu verschaffen. Allerdings galt es, Zurückhaltung zu üben, um nicht das unterstützende Wohlwollen der anderen Kolonien aufs Spiel zu setzen. Im Kontinentalkongress war die Vereinbarung getroffen worden, dass man sich im Falle eines militärischen Übergriffs der Briten gemeinsam zur Wehr setzen würde, allerdings nur defensiv. Es blieb also zunächst bei demonstrativen Probe-Manövern der Miliz auf dem Bostoner Stadtanger, während Gerüchte von Waffenlagern die Runde machten. Im April 1775 erhielt der britische Militärgouverneur Thomas Gage von seinen Vorgesetzten in London den Auftrag, die Militarisierung zu unterbinden und die in den Ortschaften Lexington und Concord nahe Boston vermuteten Waffenlager auszuheben. Statt des geplanten raschen Zugriffs kam es jedoch zu mehreren Gefechten. Die lokale Miliz war gewarnt worden, hatte die Waffenlager geräumt und sich den britischen Truppen entgegengestellt. Die Briten zogen sich nach Boston zurück, während sich um die Stadt herum in den folgenden Wochen die Milizen der umliegenden Regionen und Kolonien sammelten. Als der Kontinentalkongress im Mai 1775 zum zweiten Mal zusammentrat, hatten sich die Ausgangsbedingungen damit grundsätzlich verändert.<sup>04</sup>

Die Situation um Boston glich einer Belagerung, die jedoch unkoordiniert war und zu kippen

<sup>04</sup> Vgl. ausführlich Charlotte A. Lerg, *Die Amerikanische Revolution*, Tübingen 2022.

drohte. Hygiene und Versorgung waren unzureichend, und Krankheiten begannen sich zu verbreiten. Der Kongress sah sich gezwungen, als Quasi-Regierung zu handeln. Ein erster Schritt war die Schaffung der Kontinentalarmee im Juni 1775 und die Bestellung George Washingtons zum Oberbefehlshaber. Im Juli folgten zwei in ihrer Ausrichtung widersprüchliche Amtshandlungen, die die ambivalente Stimmung im Kongress deutlich machen: Zunächst sandte man eine weitere Petition an den König, die ihn der kolonialen Loyalität versicherte und um ein friedliches Einlenken ansuchte. Zeitgleich allerdings wurde eine Erklärung verabschiedet, die offiziell den Griff zu den Waffen rechtfertigte. Die militärischen Auseinandersetzungen setzten sich unterdessen fort. Mit der Eroberung von Fort Ticonderoga am Ufer der großen Seen wollten sich die Amerikaner nach Norden absichern. Sie erbeuteten zudem britische Kanonen und Munitionsvorräte, die einen Überraschungsangriff auf das belagerte Boston ermöglichten (Battle of Bunker Hill im Juni 1775). Den britischen Truppen gelang es, die Stadt zu halten, allerdings nur unter großen Verlusten. Im Winter folgte ein erfolgloser Präventivschlag der Kontinentalarmee gegen die Briten in Quebec. Westminster reagierte mit einer Seeblockade und begann, Söldnertruppen in verschiedenen deutschen Kleinstaaten und Königreichen, darunter Hessen-Kassel, anzuwerben. Der Krieg hatte begonnen, aber er wurde erst 1776 zu einem Unabhängigkeitskrieg.<sup>05</sup>

Im Herbst 1775 erreichte die Kolonien die Nachricht, dass der König die Vorgänge in Nordamerika nun offiziell zu einer Rebellion erklärt hatte. Während sich unter den Protestierenden lange Zeit die Überzeugung gehalten hatte, dass das britische Parlament und nicht der Monarch für die Drangsalierung der Kolonien verantwortlich gewesen sei, richtete die Aufmerksamkeit sich nun verstärkt auf George III. als anmaßendes Staatsoberhaupt. Prominente Staatstheoretiker der Zeit wie Thomas Hobbes oder John Locke, deren Texte auch in den Kolonien zirkulierten, hatten postuliert, dass ein König seinen Untertanen gegenüber bestimmte Pflichten habe. Kam er diesen nicht nach oder überschritt er seine Machtbefugnis-

<sup>05</sup> Vgl. Jack P. Greene/Jack R. Pole (Hrsg.), *A Companion to the American Revolution*, Oxford 2000, darin bes. David L. Ammerman, *The Crisis of Independence*, S. 206–215; Rebecca Starr, *Political Mobilization, 1765–1776*, S. 222–229 und Ronald Hamowy, *The Declaration of Independence*, S. 258–261.

se, konnte ein Aufbegehren als gerechtfertigt gelten. Diese Argumentation erhielt Momentum, als am 9. Januar 1776 das Pamphlet „Common Sense“ von Thomas Paine veröffentlicht wurde, das in seinen mehr als 20 Auflagen zum erschwinglichen Preis von nur 2 Schilling eine unglaubliche Reichweite entfaltete.<sup>06</sup> Paine, der selbst erst kurz zuvor aus England in die Kolonien gekommen war, gelang es, die politischen Ideen auch einem weniger belese­nen Publikum verständlich zu machen. Er legte dar, was sich der König in seinen Augen alles hatte zuschulden kommen lassen, und forderte in der Konsequenz nicht nur die Unabhängigkeit von Großbritannien, sondern auch die Errichtung einer Republik. In den folgenden Monaten wurde auch im Kontinentalkongress immer offener über eine mögliche Unabhängigkeit gesprochen. Einige Abgeordnete erhielten von ihren Lokalversammlungen Instruktionen in diese Richtung, andere blieben jedoch skeptisch. Anfang Juni 1776 dann stellte Richard Henry Lee aus Virginia den Antrag, alle Verbindungen mit Großbritannien offiziell und dauerhaft zu lösen.

#### ... A UNANIMOUS DECLARATION ...

Der Prozess, den Lees Resolution in Gang setzte, begann mit der Einberufung eines Komitees, das einen ersten Entwurf für eine offizielle Erklärung ausarbeiten sollte, während die Abgeordneten sich von den Lokalversammlungen in ihren Heimatkolonien mit dem Mandat ausstatten ließen, einem derart monumentalen Schritt zuzustimmen. Ein Beschwerdekatalog gegen den britischen König war in diesem Kontext von zentraler Bedeutung: Siebenundzwanzig Anklagepunkte zielten darauf ab, George III. der Tyrannei zu überführen. Einige bezogen sich direkt auf konkrete Gesetze der vorangegangenen Jahre wie die Coercive Acts, andere prangerten grundsätzliche Verstöße gegen die Schranken des Rechts an. Die Aufzählung der Vergehen, die in ähnlicher Form bei Thomas Paine zu lesen war, diente dazu, die Notwendigkeit des radikalen Vorgehens zu rechtfertigen. Der anklagende Teil der Unabhängigkeitserklärung war damit eng an den Zeitkontext gebunden und verlor mit der abstrahie-

renden Kanonisierung, die später erfolgte, schnell an Bedeutung. Das zugrundeliegende Prinzip aber, dass gegen eine ungerechte Regierung Widerstand zu leisten sei, findet auch in der Präambel prominenten Ausdruck. Das Revolutionäre der anti-monarchischen Stoßrichtung, hinter der sich letztlich eine anti-autokratische Überzeugung verbarg, wurde erst jüngst in den „No Kings“-Protesten gegen die Regierungsführung Donald Trumps wieder aufgegriffen.

Ende Juni 1776 präsentierte das sogenannte Committee of Five, bestehend aus Thomas Jefferson, John Adams, Benjamin Franklin, Roger Sherman und Robert R. Livingston, dem Kongress ihren Entwurf, der am 1. Juli bis in die Abendstunden im Plenum debattiert und früh am 2. Juli zur Abstimmung gestellt wurde. Zwölf der dreizehn Kolonien stimmten sofort für die Unabhängigkeit. Die Delegation aus New York enthielt sich vorerst, weil sie noch kein eindeutiges Mandat erhalten hatte. Der genaue Wortlaut der Erklärung wurde noch weitere zwei Tage ausgehandelt, und am Abend des 4. Juli 1776 verließen die ersten 200 Exemplare John Dunlaps Druckerei in Philadelphia. Erst als am 9. Juli auch New York zugestimmt hatte, konnte das Wort „einstimmig“ (*unanimous*) in den Titel eingefügt werden, das in den frühen Versionen noch fehlte.<sup>07</sup>

In der politisch fragilen Situation war es wichtig, dass die Erklärung letztlich einstimmig verabschiedet wurde. Neben der Einigkeit der vertretenen Kolonien ging es auch um ein gemeinsames Kriegsziel für die von Boykotten und Militärpräsenz betroffene Bevölkerung und die gerade aus der Taufe gehobene Kontinentalarmee. Deren frisch berufener Oberbefehlshaber George Washington ließ die Truppen in Formation aufziehen und die Unabhängigkeitserklärung feierlich verlesen. Die Zivilbevölkerung wiederum hörte den Text etwa von der Kanzel nach der sonntäglichen Predigt oder deklamiert auf dem örtlichen Marktplatz. In einigen der erhaltenen frühen Drucke sind Betonungen und Pausen für den effektvollen Vortrag markiert. Wer konnte, las den Text selber in Zeitungen oder auf Anschlägen in Tavernen und Geschäften. Die erste deutsche Übersetzung erschien wenige Tage später im „Pennsylvanischen Staatsboten“.<sup>08</sup>

**06** Vgl. John Bidwell, *The Declaration in Script and Print. A Visual History of America's Founding Document*, University Park 2024, S. 28.

**07** Vgl. ebd., S. 31.

**08** Vgl. Deutsches Historisches Museum Berlin, *Magazin* 10/1994.

Ende Juli folgte eine kalligrafische Ausfertigung auf Pergament, wie es sich im 18. Jahrhundert für ein offizielles Dokument gehörte.<sup>09</sup> Dieses Vorgehen verweist darauf, dass man die Unabhängigkeitserklärung als Staatsakt verstanden wissen wollte. Neben der Rechtfertigung des Aufbegehrens ging es auch darum, sich auf der internationalen Bühne Spielraum zu verschaffen. Anträge einzelner Abgeordneter, Frankreich oder die Niederlande um Unterstützung gegen Großbritannien zu ersuchen, waren bis Ende 1775 im Kongress immer wieder mit Verweis auf die Verpflichtung zum Mutterland abgeschmettert worden. Auch hier zeigt sich deutlich, dass es bis dahin gerade nicht das Ziel gewesen war, unwiderruflich mit London zu brechen. Diese Verbindlichkeit war nun jedoch mit feierlichen Worten aufgekündigt.

Der letzte Absatz des Textes, der konstatierte, dass die vereinigten Kolonien von nun an freie und unabhängige Staaten seien, orientierte sich an den zeitgenössischen Vorstellungen von Völkerrecht und Souveränität, wie sie allen voran der Völkerrechtler Emer de Vattel 1758 in seinem Werk „Le droit des gens“ beschrieben hatte.<sup>10</sup> Der radikale Schritt musste zugleich den anderen Nationen gegenüber gerechtfertigt werden. Trotz ihrer Rivalität mit Großbritannien waren etwa Frankreich und Spanien schließlich selbst Kolonialreiche und mussten den autonomen Deklarationsakt der Kolonien als Bedrohung der etablierten Ordnung wahrnehmen. Während heute also vor allem auf die Präambel der Unabhängigkeitserklärung rekurriert wird, auf das Gleichheitspostulat und die unveräußerlichen Rechte, ging es 1776 zunächst primär um Einigkeit nach innen und Legitimität nach außen.

### ... THAT ALL MEN ARE CREATED EQUAL ...

In der Beschäftigung mit dem Text der Unabhängigkeitserklärung drängt sich unweigerlich eine Frage besonders auf: Wie konnten Thomas Jefferson und seine Mitstreiter selbstbewusst postulieren, dass „alle Menschen gleich erschaffen“ seien, während sie zugleich, offenbar ohne jede Skrupel, schwarze Menschen versklavten? Auch die indi-

gene Bevölkerung Nordamerikas scheint nicht Teil des universalistischen Menschenbildes gewesen zu sein. Die vielfältigen indigenen Kulturen und Gesellschaften werden sogar als „erbarmungslose Wilde“ (*merciless savages*) der eigenen christlichen, vermeintlich aufgeklärten Identität gegenübergestellt. Waren die Autoren der Unabhängigkeitserklärung im Sinne des dominanten zeitgenössischen Weltbildes verblendet? Sprachen sie Sklaven und Indigenen das Menschsein ab?

In wohlwollenden Analysen wird bis heute argumentiert, dass es sich um die Artikulation eines Ideals gehandelt habe, das es nicht als Fakt, sondern als angestrebtes Ziel zu interpretieren gelte. Dem entgegen steht jedoch der Anfang des Satzes, der diese Gleichheit als „self-evident truth“ einführt und sie mit dem Zeitpunkt der Erschaffung des Menschen verknüpft.<sup>11</sup> Zusätzlich erschwert wird eine klare Einordnung durch die Überlieferung eines ersten Entwurfs der Unabhängigkeitserklärung aus der Feder Jeffersons, in der auch die Einführung der Sklaverei als „war against human nature itself“ dem englischen König zur Last gelegt wird.<sup>12</sup> Erlagen die Mitglieder des Committee of Five also vielleicht dem, was man heute als kognitive Dissonanz bezeichnen würde, sodass sie den klaffenden Gegensatz zwischen ihren Worten und ihren Taten nicht wahrnahmen? Der Versuch, den Widerspruch durch Historisierung aufzuheben, wird problematisch, wenn man bedenkt, dass die sogenannten Gründerväter in den Augen der Nachwelt zu moralischen Autoritäten geworden sind. Gleichzeitig wird es letztlich unmöglich bleiben, die moralischen Ansprüche mit den historischen Realitäten zu vereinbaren.

Die Unabhängigkeitserklärung damit grundsätzlich zu verwerfen, wäre jedoch voreilig, denn ungeachtet der tatsächlichen oder vermeintlichen Weltansicht ihrer Verfasser entwickelte sich gerade aus der Formulierung des Gleichheitspostulats ein nicht zu unterschätzendes emanzipatorisches Potenzial. 1976 trug der Historiker Philip S. Foner mehr als 25 „alternative declarations“ unterschiedlicher Gruppen aus dem 19. und 20. Jahr-

<sup>09</sup> Vgl. Bidwell (Anm. 6), S. 35.

<sup>10</sup> Vgl. David Armitage, *The Declaration of Independence. A Global History*, Cambridge 2007, S. 40–42.

<sup>11</sup> Einen Überblick über die verschiedenen Interpretationsansätze bietet Alan Gibson, *How Could They Have Done That? Slavery and the Question of Moral Responsibility*, in: ders., *Understanding the Founding. The Crucial Questions*, Lawrence 2010, S. 160–230.

<sup>12</sup> Vgl. Pauline Maier, *American Scripture. Making the Declaration of Independence*, New York 1998, S. 120–122.

hundert zusammen, die die Wirkmächtigkeit des Postulats unterstreichen.<sup>13</sup> Foners Quellensammlung erschien zu einer Zeit, als im Kontext der Zweihundertjahrfeierlichkeiten zur Unabhängigkeit Vertreter und Vertreterinnen der neuen Sozialgeschichte das radikale Potenzial des Gründungsdokuments wiederzubeleben suchten. Im Kontext des Kalten Krieges hatte sich eine konservative Auslegung der Staatsgründung durchgesetzt, die den Interpretationsrahmen dominierte und dauerhaft prägte. Insbesondere in Abgrenzung zum Kommunismus hatte man das „Streben nach Glück“ als individualistisches Freiheitsverständnis ausgelegt, das im Sinne des britischen Liberalismus die Grundlage kapitalistischer Entfaltung bot.<sup>14</sup>

In der Bürgerrechtsbewegung, der New Left und der *counterculture* hingegen konnte sich die emanzipatorische Auslegung halten – nicht zuletzt, weil sie auf eine lange Tradition bis ins späte 18. Jahrhundert zurückgreifen konnte.<sup>15</sup> Schon wenige Monate nach der ersten Veröffentlichung der Unabhängigkeitserklärung hatte der Geistliche Lemuel Haynes ein Traktat verfasst, das die Präambel beim Wort nahm. Als freier Schwarzer hatte er bereits in der Miliz bei Concord gekämpft und insistierte nun, dass die in der Unabhängigkeitserklärung formulierten Rechte nicht nur für Weiße galten.<sup>16</sup> Haynes begründete damit einen Argumentationsduktus, den sich die verschiedenen Reformbewegungen zu eigen machten. Die frühe US-Frauenbewegung setzte 1848 mit der „Declaration of Sentiments“ ihre eigene Erklärung auf, die in Wortlaut und Aufbau das Vorbild von 1776 nachahmte, aber die Frauen explizit inkludierte. Der Abolitionist Frederick Douglass mahnte in einer Festrede zum Unabhängigkeitstag 1852, dass der 4. Juli ein weißer Feiertag bleibe, der das Land spalte, solange das Gleichheitspostulat nicht Realität würde. Martin Luther King Jr. klang zwar versöhnlicher, als er 1963 von seinem Traum sprach, forderte aber ebenfalls un-

missverständlich, dass das Versprechen von 1776 endlich eingelöst werde.

Indem das Gründungsdokument immer wieder als Messlatte an die amerikanische Gesellschaft angelegt wird, lässt sich die tief verwurzelte Ungleichheit aufzeigen, um mit aller Dringlichkeit Veränderungen zu fordern. Je fester die Unabhängigkeitserklärung als Prinzipienklärung im Nationalbewusstsein verankert war, desto effektiver konnte sie als Grundlage für Gleichheitsbestrebungen ins Feld geführt werden. Selbst die afroamerikanische Journalistin Nikole Hannah-Jones, die mit ihrem „1619 Project“ den Gründungsmythos von 1776 grundsätzlich infrage stellte, räumte inmitten der Black-Lives-Matter-Bewegung ein, dass die afroamerikanische Bevölkerung – obgleich ihr die Rechte und Freiheiten immer wieder verwehrt worden waren – stets voller Inbrunst an das Gründungsversprechen, den „American Creed“, geglaubt und dafür gekämpft hat.<sup>17</sup>

#### ... NEW GUARDS FOR THEIR FUTURE SECURITY ...

Angesichts des exceptionalistischen und selbstbewussten Auftretens der USA, die sich allenthalben als Vorbild für Freiheit und Fortschritt zu inszenieren verstanden, gilt es, Vorsicht walten zu lassen, wenn es darum geht, die globale Bedeutung der Unabhängigkeitserklärung darzulegen.

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die nur wenige Jahre später im Kontext der Französischen Revolution in die Welt trat, übertraf zweifellos die Strahlkraft der Präambel der Unabhängigkeitserklärung, auch wenn beide Dokumente in verwandten aufklärerischen Traditionslinien zu verorten sind. Anders verhält es sich mit der Modellfunktion des Textes von 1776 für Unabhängigkeitsbestrebungen weltweit. Der Historiker David Armitage identifizierte mehr als 100 Unabhängigkeitserklärungen in den folgenden zwei Jahrhunderten, von Argentinien bis Korea, von Ungarn bis Indien.<sup>18</sup> Auch wenn es sich dabei keineswegs immer um direkte Nachahmun-

**13** Philip S. Foner (Hrsg.), *We, the Other People. Alternative Declarations of Independence by Labor Groups, Farmers, Woman's Rights Advocates, Socialists, and Blacks, 1829–1975*, Urbana 1976.

**14** Vgl. Michael D. Hattam, *The Memory of '76. The Revolution in American History*, New Haven 2024, S. 214–220.

**15** Vgl. ebd., S. 59–71, S. 225–229.

**16** Vgl. Ruth Bogin, *Liberty Further Extended. A 1776 Antislavery Manuscript by Lemuel Haynes*, in: *The William and Mary Quarterly* 1/1983, S. 85–105.

**17** Vgl. Nikole Hannah-Jones, *Our Democracy's Founding Ideals Were False When They Were Written. Black Americans Have Fought to Make Them True*, 14.8.2019, [www.nytimes.com/interactive/2019/08/14/magazine/black-history-american-democracy.html](http://www.nytimes.com/interactive/2019/08/14/magazine/black-history-american-democracy.html).

**18** Vgl. Armitage (Anm. 10), S. 107–109.

gen handelte – allein schon deshalb nicht, weil die historischen Umstände sich meist fundamental unterschieden –, orientierte sich die Legitimierungslogik gleichwohl an der Vorgehensweise der vereinigten amerikanischen Kolonien. Auch hier wurde in offiziellen Erklärungen die internationale Anerkennung des selbstgewählten Wegs in die staatliche Autonomie gefordert.<sup>19</sup> Ähnlich, wie das emanzipatorische Potenzial der Präambel immer wieder aufs Neue mobilisiert werden konnte, vermochte das revolutionäre Format „Unabhängigkeitserklärung“ in späteren Reinkarnationen das Ursprungsdokument an antiimperialer Stoßkraft weit zu übertreffen. Zuweilen verursachte die Radikalität, die sich im Rekurs auf ihr Erbe verbarg, den USA selbst beträchtliches Unbehagen – international, etwa in Haiti 1803 oder in Vietnam 1945, aber auch im eigenen Land.

Wie revolutionär die Unabhängigkeitserklärung tatsächlich war, zeigt sich nicht zuletzt im Vergleich mit dem anderen zentralen US-amerikanischen Gründungsdokument, der Verfassung. Beide unterscheiden sich beträchtlich in ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung, auch wenn sie häufig in einem Atemzug genannt werden. Zwar setzte auch die Verfassung mit der Etablierung von Gewaltenteilung und Volkssouveränität ein klares Zeichen im Sinne eines neuen Staatsdenkens, doch gleichzeitig zielte sie darauf ab, die in der Revolution freigesetzten Kräfte des sozialen Wandels einzuhegen. Während die Unabhängigkeitserklärung die Zustimmung der Regierten als *Conditio sine qua non* forderte, traf die Verfassung Vorkehrungen gegen zu viel demokratische Teilhabe; das Gleichheitspostulat wurde durch die sogenannte Drei-Fünftel-Klausel (*Three-Fifth Clause*) nun offiziell ausgehebelt.<sup>20</sup> Die Repräsentationsmodalitäten für den Kongress garantierten den Südstaaten einen Machtüberfluss, mit dem sie das System der Sklaverei in den folgenden Jahrzehnten nicht nur bewahren, sondern sogar ausbauen konnten. Erst der Bürgerkrieg (1861–1865) vermochte diese strukturelle Konstruktion aufzubrechen. Aber selbst die Zusatzartikel, die nach Kriegsende den Afroamerikanern Bürger-

rechte verliehen, wurden aufgrund der föderalen Struktur so zögerlich umgesetzt, dass es noch fast 100 Jahre dauerte, bis die Bürgerrechtsbewegung bundesweite gesetzliche Garantien durchsetzen konnte und die Rechte auch für Afroamerikanerinnen und -amerikaner galten.

Die nationale Kanonisierung der Unabhängigkeitserklärung an der Seite der Verfassung trug mit dazu bei, dass ihr radikaler Charakter verblasste. Lenkt man den Blick aber auf das Dokument von 1776 jenseits des kultischen Gründungsmythos, zeigt sich seine revolutionäre Sprengkraft, die gerade in dem dialektischen Spannungsverhältnis zwischen der historischen Realität und den proklamierten Idealen liegt.

#### CHARLOTTE A. LERG

ist Professorin für nordamerikanische Kulturgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie forscht zu den USA, Kanada und den transatlantischen Beziehungen vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Ihr Buch „Die Amerikanische Revolution“ (UTB) geht 2026 in die 3. Auflage.

## APuZ zum Hören

[bpb.de/apuz-podcast](https://bpb.de/apuz-podcast)

Im Podcast nehmen wir Sie einmal im Monat mit zu unseren Expertinnen und Experten. Viel Hintergrundwissen kompakt in 30 Minuten.

Auf [bpb.de](https://bpb.de) und überall, wo es Podcasts gibt.

<sup>19</sup> Vgl. ebd.

<sup>20</sup> Diese Klausel legte fest, dass die schwarze Bevölkerung nur zu drei Fünfteln zu zählen war, wenn es um die Festlegung repräsentativer Quoten ging. Sie wurde erst 1868 mit dem 14. Ergänzungsartikel, der Afroamerikanern das volle Bürgerrecht gewährte, abgeschafft.

# ÜBER DIE DEMOKRATIE IN AMERIKA, 250 JAHRE SPÄTER

*Volker Depkat*

Die Gründerväter der USA wollten eine Republik und keine Demokratie. Dennoch sind die USA heute ein viel demokratischeres Land, als die amerikanischen Revolutionäre es sich in ihren kühnsten Träumen – oder auch Albträumen – vorzustellen vermochten. Gleichzeitig scheinen sich in der Gegenwart einige der schlimmsten Ängste, die sich im revolutionären Amerika mit dem Begriff „Demokratie“ verbanden, zu erfüllen. Bereits in seiner Abschiedsbotschaft des Jahres 1796 warnte der erste Präsident der USA, George Washington, seine Landsleute vor den „verderblichen Auswirkungen des Parteigeistes“, der die Bürger dazu bewegen könnte, „Sicherheit und Ruhe in der absoluten Macht eines Individuums zu suchen“. Früher oder später, so Washington weiter, würde „der Anführer einer siegreichen Faktion, der fähiger oder begünstigter ist als seine Rivalen“, diese Stimmung dazu nutzen, einen dauerhaften Despotismus „auf den Trümmern der öffentlichen Freiheit“ zu errichten.<sup>01</sup>

Es ist diese Präsenz der revolutionären Vergangenheit in der amerikanischen Gegenwart, die ich im Folgenden in Umrissen freilegen möchte. Dabei wird es zunächst um die republikanischen Vorstellungswelten der Gründerväter gehen, dann um den Prozess der Demokratisierung der Republik und schließlich um einige Demokratiedefizite in den heutigen USA, die in die US-Verfassung eingeschrieben sind.

## EINE REPUBLIK, KEINE DEMOKRATIE

Wenn die Verfassungsväter der USA an Demokratie dachten, hatten viele von ihnen die Typologie der Herrschaftsformen des Aristoteles vor Augen. Diese unterscheidet bekanntlich zwischen Monarchie, Aristokratie und Volksherrschaft, und sie kennt für jede der drei Formen eine „gute“, also der Sicherheit, dem Wohlstand und dem Frieden aller dienliche Variante und eine

„schlechte“, in der das Allgemeinwohl nicht die Richtschnur für das Handeln der politischen Akteure ist.<sup>02</sup> Die Volksherrschaft nennt Aristoteles in ihrer guten Variante „πολιτεία“ (politeía) und in ihrer schlechten „δημοκρατία“ (dēmokratía). In der guten Variante der Volksherrschaft verfolgten gebildete, wohlhabende und verantwortungsbewusste Bürger ihre Eigeninteressen, waren aber zugleich in der Lage, von diesen zu abstrahieren, um politische Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. In der schlechten Variante der Volksherrschaft hingegen verfolgten Bürger, die weder von ihrer Bildung noch von ihrem Besitz her für die Selbstregierung geeignet waren, ihre partikularen Interessen auf Kosten des Gemeinwohls.

Im revolutionären Amerika hatte der Begriff „Demokratie“ deshalb nicht unbedingt einen guten Klang. Das zeigen auch die „Federalist Papers“, jene Serie von 85 Aufsätzen, in denen Alexander Hamilton, James Madison und John Jay unter dem Pseudonym „Publius“ 1787/88 ihren Zeitgenossen die Grundsätze der US-Verfassung erläuterten, um Mehrheiten für deren Ratifikation zu schaffen.<sup>03</sup> Im zehnten Essay preisen sie den von der Verfassung konstituierten Bundesstaat als „republikanisches Heilmittel“ gegen die üblichen Krankheiten der Volksherrschaft an. Dabei hatte Publius, wenn er von Demokratie sprach, kleine Gemeinwesen im Sinn, in denen eine überschaubare Anzahl von Bürgern sich an einem Ort persönlich versammelten, um Regierungsangelegenheiten direkt und per Mehrheitsbeschluss zu erledigen. Eine solche staatliche Ordnung war für die Autoren problematisch, weil sie dem Parteigeist Tür und Tor öffnete, weil sie politische Lager entstehen ließ, die ihre Partikularinteressen militant auf Kosten des allgemeinen Interesses durchsetzen wollten, und weil Intrigen und politische Leidenschaften rationale politische Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls verhinderten.

In einer Republik hingegen würde, so die Federalists, die Regierungsgewalt in die Hände einer kleinen Zahl gewählter Amtsträger gelegt, die dann im Sinne des Gemeinwohls für das Volk regierten. Durch die Delegation der politischen Macht an gewählte Repräsentanten wurden aus dieser Perspektive Ordnung und Stabilität in einem auf individueller Freiheit und Volkssouveränität gegründeten Staat überhaupt erst möglich. Eine Republik war im Denken der Gründerväter mithin eine auf Volkssouveränität, gesellschaftliche Partizipation und Selbstregierung gebaute Ordnung, die die demokratischen Energien so kanalisiert, dass verantwortungsbewusste und zum Regieren im Sinne des Gemeinwohls fähige Personen in Positionen politischer Macht gewählt würden.

Aus Sicht der Eliten des revolutionären Amerika, also den Männern von Besitz, Bildung und Ansehen, die seit Kolonialzeiten die Politik kontrolliert und alle wichtigen öffentlichen Ämter bekleidet hatten, war dies alles nun nicht bloß leere Theorie, sondern konkrete Erfahrung.<sup>04</sup> Sie hatten erlebt, wie im Zuge der Revolution viele Personen aus den mittleren und unteren sozialen Schichten in Positionen politischer Macht gekommen waren, die zuvor dort nie gelandet wären. Die freiheitlich-egalitären Wertideen der Amerikanischen Revolution hatten zu einer deutlichen Lockerung der überkommenen sozialen Hierarchien geführt, und sie hatten demokratische Energien freigesetzt, die aus Sicht der Bildungs-, Wirtschafts- und Funktionseleiten in den 1780er Jahren zu innenpolitischer Instabilität, außenpolitischer Schwäche, massiven wirtschaftlichen Problemen und sozialen Unruhen (etwa Shays' Rebellion, einem Aufstand von Kleinbauern und ehemaligen Soldaten aus dem Unabhängigkeitskrieg im Hinterland von Massachusetts) geführt hatten. Die vielgestaltige Krise der 1780er

Jahre, die die Unabhängigkeit der USA schon wieder zu beenden drohte, kaum dass sie begonnen hatte, war demnach scheinbar das Ergebnis von zu viel gesellschaftlicher Mitbestimmung.

Ein Ziel der Delegierten zur verfassungsgebenden Versammlung des Sommers 1787, die fast ausschließlich der gesellschaftlichen Elite entstammten, war es deshalb, die während der Revolution freigesetzten demokratischen Energien so zu lenken und den politischen Mitbestimmungsprozess so zu organisieren, dass Stabilität und Ordnung auch in einer Volksherrschaft durch die Vorherrschaft der Männer von Besitz, Bildung und Ansehen gewährleistet sein würden.

Zentral ist in diesem Zusammenhang das Konzept der „natural aristocracy“, wie Thomas Jefferson es in einem Brief an John Adams entwickelt hat.<sup>05</sup> Während Jefferson den auf Erbrecht und Geblüt basierenden Führungsanspruch der europäischen Aristokratie rundweg ablehnte, fand er durchaus, dass die Geschicke einer Republik von einer „natürlichen Aristokratie“ gelenkt werden sollten; diese stand nicht aufgrund von Geburt, sondern aufgrund ihrer eigenen Leistung und ihrer unbescholtenen Moralität an der Spitze der Gesellschaft. Als Männer von Besitz, Bildung und Reputation hatten die natürlichen Aristokraten in einem republikanischen Gemeinwesen einerseits einen Führungsanspruch, andererseits aber auch eine besondere Führungsverantwortung.

Allerdings entwickelte Jefferson sein wirkmächtiges Konzept der „natural aristocracy“ damals in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem dieser Führungsanspruch vom Rest der Gesellschaft – und insbesondere von den in den Quellen so genannten „middling sorts“, also aufstrebenden mittelständischen Landwirten, Handwerkern und Kaufleuten – zunehmend infrage gestellt wurde. Sich auf die radikal egalitären Wertideen der Unabhängigkeitserklärung berufend, verlangten diese Schichten für sich einen eigenen Partizipations- und Mitbestimmungsanspruch.<sup>06</sup>

Im revolutionären Amerika stießen mithin unterschiedliche Vorstellungen von Selbstregierung, Mitbestimmung und Repräsentation aufeinander. Dabei ging es im Kern um die Frage, wer

**01** George Washington, Abschiedsrede an das Volk der Vereinigten Staaten. Mit einem Vorwort von Jürgen Overhoff, Berlin 2020, S. 34f.

**02** Vgl. Gustav Adolf Seeck, Einführender Kommentar zu Aristoteles' Politik, Hamburg 2019.

**03** Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter, hrsg., übers., eingeleitet und kommentiert von Angela Adams und Willi Paul Adams, Paderborn u. a. 1994.

**04** Vgl. Hermann Wellenreuther, Von der Konföderation zur Amerikanischen Nation. Der Amerikanischen Revolution zweiter Teil, 1783–1796, Berlin 2016, S. 43–94.

**05** Vgl. Thomas Jefferson to John Adams, 28. 10. 1813, <https://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/v1ch15s61.html>.

**06** Vgl. Jonathan Israel, The Expanding Blaze. How the American Revolution Ignited the World, 1775–1848, Princeton–Oxford 2017, S. 70–89.

in einem auf der Zustimmung der Regierten basierenden Gemeinwesen eigentlich mitbestimmen dürfen und wie weit diese Mitbestimmung reichen sollte. Diese Diskussion ist auch 250 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung der USA noch lange nicht abgeschlossen, sondern geht gegenwärtig vielmehr in eine neue Runde.

## DEMOKRATISIERUNG DER REPUBLIK

Die Amerikaner, das hat der Historiker Gordon S. Wood in seinem 1992 erschienenen Buch „The Radicalism of the American Revolution“ pointiert vertreten, seien nicht in einem modernen Sinne frei und demokratisch geboren worden, aber sie seien es im Laufe ihrer Geschichte geworden, und zwar als Folge der radikal egalitären Wertideen der Amerikanischen Revolution.<sup>07</sup> In Woods Deutung legten die in der Unabhängigkeitserklärung formulierten naturrechtsliberalen Wertideen die Grundlage für die fortlaufende Transformation der amerikanischen Gesellschaft in Richtung auf immer mehr Selbstbestimmung, Partizipation und Selbstregierung. So gesehen steht die Amerikanische Revolution am Anfang eines fortlaufenden und bis heute nicht abgeschlossenen Demokratisierungsprozesses, der freilich im Zeitalter der Revolutionen selbst noch in der Zukunft lag.

Ein wesentlicher Motor der Demokratisierung der Republik war der Populismus. Dieser wurzelt in dem Diktum der Unabhängigkeitserklärung, wonach das Volk das Recht, ja sogar die Pflicht habe, ein Regierungssystem, das seine Aufgabe – den Schutz der unveräußerlichen Grundrechte des Individuums – nicht länger erfülle, durch ein neues zu ersetzen, von dem sich eher erwarten ließe, dass es die grundrechtlich definierte Freiheit besser garantieren würde. Aus diesem Postulat erwuchs eine populistische Dynamik der politischen Kultur, die wiederholt politische Bewegungen aus sich hervortrieb, die das politische System der USA im Rahmen der bestehenden Verfassung grundlegend umbauten, um „Amerika den Amerikanern“ zurückzugeben, es also in seinem Gründungsversprechen zu erneuern.

Dabei konnte Populismus in der Geschichte der USA durchaus auch eine demokratieer-

weiternde Wirkung haben. Das wird zum ersten Mal im Jacksonian America der 1830/40er Jahre voll greifbar.<sup>08</sup> Damals prägte sich in den USA eine neue Form der populären Demokratie aus, die zentral im fiktiven Sozialtypus des *common man*, des „Normalbürgers“, ankerte, dessen Interessen die Politiker zu vertreten hatten. Dieser neue Egalitarismus generierte eine politische Kultur der volksnahen Hemdsärmeligkeit, die mit einem neuartigen direkten Werben der Kandidaten für ein öffentliches Amt um die Stimmen der Wähler einherging.

Dieser Wandel der Wahlkultur im Geiste eines *Common-man*-Populismus war Manifestation eines sehr viel umfassenderen Transformationsprozesses, der als Fundamentalpolitisierung der amerikanischen Gesellschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gut beschrieben ist. Im Zeitalter Jacksons wurden immer mehr Amerikaner – und nun durchaus auch Amerikanerinnen – für die Politik mobilisiert. Diese Mobilisierung geschah durch eine Vielzahl von Reformbewegungen, die zur Signatur der Epoche gehören. Der abolitionistische Kampf gegen die Sklaverei, die sich formierende Frauenbewegung, das Bestreben um eine Reform des Gefängniswesens, des Schulwesens und der Armenfürsorge und viele andere Reformanliegen erwachsen aus der Mitte der Gesellschaft, institutionalisierten sich in sozialen Bewegungen und machten Druck auf die organisierte Politik.

Dies wirkte demokratisierend auf das politische System zurück. Immer mehr öffentliche Ämter wurden durch direkte Wahlen besetzt, das Wahlrecht selbst wurde zunehmend vom Landbesitz entkoppelt und an Wahlsteuern gebunden, sodass immer mehr Männer die Besitzqualifikationen für das Wahlrecht erfüllten. Auch das Prinzip der geheimen Wahl setzte sich damals durch.

All diese Entwicklungen trieben die Demokratisierung der zuvor von Bildungs-, Wirtschafts- und Funktionseliten beherrschten amerikanischen Republik voran, sodass der politische Prozess in den USA bis zum Vorabend des Amerikanischen Bürgerkriegs auf einer immer breiteren sozialen Grundlage ruhte. Damit einhergehend hatten sich die Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitbestimmung zunehmend ausgeweitet. Allerdings waren die USA ungeachtet dieses

<sup>07</sup> Vgl. Gordon S. Wood, *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1992, S. ix.

<sup>08</sup> Vgl. Sean Wilentz, *The Rise of American Democracy. Jefferson to Lincoln*, New York-London 2005, S. 181–518.

grundlegenden Transformationsprozesses auch im Jahre 1861 noch eine Demokratie, in der die *men of property and standing* weiterhin den Ton angaben.<sup>09</sup>

Dennoch blieb die fortlaufende Ausweitung der Selbstbestimmungs- und Partizipationsrechte für zuvor Ausgeschlossene ein Basisprozess der US-Geschichte. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts formierte sich eine zunehmend kraftvolle Frauenwahlrechtsbewegung, die das allgemeine Wahlrecht für Frauen mit dem 19. Zusatz zur US-Verfassung im Jahr 1920 erfolgreich erkämpfte. In den 1960er Jahren entstand dann die sogenannte Zweite Frauenbewegung, die unter Berufung auf die revolutionären Gründungs-ideale der USA nun die volle Chancengleichheit für Frauen und ihr uneingeschränktes Recht auf Selbstbestimmung auch außerhalb von Ehe, Familie und Haushalt einforderte.<sup>10</sup>

Die neben den Frauen zweite große Gruppe, deren Kampf um Gleichberechtigung und Partizipation die Geschichte der USA maßgeblich bestimmt hat, ist die der Schwarzen.<sup>11</sup> Ihr Freiheitskampf konzentrierte sich bis zum Amerikanischen Bürgerkrieg auf die Abschaffung der Sklaverei, die mit der Emancipation Proclamation Abraham Lincolns aus dem Jahre 1863 und dem 13. Zusatz zur US-Verfassung von 1865 dann auch tatsächlich verboten wurde. An die Stelle der Sklaverei trat in den Staaten der ehemaligen Südstaatenkonföderation ab den 1880er Jahren das sogenannte Jim-Crow-System der rechtlich verordneten Rassentrennung, das erst mit dem Civil Rights Act von 1964 und dem Voting Rights Act von 1965 beendet wurde. Im Kampf gegen das System der Rassentrennung entfaltete sich seit den 1890er Jahren eine von Schwarzen und liberalen Weißen getragene Bürgerrechtsbewegung, die durch verschiedene Phasen ging und nach dem Zweiten Weltkrieg eine solche Kraft, Sichtbarkeit und Wirkmächtigkeit entfaltete, dass die rechtliche Diskriminierung der Schwarzen Mitte der 1960er Jahre verboten wurde. Ande-

re Formen der rassistisch motivierten, faktischen Diskriminierung blieben jedoch bestehen – und bestehen bis heute.

Die graduelle Ausweitung der Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der revolutionär gegründeten amerikanischen Republik war nicht das Ergebnis eines selbstläufigen organischen Wachstums auf der Basis eines breit geteilten naturrechtsliberalen Konsenses, der dann sukzessive und konsensual auf bislang ausgeschlossene Gruppen erweitert wurde.<sup>12</sup> Vielmehr war die Demokratisierung der amerikanischen Republik ein durch heftige soziale Kontroversen vorangetriebener Prozess, der alles andere als linear war, der Demokratisierungsgewinne und Demokratisierungsverluste gleichermaßen kannte und der bis heute nicht abgeschlossen ist.

### „I AM A MAN“

Zentral war in diesem Zusammenhang die erbiterte Kontroverse darüber, wer ein „Mensch“ sei und über was das Menschsein definiert ist. Dies ist wichtig zu betonen, weil der Ausschluss sozialer Gruppen vom Freiheits- und Gleichheitsversprechen mit der scheinbar defizitären Menschlichkeit derjenigen begründet wurde, die ausgeschlossen wurden. Pointiert gesagt: Am 4. Juli 1776 erklärten die revolutionären Amerikaner alle Menschen für frei und gleich geboren, und bereits am 5. Juli 1776 begannen sie eine Debatte darüber, wer denn ein Mensch sei und was den Menschen im Kern ausmache. In diesen Diskussionen wurden schnell die Umrisse eines Menschenbildes deutlich, das im Typus des vernunftbegabten, weißen, angelsächsischen, protestantischen und besitzenden Mannes ankerte. Nur diese Personen waren im Denken der überwiegenden Mehrheit der Gründergeneration Menschen mit unveräußerlichen Grundrechten. Demgegenüber erschienen Frauen, Schwarze, nicht-angelsächsische Ethnien, wirtschaftlich abhängige Personen und natürlich auch Indianer nicht als vollwertige Menschen, weshalb sie dann auch keine unveräußerlichen Grundrechte und Anspruch auf politische Partizipation hatten.

Zur Konstruktion der scheinbar defizitären Menschlichkeit der ausgeschlossenen Gruppen

**09** Vgl. Edward Pessen, *Jacksonian America. Society, Personality, and Politics*, Homewood, Ill. 1978.

**10** Vgl. Eleanor Flexner, *Century of Struggle. The Women's Rights Movement in the United States*, Cambridge 1959; Gail Collins, *When Everything Changed. The Amazing Journey of American Women from 1960 to the Present*, New York 2009.

**11** Vgl. Norbert Finzsch/James Oliver Horton/Lois E. Horton, *Von Benin nach Baltimore. Die Geschichte der African Americans*, Hamburg 1999.

**12** Vgl. Louis Hartz, *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought Since the Revolution*, New York 1955.

dienten rassistische, misogyne und xenophobe Weltbilder – Sinnsysteme also, die in der Entmenschlichung von Schwarzen, Frauen und Migranten ankerten. Rassismus, Xenophobie und Misogynie sind deshalb der liberalen Demokratie der USA nicht irgendwie wesensfremd, sondern integraler Bestandteil einer Gesellschaft, die einerseits auf einem radikalen Gleichheitsversprechen gegründet ist, in der andererseits aber soziale Gruppen schon immer nach Deutungshoheit, Distinktion und Hegemonie strebten.

In diesem Zusammenhang nun ist die Feststellung wichtig, dass die Kämpfe um Gleichberechtigung der Schwarzen, der Frauen und anderer von der Teilhabe am revolutionären Freiheits- und Gleichheitsversprechen ausgeschlossenen Gruppen stets mit der Behauptung der eigenen Menschlichkeit angingen. So formulierte etwa die Declaration of Sentiments, die der erste Frauenkonvent in der Geschichte der USA im Sommer 1848 verabschiedete, den Text der Unabhängigkeitserklärung so um, dass überall dort, wo im ursprünglichen Dokument „men“ stand, nun von „men and women“ die Rede war. Und als schwarze Müllmänner im Februar 1968 in Memphis, Tennessee gegen die trotz der bürgerlichen Gleichstellung der Schwarzen fortbestehenden diskriminierenden Praktiken ihres städtischen Arbeitgebers protestierten, trugen sie Protestplakate, auf denen in aller Schlichtheit geschrieben stand: „I am a Man.“

## STRUKTURELLE DEMOKRATIEDEFIZITE

Auf die revolutionäre Gründungsgeschichte gehen einige Bauprinzipien der US-Verfassung zurück, aus denen sich in der Folgezeit Demokratiedefizite entwickeln konnten. Das kann hier in seiner ganzen Komplexität nicht erörtert werden; ich konzentriere mich deshalb auf ausgewählte Aspekte des Wahlsystems, an denen dies besonders deutlich wird.<sup>13</sup>

Ein zentrales Strukturmerkmal des amerikanischen Wahlsystems ist, dass Wahlen gemäß Artikel 1, Abschnitt 4 der US-Verfassung von den Einzelstaaten auf der Basis der dort jeweils gültigen Wahlgesetze organisiert und durchgeführt werden. Zwar dürfen diese Wahlgesetze den von der

Verfassung gesetzten Rahmen nicht überschreiten, aber innerhalb dieses Rahmens gab und gibt es ein breites Spektrum von Möglichkeiten, demokratische Partizipationsrechte einzuschränken.

Ein Musterbeispiel dafür sind die schon angesprochenen Jim-Crow-Gesetze, die ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert in den Staaten des Südens das System der Rassentrennung einführten und den Schwarzen das Wahlrecht faktisch entzogen, obwohl es mit dem 15. Zusatz zur US-Verfassung seit 1870 in der gesamten Union verboten war, das Wahlrecht aufgrund von „race, color, or previous condition of servitude“ einzuschränken. Die Jim-Crow-Gesetze verletzten diese Verfassungsnorm formal auch gar nicht. Vielmehr banden die Wahlgesetze der Südstaaten das Wahlrecht an Voraussetzungen wie Wahlsteuern, den Nachweis der Lese- und Schreibfähigkeit oder die *grandfather clause*, die vorsah, dass nur wählen durfte, wer einen Großvater hatte, der auch schon gewählt hatte. Diese Bestimmungen galten zwar für alle Bürger des Staates, doch konnten sie insbesondere von den Schwarzen nicht erfüllt werden. War dies doch der Fall, wurde die schwarze Bevölkerung nicht selten durch die schiefe Gewalt weißer Rassisten von der Ausübung ihres Wahlrechts abgehalten.

Eine weitere Bestimmung der Verfassung mit demokratiedefizitärem Potenzial ist das *Gerrymandering*, also das Neuzuschneiden der Wahlkreise auf der Grundlage der alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählung. Die Verfassungsväter hatten im *redistricting* eine Möglichkeit gesehen, das Gewicht der einzelnen Stimme und faire Repräsentation im US-Kongress angesichts des zu erwartenden demografischen Wandels für die Zukunft abzusichern. Unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts in einem von der Verfassung gar nicht vorgesehenen Zweiparteiensystem ist das *Gerrymandering* inzwischen jedoch für die in einem Staat jeweils herrschende Partei zu einer Möglichkeit geworden, Wahlkreise so neu zu ordnen, dass strukturelle Mehrheiten für sie garantiert sind. Dass heute nur eine sehr kleine Zahl von Wahldistrikten überhaupt umkämpft ist und deshalb jeweils nur ein paar hunderttausend Wähler eines Staates die Wahlen entscheiden, ist eine direkte Folge dieser Regelung.

Auch in anderer Hinsicht trägt die föderale Struktur des Wahlsystems zu einem Demokratiedefizit bei. Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Polarisierung haben sich die Bundesstaaten im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts weltan-

<sup>13</sup> Vgl. Stephan Bierling, Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie, München 2024, S. 101–138.

schaulich immer weiter auseinanderentwickelt. Traditionell konservative Staaten sind noch konservativer geworden, während die immer schon liberalen Staaten noch liberaler wurden. Gleichzeitig klaffen ihre Bevölkerungszahlen immer weiter auseinander: Die zuvor schon bevölkerungsreichsten Staaten sind seit der Jahrtausendwende noch bevölkerungsreicher geworden, während die bevölkerungsärmeren Staaten weiter an Einwohnern verloren haben. Aktuell leben rund 67 Prozent der US-Bevölkerung in den fünfzehn größten Staaten der Union. Dies hat bizarre Konsequenzen für die Machtverhältnisse im US-Senat, wo jeder Staat mit zwei Senatoren repräsentiert ist. Hier werden inzwischen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung von 30 Senatoren vertreten, das restliche Drittel hingegen von 70.

Der revolutionären Gründungsgeschichte der USA ist es auch geschuldet, dass in das System zur Wahl des Präsidenten ein weiteres eklatantes Demokratiedefizit eingeschrieben ist. Präsident wird nämlich nicht derjenige Kandidat, der die meisten Wählerstimmen erhält, sondern derjenige, der die Mehrheit der Stimmen im Wahlmännergremium – in dem seit dem 19. Amendment von 1920 immer auch Frauen vertreten waren – auf sich vereinigt. In diesem *electoral college* hat jeder Staat so viele Stimmen wie er Abgeordnete und Senatoren im US-Kongress hat. Wurden die *electors* anfangs noch von den Parlamenten der Einzelstaaten bestimmt, werden sie heute in allen Bundesstaaten bis auf Maine und Nebraska auf der Basis des einfachen Mehrheitswahlrechts direkt vom Volk gewählt. Die siegreiche Partei gewinnt also alle Stimmen des Staates im *electoral college*; die für die unterlegene Partei abgegebenen Stimmen sind komplett verloren.

Dieses System kann dazu führen, dass eine Person zum Präsidenten gewählt wird, die zwar die Mehrheit der Wahlmännerstimmen, nicht aber die Mehrheit der Wählerstimmen erhalten hat. Das ist bei den 51 Präsidentschaftswahlen seit 1824 zwar erst insgesamt vier Mal passiert, doch ist es bezeichnend, dass sich zwei dieser vier Fälle im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ereigneten, nämlich bei den Präsidentschaftswahlen der Jah-

re 2000 und 2016, die jeweils mit dem Sieg eines Republikaners endeten. Seit 1992 holten republikanische Präsidentschaftskandidaten vier Mal die Mehrheit im Wahlmännergremium, aber nur zwei Mal auch die Mehrheit aller Wählerstimmen: George W. Bush 2004, Donald Trump 2024.

## POLARISIERTE PARTEIENDEMOKRATIE

Diese strukturellen Demokratiedefizite der US-Verfassung tragen unter den Bedingungen demografischen Wandels, tiefgreifender ökonomischer Transformationen, sozial-moralischer Kulturkriege und parteipolitischer Polarisierung zur Verschärfung der Krise der liberalen Demokratie in den USA bei.<sup>14</sup> Dabei sind es gegenwärtig vor allem die von der US-Verfassung gar nicht vorgesehenen politischen Parteien, die unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts in einem Zweiparteiensystem die strukturellen Demokratiedefizite für ihre eigenen politischen Interessen ausnutzen und dadurch die Erosion des demokratischen Konsenses in den USA vorantreiben.

Damit schließt sich der Kreis zu George Washingtons Warnung vor den verhängnisvollen Wirkungen des „Parteigeistes“. Im Denken der Verfassungsväter war die von ihnen konzipierte Verfassungsordnung ein Instrument zur Verhinderung von politischen Parteien. Dennoch entstand bereits in den 1790er Jahren ein erstes Parteiensystem; das heutige ist schon das dritte. In Kombination mit dem Mehrheitswahlrecht ist das Zweiparteiensystem zu einem Faktor der Krise geworden, weil es gegenwärtig dazu führt, dass sich innerhalb der Parteien in der Regel die Kandidatinnen und Kandidaten mit den extremeren Positionen durchsetzen und die Moderaten marginalisiert werden. Im Verhältnis der beiden Parteien zueinander dominiert auf beiden Seiten inzwischen ein Habitus, der die jeweils andere Partei als ideologischen Feind und nicht als legitimen Konkurrenten im demokratischen Wettstreit um Stimmen sieht.<sup>15</sup> Dass die Erinnerung an die Amerikanische Revolution 250 Jahre nach Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung Politik und Gesellschaft in den USA befrieden wird, ist deshalb derzeit nicht zu erwarten.

### VOLKER DEPKAT

ist Professor für Amerikanistik an der Universität Regensburg.

<sup>14</sup> Vgl. Manfred Berg, *Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute*, 4. Aufl., Stuttgart 2025.

<sup>15</sup> Vgl. Michael Butter, *Die Alarmierten. Was Verschwörungstheorien anrichten*, Berlin 2025, S. 108–110.

# KAMPF UM DIE AMERIKANISCHE VERFASSUNG

## Die Federalist Papers als Gründungsdokument einer inzwischen gefährdeten Demokratie

*Barbara Zehnpfennig*

Niemand hat vor rund 250 Jahren ahnen können, dass die damals heftig umstrittene neue amerikanische Verfassung die Jahrhunderte überdauern würde. Und nur die wenigsten hätten geglaubt, dass die Befürchtungen, die viele der damaligen Verfassungsgegner hegten, sich deutlich später einmal bewahrheiten könnten. Bisher las sich die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika wie eine Bestätigung des großen Wurfs, den die erste demokratische Verfassung in der Moderne welthistorisch bedeutete. Doch seit der Präsidentschaft Donald Trumps sind zahlreiche Einwände, die man im 18. Jahrhundert gegen die Verfassung erhob, wieder erstaunlich aktuell. Genauso aktuell erscheinen deshalb auch die Federalist Papers, jenes einzigartige Gründungsdokument der modernen liberalen Demokratie,<sup>01</sup> das die Debatte zwischen Verfassungsgegnern und -befürwortern nicht nur widerspiegelt, sondern auch mit starken Argumenten entscheidet – zugunsten der Verfassung.

### VORGESCHICHTE

Was 1776 zur amerikanischen Unabhängigkeitserklärung geführt hat, ist bekannt: Die dreizehn britischen Kolonien in Amerika fühlten sich vom Mutterland drangsaliert; sie wollten sich an den Kosten des Siebenjährigen Kriegs (1756–1763) zwischen Großbritannien und Frankreich, der auch in Amerika ausgetragen wurde, nicht beteiligen, und sie wollten nicht besteuert werden, ohne im britischen Parlament vertreten zu sein. So kam es zum Aufstand gegen das Mutterland, der 1775 in einen achtjährigen Krieg mündete. 1776 sagten sich die Siedler von Großbritannien los, aber erst 1783 hatten sie mithilfe Frankreichs ihr endgültiges Ziel erreicht: Großbritannien erkannte die Selbstständigkeit der ehemaligen Kolonien an.

Doch die Nachkriegssituation war belastet. Solange sie gegen einen gemeinsamen Feind vorgegangen waren, hatten die dreizehn Staaten relativ geeint agiert. Nachdem sie ihre Unabhängigkeit errungen hatten, wurde ihre Zusammenarbeit jedoch schnell wieder durch staatenspezifische Egoismen behindert. Konfliktpunkte waren zum Beispiel die gerechte Verteilung der Kriegslasten, inflationsanheizende Papiergeldemissionen einiger Staaten, konkurrierende Gebietsansprüche und anderes mehr. Schon seit der Unabhängigkeitserklärung hatte man um eine Art gemeinsame Verfassung für die dreizehn Staaten gerungen, und der Kontinentalkongress, die gemeinsame Vertretung der Staaten, hatte ein Konföderationsstatut vorgelegt, das die Zusammenarbeit zwischen ihnen regeln sollte.<sup>02</sup> Doch die im Statut gefundenen Kompromisse stießen bei einigen Staaten auf Widerspruch, die Ratifizierung verzögerte sich. 1781 unterschrieb schließlich der letzte Staat, Maryland, und besiegelte damit eine Union, die nicht mehr war als ein Bund souveräner Staaten. Damit waren viele Probleme vorprogrammiert.

Die Konföderation beließ den Staaten ihre uneingeschränkte Souveränität, und ihr Kongress war bloß eine Art Botschaferversammlung, in der jeder Staat eine Stimme hatte. Es gab weder eine Exekutive noch eine gemeinsame Gerichtsbarkeit, das Bündnis konnte keine Steuern erheben und gemeinsam beschlossene Zahlungen nicht erzwingen.<sup>03</sup> Das alles war schon während des Unabhängigkeitskriegs problematisch, erwies sich aber als gänzlich untaugliche Konstruktion für die gemeinsame Zukunft – weshalb man eine Überarbeitung des Statuts beschloss.

Die Überraschung war allerdings groß, als die dazu 1787 einberufene Versammlung in Philadel-

phia nicht etwa ein verbessertes Statut, sondern eine gänzlich neue Verfassung vorlegte, die noch dazu den bisherigen Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte. Das bedeutete einen klaren Souveränitätsverlust der Einzelstaaten und eine entscheidende Verlagerung der Kompetenzen auf den Bund. Es ist kein Wunder, dass daraufhin unter den Bürgern der Union eine heftige Debatte darüber entbrannte, ob man ein solch gewagtes Unterfangen tatsächlich unternehmen sollte. Wollte man die neuartige Regierungsform der repräsentativen Demokratie, die man in Amerika erstmals ausprobierte, noch mit einem weiteren Experiment verknüpfen, einer einheitlichen Regierung in einem Großflächenstaat? Drohte da nicht der Rückfall in jene monarchischen oder aristokratischen Herrschaftsformen, denen man auf dem alten Kontinent mit gutem Grund den Rücken gekehrt hatte?

Hier nun traten die *Federalist Papers* auf den Plan. In ihnen ergriffen die drei Autoren Alexander Hamilton, James Madison und John Jay Partei für eine Verfassung, deren Bedeutung und Funktionsmechanismen sie erklärten, während sie ihre Mitbürger für deren Annahme zu begeistern versuchten.

### EIN BUCH, DAS KEINES WAR

Die drei Autoren vereinten seltene Fähigkeiten in sich: Sie waren gebildet und konnten bei ihrer Argumentation aus dem reichen Fundus der europäischen Geistesgeschichte schöpfen; und sie waren Männer der Praxis, die das politische Geschäft nicht bloß aus Büchern kannten.

Der berühmteste von ihnen, Alexander Hamilton, war während des Unabhängigkeitskriegs der Adjutant George Washingtons gewesen. Auf seine Bemühungen und die seines späteren Co-Autoren James Madison ging die Einberufung

des Konvents in Philadelphia zurück, bei dem er selbst eine wichtige Rolle spielte, als es um die konkrete Ausgestaltung der Verfassung ging. Als Washington erster Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde, ernannte er Hamilton zum Finanzminister, der mit seinen Finanzreformen die Weichen für ein wirtschaftlich modernes und prosperierendes Amerika stellte. Zu noch bedeutenderer Position gelangte sein Mitstreiter James Madison, der 1809 zum vierten Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Madison war maßgeblich an der ersten Grundrechteerklärung der Moderne, der Virginia Bill of Rights von 1776, beteiligt und arbeitete im Verfassungskonvent den letztlich entscheidenden „Virginia-Plan“ aus – wurde später allerdings zum politischen Gegner Hamiltons. John Jay wirkte während des Unabhängigkeitskriegs als Diplomat, wurde 1778 Präsident des Kontinentalkongresses und war Mitunterzeichner des Friedensvertrags von Paris, mit dem der Unabhängigkeitskrieg beendet wurde. Co-Autor der *Federalist Papers* wurde er, obwohl er am Verfassungskonvent selbst nicht teilgenommen hatte, aber seine außenpolitische Erfahrung einbringen konnte. 1784 bis 1790 diente er den Vereinigten Staaten als Außenminister.

Weshalb das Werk, das die drei Autoren gemeinsam schufen, *Federalist Papers* heißt, erschließt sich sofort: Es besteht aus 85 Zeitungsartikeln, die 1787/88 in drei verschiedenen New Yorker Zeitungen erschienen und erst später in Buchform zusammengefasst wurden. Man kann kaum glauben, dass es den Autoren in einem solch kurzen Zeitraum gelang, einen derart gehaltvollen und systematisch aufgebauten Verfassungskommentar zu schreiben. Ebenso erstaunlich ist, dass es offenbar genug Zeitungsleser gab, die sich die anspruchsvolle Lektüre zumuteten. Allerdings stand auch viel auf dem Spiel, nämlich nicht weniger als die Zukunft der Vereinigten Staaten von Amerika. Über diese sollten die Bürger durch gewählte Verfassungskonvente entscheiden, die in jedem Einzelstaat eingesetzt wurden. Jeder Staat beschloss also für sich, ob er der Verfassung zustimmen wollte; sobald neun der dreizehn Staaten unterschrieben hatten, sollte die neue Verfassung in Kraft treten. 1789 hatten dann alle dreizehn unterzeichnet. Doch zuvor musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, und die drei Autoren gaben sich alle Mühe, die Bürger des Staates New York zur Annahme der Verfassung zu bewegen.

**01** Für den Politikwissenschaftler Dietmar Herz sind die *Federalist Papers* „die erste vollständige liberale Staatstheorie“. Dietmar Herz, *Die wohlwogene Republik. Das konstitutionelle Denken des politisch-philosophischen Liberalismus*, Paderborn u. a. 1999, S. 202.

**02** Vgl. Angela Adams/Willi Paul Adams (Hrsg.), *Die amerikanische Revolution und die Verfassung 1754–1791*, München 1987, S. 272–274.

**03** Vgl. Barbara Zehnpfennig, *Die verfassungspolitischen Grundlagen des amerikanischen Regierungssystems*, in: Christian Lammert/Markus B. Siewert/Boris Vormann (Hrsg.), *Handbuch Politik USA*, 3. Aufl., Wiesbaden 2024, S. 157–178, hier S. 162f.

## NEUE ORDNUNG

Gleich zu Beginn ihres Werkes machten die Autoren klar, dass mit der Ratifizierung der bundesstaatlichen Verfassung nicht nur eine neue Nation aus der Taufe gehoben würde. Vielmehr würde damit auch eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung entschieden, nämlich „ob menschliche Gemeinschaften wirklich dazu fähig [sind], eine gute politische Ordnung auf der Grundlage vernünftiger Überlegung und freier Entscheidung einzurichten, oder [ob] sie für immer dazu verurteilt [sind], bei der Festlegung ihrer politischen Verfassung von Zufall und Gewalt abhängig zu sein“.<sup>04</sup> Hier konnte sich ein Volk erstmals in der Geschichte selbstbestimmt eine Verfassung geben, noch dazu eine Verfassung, die das Volk zum Träger der staatlichen Gewalt macht. Indem die Federalists die anstehende Entscheidung als eine schlechthin „menschheitliche“ darstellten, appellierten sie gleichermaßen an den Stolz wie an das Verantwortungsbewusstsein ihrer Landsleute. Das taten sie letztlich mit Erfolg.

Bevor die Autoren zum eigentlichen Verfassungskommentar übergangen, leiteten sie in drei Argumentationsschritten zu ihm hin:<sup>05</sup> Erstens sei es für die Amerikaner innen- wie außenpolitisch überlebenswichtig, die Union der amerikanischen Staaten zu bewahren. Zweitens sei die bestehende Konföderation zur Bewahrung der Union jedoch nicht imstande, weshalb drittens nur eine durchsetzungsstarke Zentralregierung die Union erhalten könne. Im direkten Verfassungskommentar ging es dann darum zu zeigen, dass diese durchsetzungsstarke Regierung trotzdem streng republikanisch – oder im heutigen Sprachgebrauch: demokratisch – ist, was immer die Verfassungsgegner auch behaupten mochten. Denn das war der Kern aller Befürchtungen, die sich mit der neuen Verfassung verbanden: dass mit ihr eine Ordnung installiert würde, die sich zu weit von den Menschen entfernen und Machtstrukturen schaffen könnte, die nur einer Elite zugutekommen würden. Es war die Angst, dass dem Volk die Macht

entgleiten könnte, zugunsten eines quasi-monarchischen Präsidenten und einer ökonomisch starken Schicht.<sup>06</sup>

## ZENTRALE KENNZEICHEN DER VERFASSUNG

Die amerikanische Verfassung begründete eine *föderale Ordnung*, eine Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Gliedstaaten. Dass sich ausgerechnet die Befürworter einer starken Bundesmacht den Namen „Federalists“ gesichert hatten, während den für Dezentralisierung plädierenden Verfassungskritikern nur der Name „Anti-Federalists“ übrig blieb, war ein geschickter Schachzug, der im Diskurs zwischen angelsächsisch geprägten und nicht-angelsächsischen Ländern aber immer noch für Verwirrung sorgt: Für Erstere ist Föderalismus der Inbegriff einer Stärkung der Zentralmacht, für Letztere bedeutet er das Gegenteil.

In den Federalist Papers erklärten die Autoren, welche Befugnisse die Verfassung zu Recht auf Bundesebene angesiedelt habe,<sup>07</sup> etwa die Garantie der demokratischen Staatsform, die Regelung der internationalen Beziehungen und die Abwehr von äußeren Gefahren. Zwei Verfassungsgrundsätze bedurften allerdings besonderer Verteidigung, weil sie auch besonders heftig attackiert wurden: das Prinzip, die Verfassung sowie die von der Bundesregierung verabschiedeten Gesetze und Verträge zum obersten Gesetz des Landes zu machen, und die „Necessary and Proper“-Klausel.<sup>08</sup>

Beim ersten Punkt, der klaren Überordnung von Bundesrecht gegenüber Einzelstaatenrecht, liegt das Argument auf der Hand: Läge es im Ermessen der Einzelstaaten, welche Bundesgesetze sie akzeptieren und welche nicht, fände die Union schnell ein Ende, zumal die Interessen der Staaten so unterschiedlich sind, dass die Gegensätze untereinander wieder voll zum Tragen kämen. Beim zweiten Punkt – dem Bund das Recht zuzuerken-

**04** Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, Die Federalist Papers, herausgegeben und übersetzt von Barbara Zehnpfennig, München 2007, S. 53.

**05** Vgl. Barbara Zehnpfennig, Einleitung zu: Hamilton/Madison/Jay (Anm. 4), S. 8.

**06** Auf diesen Spuren wandelnd, legte Charles A. Beard eine vielbeachtete, rein ökonomische Deutung der Verfassung vor, die wesentliche Verfassungsbestandteile auf die ökonomischen Interessen der besitzenden Schicht zurückführte. Allerdings war diese Perspektive zu eng, um den komplexen Verfassungsgebungsprozess adäquat abzubilden. Charles A. Beard, *An Economic Interpretation of the Constitution of the United States*, New York 1913.

**07** Vgl. Federalist Nr. 41–44, in: Hamilton/Madison/Jay (Anm. 4), S. 257–289.

**08** Vgl. Federalist Nr. 44, ebd., S. 282–289.

nen, alle zur Ausübung seiner Befugnisse „notwendigen und geeigneten“ Gesetze zu erlassen – machten die Federalists geltend, dass sich dieser Grundsatz eigentlich von selbst verstehe. Wer zum Beispiel das Recht habe, Steuern zu erheben, müsse auch die dazu erforderlichen Gesetze geben können.<sup>09</sup> Letztlich, und auf dieses Argument griffen die Federalists immer wieder zurück, könne bei jeder Machtokkupation seitens der Bundesregierung ohnehin der Wähler eingreifen und die Regierung abwählen. Zudem verblieben viele Befugnisse bei den Einzelstaaten, und diese hätten dazu noch einen entscheidenden Vorteil: Sie stünden dem Wähler viel näher als der Bund. Insofern erblickten die Federalists in der Verfassung einen gelungenen Kompromiss zwischen einzelstaatlichen und bundesstaatlichen Interessen und Kompetenzen. Für sie ist es eine föderale Ordnung mit innerem Equilibrium.

Ein weiteres zentrales Charakteristikum der neuen Verfassung war, dass sie ein *gewaltenteiliges politisches System* schuf. Die Gewaltenteilungslehre des französischen Staatstheoretikers Montesquieu galt Verfassungskritikern wie -befürwortern als unverzichtbare Grundlage jeder politischen Neuordnung, und das berechtigterweise. Es ist das Kennzeichen von Diktaturen und autoritären Systemen, dass sich die Macht in einem Punkt konzentriert und keiner externen Kontrolle mehr unterliegt. Die Gewalten zu teilen, sie gegeneinander zu positionieren und auf diese Weise keine von ihnen zu stark werden zu lassen, ist ein wesentliches Instrument zur Sicherung der bürgerlichen Freiheit. Deshalb kommt kein freiheitliches demokratisches System ohne Gewaltenteilung aus.

In den Federalist Papers sind dem Thema „Checks and Balances“ daher auch fünf Artikel explizit und mehr als dreißig implizit gewidmet,<sup>10</sup> nämlich bei der Erklärung der Funktionsweise von Exekutive, Legislative und Judikative. Die amerikanische Verfassung sieht ein präsidentielles System vor, das heißt, der Präsident geht nicht aus dem Parlament hervor wie im parlamentarischen System, sondern er wird separat, durch Wahlmänner, gewählt. Das verschafft ihm eine starke Stellung, die von den Federalists vehement verteidigt wurde: „Eine tatkräftige Exekutive ist eines

der Hauptmerkmale einer guten Regierung.“<sup>11</sup> Wichtige Kompetenzen wie der Oberbefehl über das Heer, das Begnadigungsrecht oder das Nominierungsrecht bei Botschaftern und Richtern des Supreme Court müssten in einer Hand vereint sein, um die Gemeinschaft nach Innen und Außen schützen und ihre Freiheit bewahren zu können. Nach den Erfahrungen mit der Präsidentschaft Trumps liest man diese Passagen etwas anders, aber die Federalists waren überzeugt, dass die Verfassung genug Sicherungsmaßnahmen vorsah, um keiner der Gewalten ein Übergewicht gegenüber den anderen beiden zu verschaffen. Vor allem vertrauten sie auf den Mechanismus einer inneren Machtbalance: „Man muss dafür sorgen, dass Ehrgeiz dem Ehrgeiz entgegenwirkt.“<sup>12</sup> Wer immer ein Amt innehatte, würde es mit seinem Eigeninteresse verbinden. Doch das raffiniert ausgetüftelte System von Machthemmnissen und -gleichgewichten, von Kooperation und Kontrolle bei den drei Gewalten würde dafür sorgen, dass dennoch das Beste für alle herauskäme. In diesem Gedanken findet sich das urliberale Prinzip einer Konkurrenz der Egoisten, die deshalb nicht schädlich sind, weil sie sich gegenseitig in Schach halten und letztlich sogar Nutzen erbringen, da sie sich wechselseitig vorantreiben.

Dasselbe Prinzip sollte auch gesellschaftlich wirksam werden, denn die neue Verfassung fußte auf dem Prinzip des *Pluralismus*. Im berühmten Federalist Nr. 10 erklärten die Autoren, dass dort, wo Freiheit herrscht, auch Parteiungen entstehen, die ihre Partikularinteressen durchzusetzen versuchen.<sup>13</sup> Wenn man Freiheit wolle, müsse man die Entstehung solcher Interessengruppen akzeptieren und darauf setzen, dass sie sich gegenseitig ausbalancieren. Damit keine besonders starke Gruppe politisch dominant werden kann, hatte die Verfassung keine direkte, sondern eine *repräsentative* Demokratie vorgesehen. Für die Federalists bedeutete das: Eine Gruppe ausgewählter Volksvertreter kann den Volkswillen filtern und läutern und damit Partikularinteressen neutralisieren. Außerdem, so ein weiteres Argument, ermögliche das Repräsentativsystem die Ausweitung der Demokratie auf eine große Fläche. Je größer das Territorium, desto größer auch die

<sup>09</sup> Vgl. Federalist Nr. 33, ebd., S. 208–212.

<sup>10</sup> Explizit in den Artikeln 47–51, implizit in den Artikeln 52–83.

<sup>11</sup> Federalist Nr. 70, in: Hamilton/Madison/Jay (Anm. 4), S. 415.

<sup>12</sup> Federalist Nr. 51, ebd., S. 320.

<sup>13</sup> Vgl. Federalist Nr. 10, ebd., S. 93–100.

Zahl der Parteien. Das wiederum erschwere die Herausbildung von Mehrheiten, die dem Gemeinwohl gefährlich werden könnten.

Die Verfassung, so das Resümee der Federalists, gewährt bürgerliche Freiheit, verhindert aber die Durchsetzung des Stärkeren. Sie ist demokratisch, vermeidet aber die Probleme der direkten Demokratie, zum Beispiel die Konfusion durch Parteienkämpfe und emotional aufgeladene Volksversammlungen. Und sie erlaubt die Ausdehnung der demokratischen Ordnung auf ein großes Gebiet, was letztlich den gesellschaftlichen Pluralismus und damit die innergesellschaftlichen Checks and Balances befördert.

### KRITIK

In der Auseinandersetzung zwischen Federalists und Anti-Federalists spiegelte sich nicht zuletzt der Gegensatz zwischen dem ökonomisch entwickelten Norden und den agrarisch geprägten, sklavenhaltenden Südstaaten wider. Obwohl die Verfassungsgegner, die Anti-Federalists, im Einzelnen unterschiedliche Positionen vertraten,<sup>14</sup> wiederholten sich zentrale Kritikpunkte doch immer wieder. Etwas verallgemeinernd kann man sagen, dass sie dem liberalen Demokratieverständnis der Federalists ein republikanisches entgegensetzten. Danach sollten die maßgeblichen Prinzipien die Tugend von Bürgern und Amtsinhabern, eine überschaubare Republik und Homogenität der Bürgerschaft sein – und nicht Interessenausgleich, ein großräumiges politisches System und bürgerliche Diversität. Puritanisch geprägt, waren die Anti-Federalists der Meinung, dass Macht korrumpiert und deshalb möglichst stark beschränkt werden müsse.<sup>15</sup>

Daraus ließen sich sehr konkrete Vorwürfe gegen die Verfassung ableiten:<sup>16</sup> Der Präsident sei als Quasi-Monarch konzipiert und nicht hinreichend kontrollierbar, sodass er sein Amt zu seinem persönlichen Vorteil ausüben könne. Die Repräsentanten seien viel zu wenige, um die Bürger angemessen vertreten zu können, und sie bildeten zusammen mit den Senatoren eine Aristokratie,

die viel zu weit von den Menschen entfernt sei. Bürgerliche Rechte seien gefährdet, weil die Gewaltenteilung nicht hinreichend gesichert werde. Die Rechte der Einzelstaaten könnten von der Bundesregierung unterminiert werden; es drohe eine unitarische statt einer föderalen Ordnung. Insgesamt befürchtete man, mit der Verfassung würde keine wirkliche Demokratie installiert, sondern eine Art Monarchie beziehungsweise Aristokratie, die von den ökonomisch Starken beherrscht würde. Man glaubte schlicht nicht, dass man auf so großer Fläche demokratisch regieren könne und das System der Checks and Balances tatsächlich funktionieren würde. Manche sahen sogar eine Despotie heraufziehen.

Als Konzession an die Anti-Federalists und zur Sicherung der Bürgerrechte wurde der Verfassung 1791 ein Grundrechtekatalog angefügt. Unter der Führung Thomas Jeffersons formierten sich die Anti-Federalists 1792 zur Demokratisch-Republikanischen Partei, aus der schließlich die Demokraten hervorgingen.

### GEGENWART

Dass die amerikanische Verfassung den Stürmen der Zeit trotzte und noch immer in Kraft ist, hat seinen Grund sicher auch darin, dass sie sehr kurz und allgemein gehalten ist. Dadurch war sie flexibel in der Anwendung. Zugleich ist ihre Vagheit aber auch ein mögliches Einfallstor für fragwürdige Auslegungen seitens interessierter politischer Akteure. So hat man in der Vergangenheit eine Selbstermächtigung der Bundes-Judikative, speziell des Supreme Court, Blockadehaltungen des Kongresses oder Übergriffe des Bundes auf die Rechte der Staaten beklagt. Gegenwärtig ist es aber zweifellos die Rolle des Präsidenten im Machtgefüge, die Anlass zur Sorge, ja zum Bangen um den Erhalt der Demokratie gibt. In der Tat sind unter der Präsidentschaft Donald Trumps Entwicklungen vorangetrieben worden, die zwischen exzessiver Verfassungsauslegung und offenem Verfassungsbruch zu changieren scheinen.

„Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die unumschränkte Gewalt, Verrat zu begnadigen; was unter Umständen dazu benutzt werden könnte, diejenigen vor Strafe zu schützen, die er selbst insgeheim zu diesem Verbrechen angestiftet hatte.“<sup>17</sup> Geradezu prophetisch klingen die Worte

<sup>14</sup> Gesammelt finden sich ihre Artikel und Flugblätter in: Herbert J. Storing/Murray Dry (Hrsg.), *The Complete Anti-Federalist*, 7 Bde., Chicago 1981.

<sup>15</sup> Vgl. Cecelia M. Kenyon, *Men of Little Faith: The Anti-Federalists on the Nature of Representative Government*, in: *The William and Mary Quarterly* 1/1955, S. 3–43.

<sup>16</sup> Vgl. dazu auch die Dokumente in Adams/Adams (Anm. 2), S. 351–387.

<sup>17</sup> Ebd., S. 372.

des Verfassungskritikers George Mason aus dem Jahr 1787, denkt man an Trumps Begnadigung der Extremisten, die am 6. Januar 2021 das Kapitol stürmten, nachdem er sie dazu angestachelt hatte. Doch Trump nutzt nicht nur Kompetenzen, die dem Präsidenten in der Verfassung explizit zuerkannt sind, auf eine geradezu systemgefährdende Weise. Er macht auch regen Gebrauch von der schon unter George W. Bush stark strazierten „Unitary Executive“-Doktrin.<sup>18</sup>

Nach dieser wird die Verfassungsbestimmung, dass die vollziehende Gewalt beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika liegt,<sup>19</sup> so ausgelegt, dass er alleine über die gesamte Exekutive verfügt. Das Plädoyer der Federalists, die Exekutivgewalt in einer Hand zu konzentrieren,<sup>20</sup> scheint diese Auslegung zu unterstützen. Die Federalists hatten allerdings nicht damit gerechnet, dass jemals ein Mann Präsident werden könnte, der das Amt so offen zur Durchsetzung von Eigeninteressen missbraucht. Trump beansprucht den Zugriff auf alle Bundesbehörden, besetzt exekutive Ämter grundsätzlich nach Willfähigkeit und nicht nach Kompetenz, dünnt mit Massenentlassungen die Administration aus und sichert sich durch das Schüren von Existenzangst Gefolgschaft.

Aber er greift auch auf die anderen beiden Gewalten zu. Weil Gesetze, die der Kongress verabschiedet, den Präsidenten binden, regiert Trump durch eine Vielzahl von Verordnungen an der Legislative vorbei. Mittels des veränderten Zuschnitts von Wahlkreisen und restriktiver Bestimmungen bezüglich der Briefwahl versucht er, die Kongresswahlen zu steuern. Seine einseitige Aufkündigung internationaler Verträge nimmt er per Dekret und ohne Einbeziehung des Senats vor. Und was die Judikative angeht, so sind die von ihm nominierten Richter grundsätzlich Loyalisten, ebenso wie der Justizminister, der zugleich Bundesstaatsanwalt ist. Schon oft hat Trump versucht, Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen, zumal, wenn er selbst Gegenstand von Strafverfolgung war. Dass die ihm geneigten Richter

des Supreme Court dem Präsidenten 2024 Immunität für alle offiziell im Amt begangenen Handlungen zusicherten,<sup>21</sup> hat seinen Spielraum noch erweitert. Diesen nutzt er auch bei Übergriffen auf die Rechte der Einzelstaaten, wenn er zum Beispiel zur Durchsetzung seiner Anti-Migrationspolitik die Bundes-Einwanderungspolizei ICE zu Einsätzen in die Bundesstaaten entsendet.

Ganz gewiss nicht von der Verfassung gedeckt sind Trumps Eingriffe in Wissenschaft und Medien, wobei mit seinen engen Beziehungen zu Tech-Milliardären wie Elon Musk, Mark Zuckerberg, Jeff Bezos oder Peter Thiel eine einzigartige Verschränkung von politischer, wirtschaftlicher und medialer Macht verknüpft ist. Und eben dies ist die Gesamttendenz seiner Präsidentschaft: die Gewaltenteilung zu unterlaufen, die Einzelstaaten zu schwächen, via Universitäten und Medien die Deutungshoheit über die Geschichte und seine Präsidentschaft zu erlangen und mit der Koppelung von politischer und ökonomischer Stärke auch auf nicht-staatlicher Ebene die Checks and Balances auszuhebeln. Wer eine Diktatur errichten und alle Macht in einem Punkt konzentrieren will, muss genau so vorgehen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund noch einmal das kunstvolle und sorgsam austarierte System, das die Verfassung vorsah, so bleibt wohl nur ein Schluss: Institutionen kann man aushöhlen; auch das raffinierteste und durchdachtste Institutionengefüge funktioniert nur mit entsprechender Einstellung der Amtsinhaber. Ahnten das auch die Federalists, wenn sie trotz ihres Glaubens an den Ausgleich der Egoisten durch das Gleichgewicht der Kräfte doch immer wieder auf die Tugend zu sprechen kamen, die von den künftigen Amtsträgern zu erwarten sei? Einige amerikanische Richter haben den Mut bewiesen, dem Präsidenten bei seinen rechtswidrigen Aktionen Einhalt zu gebieten. Sie haben Amt und Ethos nicht entkoppelt. Darauf muss man wohl weiter hoffen. Denn selbst wenn es in der Verfassung stärkere institutionelle Mechanismen der Machtkontrolle gäbe, bedürfte es doch unbeirrter Menschen, die sie auch anzuwenden wagen – gegen einen Populisten, der sich von einer Massenbasis getragen weiß, die das Erbe der Gründerväter offenbar aufzugeben bereit ist.

#### BARBARA ZEHNPFENNIG

ist emeritierte Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau.

**18** Vgl. Cass Sunstein/Adrian Vermeule, *The Unitary Executive: Past, Present, Future*, in: *The Supreme Court Review* 2020, S. 83–117.

**19** Artikel II, 1 der US-Verfassung.

**20** Vgl. *Federalist* Nr. 70, in: Hamilton/Madison/Jay (*Ann.* 4), S. 415–423.

**21** Vgl. Stephan Bierling, *Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie*, München 2024, S. 164f.

# LEBEN IM ÜBERFLUSS

## Vom Streben nach Glück in der amerikanischen Demokratie

*Philipp Gassert*

1883 veröffentlichte die junge New Yorker Poetin Emma Lazarus (1849–1887) das Gedicht „The New Colossus“. Sie hatte es im Rahmen einer Werbekampagne für das mächtigste Denkmal einer freiheitlichen Willkommenskultur verfasst, das die Welt je gesehen hat. Das Denkmal sollte in den 1880er Jahren in der Hafeneinfahrt von New York errichtet werden. Es wurde zum Symbol der Vereinigten Staaten, des „amerikanischen Traums“ und des guten Lebens: die Freiheitsstatue. In ihrem Gedicht nennt Lazarus die einer antiken Göttin nachempfundene „Lady Liberty“ die „Mutter der Migranten“, deren Fackel aller Welt einen Willkommensgruß schicke. Ihr Länder der Alten Welt, rufe die kolossale Dame aus, behaltet euren Pomp: „Schickt mir stattdessen eure Mittellosen, / die Heimatlosen, hoffnungslos Zerlumpten, / vom Sturm Gebeutelten, die Abgestumpften, / die Müden, die trotzdem nach Freiheit dürsten.“<sup>01</sup>

Der Koloss im New Yorker Hafen steht für das Versprechen von Freiheit und die damit verbundenen Vorstellungen von Individualismus und Selbstverwirklichung.<sup>02</sup> Im 20. Jahrhundert sollte diese Vorstellung des „American Dream“ vor allem auf den Konsum von Gütern zielen; auch der Sinngehalt der rätselhaft klingenden Phrase vom „Pursuit of Happiness“ (dem „Streben nach Glück“) aus der Unabhängigkeitserklärung von 1776 hat sich schon bald nach der Revolution gewandelt. Lazarus und der Koloss aber rufen ins Gedächtnis, dass Freiheit, Gleichheit und das Streben nach Glück aufeinander bezogen sind. Lady Liberty sollte auch an die Sklavenbefreiung erinnern.<sup>03</sup> Diese Botschaft ist vergessen: Die Lady schreitet aus geborstenen Ketten nach vorn, doch das harte Eisen wird durch ihr Gewand verdeckt, sodass es vom Boden her unsichtbar bleibt.<sup>04</sup>

In Lazarus' Gedicht fließen Hoffnungen auf ein gutes Leben mit der Idee der Freiheit und einer Botschaft der Antidiskriminierung zusammen, wie man heute sagen würde. Nicht nur war Lazarus' sephardische Familie 1654 vor der por-

tugiesisch-brasilianischen Inquisition ins heutige New York geflohen, die junge Frau hatte auch mit Schauern über die Pogrome im Russischen Reich gelesen und ein Anwachsen des Antisemitismus in New York erlebt. Sie wollte die USA nicht als Imperium verstehen, das Menschenrechte zertrampelte und Häfen schloss wie der antike Koloss von Rhodos. Das antike Weltwunder galt ihr als Symbol europäischer Unfreiheit, dem sie den „New Colossus“ entgegenstellte: Sie feierte die Idee eines „Asyls der Menschheit“, propagierte ein offenes Land, das Chancen auf Glück für alle bot – und fürchtete zugleich das egoistische Amerika der Rassisten, das sie aus nächster Anschauung erleben konnte.

### UMSTRITTENE SYMBOLIK

Nationalsymbole werden von vielen beansprucht und sind daher meist umkämpft. Gerne zitieren Progressive und Liberale Lazarus' Zeilen, wenn sich, wie in den 1920er Jahren oder nach 9/11, die Waagschale hin zum Chauvinismus neigt. Während Kritiker die „Lady“ anfangs als viel zu progressiv ablehnten, ist der „neue Koloss“ heute so amerikanisch wie Burger und Cola.<sup>05</sup> Er leistet gute Dienste als Referenzpunkt für Migrationsbefürworter wie Nationalisten, aber auch für Imperialisten, die Soldaten für die globale Ausbreitung der Demokratie in den Kampf verschiffen. Für US-Präsident Ronald Reagan war die Freiheitsstatue ein Symbol neuer Stärke. Anhänger der „America First“-Doktrin wiederum wollen sie vor Vereinnahmung durch *woke* Kunst schützen – in der Version der Malerin Kat Rodriguez trägt die Lady statt der Fackel Tomaten, um gegen die schlechte Behandlung von Landarbeitern zu demonstrieren.<sup>06</sup>

Lady Liberty, ein Geschenk der Französischen Republik zum 100. Jahrestag des 4. Juli 1776 und erst mit einem Jahrzehnt Verspätung in einer lieblosen Zeremonie eingeweiht, bewacht seit 1886 den historisch wichtigsten Eingangs-

punkt in die USA. Bis 1954 begrüßte sie zwölf Millionen künftige Amerikanerinnen und Amerikaner, die im benachbarten Ellis Island registriert und medizinisch untersucht wurden. Als Symbol des amerikanischen Traums unterstreicht sie, dass es in einer Demokratie immer auch darum geht, Bürgerinnen und Bürgern ein materiell gutes Leben zu ermöglichen. Dass in den USA ein besseres Leben als anderswo möglich wäre, galt lange als gesetzt. Der Aufstieg der modernen Demokratie, die im 19. Jahrhundert in den USA ihren Anfang nahm, ging auch mit einem Versprechen auf Wohlstand einher. Doch dieses Versprechen wird immer seltener eingelöst.<sup>07</sup>

Im Folgenden soll es zunächst darum gehen, was die Gründerväter 1776 unter Pursuit of Happiness verstanden, bevor nach der spezifischen Verbindung von Demokratie und „Fülle“ gefragt wird, wie sie etwa in der Formel vom „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ als Selbst- und Fremdbild der USA aufscheint. Vor allem nach 1945 wurde die Vorstellung dominant, dass ein Leben im Überfluss (*abundance*) den US-Nationalcharakter definiere und das selbstverständliche „Recht auf Verschwendung“ urdemokratisch sei. Doch wehe, wenn der Motor stottert, wie etwa in den 1890er Jahren oder nach der Ölpreiskrise 1973. In einer als Schlaraffenland gemalten Demokratie wird Knappheit zum politischen Problem. Die selbstverständliche Erwartung eines konsumistisch gefassten Pursuit of Happiness ist Teil der Erklärung, warum heute radikal-populistische Konzepte verfangen und der MAGA-Nationalismus triumphiert.

**01** Deutsche Übersetzung zit. nach Ruth Klüger, Emma Lazarus: „Der neue Koloss“, 23. 9. 2016, [www.faz.net/-14449671.html](http://www.faz.net/-14449671.html). Siehe auch Magdalena Gerwin, Zwei Frauen in New York – Emma Lazarus am Fuße der Freiheitsstatue, 11. 6. 2020, [www.logbuch-bremerhaven.de/zwei-frauen-in-new-york-emma-lazarus-am-fusse-der-freiheitstatue/](http://www.logbuch-bremerhaven.de/zwei-frauen-in-new-york-emma-lazarus-am-fusse-der-freiheitstatue/).

**02** Vgl. Cal Jillson, *The American Dream: In History, Politics, and Fiction*, Lawrence 2016.

**03** Der französische Rechtswissenschaftler Édouard de Laboulaye (1811–1883) hatte 1865 das Projekt so initiiert. Vgl. Edward Berenson, *The Statue of Liberty. A Transatlantic Story*, New Haven 2012, S. 16 f.

**04** Zerbrochene Ketten sind ein traditionelles Symbol des Abolitionismus, der Antisklavereibewegung.

**05** Vgl. F. Ross Holland, *Idealists, Scoundrels, and the Lady*, Urbana 1993.

**06** Vgl. Peter Burghardt, *Kunst als Vaterlandsverrat*, 29. 8. 2025, [www.sueddeutsche.de/li.3304781](http://www.sueddeutsche.de/li.3304781).

**07** Vgl. etwa Robert D. Putnam, *Our Kids. The American Dream in Crisis*, New York 2015.

## „PURSUIT OF HAPPINESS“: DAS RÄTSELHAFTE WORT VON 1776

In der Welt von 1776 war es keineswegs konsensual, dass jeder seines „eigenen Glückes Schmied“ sein könne und die Regierung auf ein gutes Leben für alle verpflichtet sei. Diese Idee verfestigte sich erst allmählich und schuf ganz eigene, amerikanische Probleme. Der rätselhafte und in der Geschichte der politischen Philosophie umstrittene Begriff des Pursuit of Happiness steht nicht einfach nur für Eigentum (*property*), wie in Rückgriff auf den Staatstheoretiker John Locke (1632–1704) argumentiert worden ist. Dieser hatte in seinem „Second Treatise of Government“ (1689) von „life, liberty, and estate“ als natürlichen Rechten gesprochen, wobei *estate* das meinte, was wir heute unter Eigentum verstehen.<sup>08</sup> Die US-Gründerväter kannten ihren Locke, so auch Thomas Jefferson (1743–1826), von dem der Entwurf der „Declaration of Independence“ stammte. Unter den staatstheoretisch belese- n Männern, die 1776 die Unabhängigkeit der 13 Kolonien erklärten, war Locke überaus populär.<sup>09</sup>

Das „Streben nach Glück“ wurde von Jefferson und der fünfköpfigen Redaktionskommission, die das revolutionäre Dokument der Unabhängigkeitserklärung entwarf, gemeinsam mit *life* (dem Recht auf Leben) und *liberty* (der Freiheit) als selbstevidenter, göttlicher und natürlicher Anspruch an den Anfang der Erklärung gesetzt. Dadurch wurden Rechte für Bürger und Leitlinien für die Regierung etabliert, die auf die Sicherung dieser Rechte verpflichtet wurde. Dass Jefferson nicht auf die konventionelle Trias von „life, liberty, and property“ setzte, hat möglicherweise damit zu tun, dass er wegen der „Sklavenfrage“ in Bezug auf ein unveränderliches Recht auf Eigentum vorsichtig war. Obwohl er selbst Sklavenhalter war, suchte er nach Auswegen aus den damit verbundenen moralischen Dilemmata.<sup>10</sup>

Das erklärt gleichwohl nicht, warum Jefferson „Pursuit of Happiness“ anstelle von „proper-

**08** Vgl. Edward J. Erler, *Property and the Pursuit of Happiness*, Lanham u. a. 2019; Hiram Kümper, *Mythos 1776. Traum und Erwachen der amerikanischen Nation*, Berlin 2026, S. 223–241.

**09** Vgl. Carli N. Conklin, *The Pursuit of Happiness in the Founding Era. An Intellectual History*, Columbia 2019.

**10** Vgl. William B. Scott, *In Pursuit of Happiness. American Conceptions of Property from the Seventeenth to the Twentieth Century*, Bloomington 1977, S. 41 f.

ty“ setzte. Eine plausible Erklärung lautet, dass Eigentum als Voraussetzung von Glück galt und der Regierung in der klassisch republikanischen Tradition der Frühen Neuzeit die Aufgabe zufiel, dieses Glück durch den Schutz des Eigentums, aber auch auf andere Art und Weise sicherzustellen und zu befördern. 1779 erläuterte Jefferson, dass die Regierung das Streben nach Glück unterstützen könne, indem sie in öffentliche Bildung investiere.<sup>11</sup> In der Unabhängigkeitserklärung verschmolzen also gemeinwohlorientierte und individualistische Doktrin. Für die Gründerväter meinte *happiness* durchaus Eigentum, aber eben auch immaterielle Güter wie Wissen, Weisheit und Tugend.<sup>12</sup>

Diese Spannung zwischen Freiheit, dem Streben nach individuellem Glück und Gemeinwohl zieht sich durch die Geschichte des gesamten Westens, doch ist das Streben nach dem guten Leben als Teil des Gründungsmythos in den USA besonders stark ausgeprägt. Dazu gehört auch das Recht zum Verfolgen des eigenen Konsumglücks. Was diesem Glück im Wege stand, musste abgeräumt werden – egal, ob es um indigene Populationen an der Westgrenze ging, um Steuern im Interesse der Fürsorge oder um Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Die seit 2008 geläufige Formel „drill, baby, drill“, die für eine Steigerung der heimischen Öl- und Gasförderung wirbt, bringt Letzteres griffig auf den Punkt. Die expansionistische Doktrin der Verfügbarkeit von Ressourcen in grenzenloser Fülle wirkte so stark, dass die USA in den 1960er Jahren ihre Grenzen bis in den Weltraum zu verschieben begannen.

### HÜLLE UND FÜLLE: EXPANSIONISMUS ALS GRUNDGESETZ

Die expansionistisch-konsumistische Deutung des Strebens nach Glück ist ein universaler Mythos der Moderne, doch brachte diese Moderne in den USA besonders prägnante Erzählungen und Bilder hervor. Märchenhafte Aufstiegs geschichten ließen sich erzählen, selbst wenn Mil-

lionen scheiterten.<sup>13</sup> Doch ist am amerikanischen Traum auch etwas dran: Der Unternehmer und Milliardär Elon Musk etwa ist bekanntlich ein Eingewanderter der ersten Generation. Im heimischen Südafrika hätte er es niemals zu einem der wirkungsvollsten Innovatoren der Welt gebracht. Auch jenseits solcher Erfolgsgeschichten und deren medialer Inszenierung war es vernünftig, unter Inkaufnahme extremer Härten in die USA einzuwandern. Die Wahrscheinlichkeit, dort sein Leben zu verbessern, war schlicht höher als in anderen Ländern.

Der Historiker David Potter (1910–1971) hat zu Beginn des langen Nachkriegsbooms in seinem Buch „People of Plenty“ (1954) das „Füllhorn“ zum Sinnbild des Charakters und der nationalen Besonderheiten der USA erklärt.<sup>14</sup> Zwar war sich Potter der problematischen Prämisse eines „Nationalcharakters“ bewusst, aber „Überfluss, Mobilität und Status“ (*abundance, mobility, and status*) und das daraus resultierende individualistische Credo seien in die Seele der weißen Amerikaner eingebrannt. Privilegien aus Status und Klasse, so Potter, würden entrüstet abgelehnt. Wie die Geschichte der *Reconstruction* nach dem Bürgerkrieg zeigte, wurden diese Privilegien in der „Massenaristokratie“ der Rassisten durch die Hintertür wieder eingeführt. Die nationale Folklore der „Fülle“ überdeckt rassistische Ungleichheitskategorien.<sup>15</sup>

Zu den unausrottbaren Geschichtsmythen des Strebens nach Glück gehört die Idee, dass der Westen der USA ein Sicherheitsventil für die Armen und das Proletariat bot, das in den Kernzonen der Industrie im Nordosten und Mittleren Westen nach dem Bürgerkrieg entstand.<sup>16</sup> Was die Westgrenze (*Frontier*) für das gute Leben bedeutete, suchte 1893 der damals 31-jährige Historiker Frederick Jackson Turner (1861–1932) zu fassen. Er stellte die These auf, dass die Geschichte der USA bis 1890 die einer kontinuierlichen Westwärtsbewegung gewesen sei. Dies erkläre ihren so anderen

<sup>11</sup> Vgl. Jan Lewis, Happiness, in: Jack P. Greene/J.R. Pole (Hrsg.), *A Companion to the American Revolution*, Malden 2000, S. 655–660, hier S. 657.

<sup>12</sup> Vgl. Michael Hochgeschwender, *Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation 1763–1815*, München 2016, S. 203; Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, München 2019, S. 139.

<sup>13</sup> Zum Mythos „from rags to riches“ siehe Heike Paul, *The Myths That Made America. An Introduction to American Studies*, Bielefeld 2014, S. 368–407.

<sup>14</sup> David Potter, *People of Plenty. Economic Abundance and the American Character*, Chicago 1954, S. 107.

<sup>15</sup> Vgl. W.E.B. Du Bois, *Black Reconstruction in America, 1860–1880*, New York 2021 (1935), S. 40.

<sup>16</sup> So auch die klassische Beobachtung von Werner Sombart, *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?*, Tübingen 1906.

Charakter im Vergleich zu Europa und ihre spezielle Kultur. Doch damit sei nun Schluss. Das freie Land sei so weit kolonisiert, dass man von einer Grenzlinie nicht mehr sprechen könne.<sup>17</sup>

Turner traf einen Nerv. Er bekräftigte die als „Exzeptionalismus“ bezeichnete Tendenz, die USA wegen ihrer Geografie als einzigartig zu verstehen. Zugleich artikulierte er zeitgenössische Ängste, wonach dieser Traum der grenzenlosen Expansion enden und Amerikas Demokratie in einer Zeit krasser Ungleichheit vor die Hunde gehen könnte. Turner war ein kritischer Geist, aber als Mann seiner Zeit unterschlug er die humanitären Kosten der Expansion: Die Westwanderung der *Frontier* ging mit einem Genozid an der indigenen Bevölkerung sowie Ausbeutung und Versklavung einher. Zugleich war sein Ansatz innovativ, weil er Umwelt und Raum in die historische Analyse einbezog. Auch sein Demokratieverständnis war neu, weil es an der Gesellschaft und nicht nur an Politik und Verfassung orientiert war.<sup>18</sup>

Grenzverschiebungen und individualistische Jagd nach Glück blieben als nationale Mythen mobilisierbar. Um 1900 kam „der Westen am Pazifik keineswegs mit kreischenden Bremsen zum Stillstand“.<sup>19</sup> Nachdem sich der amerikanische *Frontier*-Spirit auch Hawaii und weite Teile des Pazifiks bis zu den Philippinen unterworfen hatte – und die USA im Zweiten Weltkrieg nach Europa ausgriffen und dort ihr informelles Imperium begründeten –, brauchte es neue Grenzen, um die Demokratie zu erneuern. 1960 fasste John F. Kennedy seine Programmatik unter dem Schlagwort der „New Frontier“: Er suchte neue Grenzen in der Wissenschaft und im Weltraum, aber auch im Kampf gegen die Armut. Jeder und jede müsse Pionier dieser neuen Grenze sein. Als Präsident initiierte er das Apollo-Programm, um im *space race* die Sowjets zu überholen.<sup>20</sup>

**17** Vgl. Matthias Waechter, *Die Erfindung des amerikanischen Westens. Die Geschichte der Frontier-Debatte*, Freiburg 1996.

**18** Vgl. Philipp Gassert, *Zur Bedeutung der Westgrenze für die USA. Der Historiker Frederick Jackson Turner erklärt seinen Zeitgenossen Amerika in Zeiten des Umbruchs*, in: ders. (Hrsg.), *Frederick Jackson Turner: Demokratisches Selbstverständnis und der Westen. Texte über Amerika*, Stuttgart 2019, S. 111–140.

**19** Wilfried Mausbach, *Go West! Frontier und „Idee“ Amerika*, in: Werner Gamerith/Ulrike Gerhard (Hrsg.), *Kulturgeographie der USA. Eine Nation begreifen*, Berlin 2017, S. 5–13, hier S. 9.

**20** Vgl. John F. Kennedy, *Acceptance of Democratic Nomination for President*, 15. 7. 1960, [www.jfklibrary.org/learn/about-jfk/historic-speeches/acceptance-of-democratic-nomination-for-president](http://www.jfklibrary.org/learn/about-jfk/historic-speeches/acceptance-of-democratic-nomination-for-president).

Der Weltraum ist heute nicht mehr die alleinige letzte Grenze. Im Technologiesektor wird der Cyberspace als Grenzraum gedacht, um dessen Kontrolle die USA mit China ringen, während Europa sich an Amerikas digitale Betriebssysteme angehängt hat und so die Kontrolle über Medien, freie Presse, Hassrede und digitale Gestaltungsmacht verliert. Doch keine Sorge: Derzeit verlagert sich die Westgrenze aus den digitalen Räumen in die physische Welt zurück. Genau jene Tech-Milliardäre, die im Cyberspace ihr Vermögen machten, wollen nun zum Mars. Ist der Planet erst ausgebeutet, werde die Menschheit an dieser neuen Grenzlinie das gute Leben finden.

### AUTOS UND KÜHLSCHRÄNKE FÜR ALLE: VOM FORDISMUS ZUR KONSUMGESELLSCHAFT

Fluch und Segen des amerikanischen Traums bündelten sich in den 1920er Jahren in der Figur von Henry Ford (1863–1947), mit dem ein schräger Apostel des Pursuit of Happiness die Bühne betrat. Ford stand für einen antidemokratischen, reaktionär-modernistischen Ansatz, der jüngst unter Investoren wie Peter Thiel oder eben Elon Musk wieder Hochkonjunktur hat.<sup>21</sup> Er verkörperte eine aus liberaldemokratischer Sicht widersprüchliche Kombination aus technologischer Moderne und regressiver sozialer Ideologie, die demokratische Mitwirkung ablehnt. Ford war ein in den USA häufig anzutreffender Typus des erfinderischen Unternehmers, der technologischem Fortschritt huldigte und zugleich üblen Rassismus predigte. Nicht zuletzt dies machte ihn für italienische Faschisten und deutsche Nationalsozialisten so attraktiv.<sup>22</sup>

Zu dieser Zeit glückten in den USA schon erste Durchbrüche zur Massenkonsumentengesellschaft. Konsum war der Markenkern des „Amerikanismus“, während europäische Traditionalisten Amerikas „konsumistisches Gift“ fürchteten. Die 1920er waren insofern ein großes Laboratorium der Konsumgesellschaft, in dem der Pursuit of Happiness neu definiert wurde. Hier bahnte sich an, was nach 1945 auch in Westeuropa durchbre-

**21** Vgl. Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984.

**22** Vgl. Philipp Gassert, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*, Stuttgart 1997.

chen würde: Individuelle Konsumchancen potenzierten sich, die Massenmobilisierung begann, arbeitssparende Geräte wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Radioapparate, später Fernseher und vor allem Automobile fanden reißenden Absatz. Zugleich schien der Konsum Moralvorstellungen zu untergraben, Geschlechterdifferenzen einzureißen und Patriarchat und Familienwerte zu vernichten.

Ab 1945 wurzelte sich das Streben nach dem guten Leben im Konsum als „Recht auf Überfluss und Verschwendung“ in der sprichwörtlich gewordenen – und heute nostalgisch verklärten – Zeit des Booms und des „Wirtschaftswunders“ ein.<sup>23</sup> Noch dominierten Massenkultur und Massenkonsum, bevor es in den 1970er Jahren mit wachsender sozialer Vielfalt zur konsumistischen Ausdifferenzierung kam. Ermöglicht wurde dieser neu gefasste Pursuit of Happiness durch Wachstum: Wachstum der Bevölkerung; Wachstum der jungen Familien; Wachstum der Wirtschaft; Wachstum der Produktivität; Wachstum des Automobilbestands; Wachstum der urbanen Regionen, vorzugsweise der Vorstädte; Wachstum der Lebenserwartung; Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und des frei verfügbaren Einkommens; Wachstum der Freizeit dank Fünftagewoche und zweiwöchigem Urlaub. Während in Europa die inhärenten Gefährdungen des Konsumierens betont wurden, ging es in den USA um dessen gleich machende, egalitäre, demokratisierende Potenziale. Sicher, US-Autoren sind auch Pioniere der Konsumkritik. Bücher wie „Die große Verschwendung“ (1960) von Vance Packard (1914–1996) wurden internationale Bestseller; Amerika lieferte die Kritik gleich mit. Doch spiegelte diese Kritik nicht das Grundgefühl einer von der Historikerin Lizabeth Cohen als „Consumer’s Republic“ gezeichneten Ära.<sup>24</sup>

### KONSUM UND DEMOKRATIE: EINE SCHWIERIGE BEZIEHUNG

Dass Konsum demokratisierende Wirkung haben kann, mag anmaßend klingen, doch hat die Kon-

sumgesellschaft historisch genau diese Funktion gehabt. Zwar können Vermögende weiterhin ostentativ luxuriös konsumieren, während der Zugang zu Gütern nach Herkunft, Klasse, „Rasse“, Geschlecht und anderen Kategorien ungleich bleibt. Doch einst unerschwingliche und essenzielle Produkte können seit 1945 von der Masse gekauft werden. Ein Kühlschrank erleichtert das Leben und ist kein Luxusprodukt mehr. Konsum wurde so als Ausdruck des guten Lebens politisch aufgeladen. Heute führt der fehlende Zugang zu Produkten vermehrt zu Forderungen an den Staat, Konsum mittels Subventionen zu erleichtern. Er steht somit im „Spannungsfeld von Teilhabe und Egalisierung einerseits und sozialer Ungleichheit andererseits“.<sup>25</sup>

In den 1950er Jahren wurde in den USA Prosperität für die weiße und allmählich auch die schwarze Mittelklasse und Arbeiter aller Herkunft Realität. Eine mediale Revolution visualisierte das Streben nach Glück auf neuartige Art und Weise: Das Fernsehen schuf eine nationale Konsumentenkultur, die es zuvor in den regional so diversen USA kaum gegeben hatte. Visuelle Medien zeichneten Massenwohlstand als quasi verbrieftes Naturrecht des Volkes, obwohl soziale Schranken aller Art fortbestanden. Die totale Verfügbarkeit von Produkten, von Wohnraum und Mobilität drängte Erinnerungen an historische Knappheit (etwa in der Weltwirtschaftskrise) rasch zurück. Doch „Kühlschränke für alle“ ist keine Selbstverständlichkeit. Wer so denkt, riskiert, dass drohende oder perzipierte Wohlstandsverluste eine Kulturkrise befördern. Genau das erlebten die USA in den 1880er und 1890er Jahren und erneut in den 1930ern – und nun wieder seit der Weltfinanzkrise 2008.

Denn auch die längste Expansionsphase kommt irgendwann an ihr Ende, und dann wird danach gefragt, wie der Pursuit of Happiness wieder möglich wird. Seit 1945 haben sich viele Amerikaner an ihre Konsumchancen gewöhnt, die Erwartungen sind gestiegen, zumal das politische Führungspersonal die Bürger in diesem Glauben bestärkte. Nichts brachte dies besser zum Ausdruck als die Weigerung von Präsident Lyndon B. Johnson (1908–1973), Abstriche bei seiner gleichzeitigen Expansion des Sozialstaats und der Ausweitung des Kriegs in Vietnam zu ma-

**23** Für eine persönliche Liebeserklärung an diese Welt, die kritische Perspektiven eröffnet, aber den Boom problematisch feiert, siehe Tom Brokaw, *Boom! Voices of the Sixties*, New York 2007.

**24** Vgl. Lizabeth Cohen, *A Consumer’s Republic. The Politics of Mass Consumption in Postwar America*, New York 2003.

**25** Jan Logemann/Reinhild Kreis, *Konsumgeschichte*, Berlin–Boston 2022, S. 21.

chen. Johnson wollte „Kanonen *und* Butter“.<sup>26</sup> Im Kern ging und geht es immer wieder neu um die Frage, wie das Streben nach Glück als Recht auf grenzenlose Fülle realisiert werden kann.

### FÜLLE UND KNAPPHEIT ALS PROBLEM

Fülle und Verschwendung sind das, was die USA im 20. Jahrhundert definiert hat. *Abundance* gilt als Ausdruck des US-Charakters, als ein im Pursuit of Happiness von der Revolution erstrittenes, natürliches und immer wieder neu zu verwirklichendes Recht. Lady Liberty winkte nicht nur mit der Fackel der Freiheit, sondern auch mit dem guten Leben. Dieses attraktive Modell wurde nach 1945 nicht nur in Westeuropa nachgeahmt, sondern seit den 1980ern auch in Asien, Osteuropa und global. Verschwendung hat ein amerikanisches Gesicht, aber kennzeichnet viele entwickelte Länder.

Von den nostalgischen Träumern dieses Traums wird vergessen, dass sich die USA nach dem Zweiten Weltkrieg ökonomisch und politisch in einer exzeptionellen Lage befanden und ihr damaliger Vorsprung einzigartig war. Menschen konnten mit materiell gesicherten Lebensmöglichkeiten versorgt werden, die den Neid der Welt weckten. „Im Schlechten“ lehnten Kulturkritiker den „amerikanischen Materialismus“ mit seiner grässlichen Unmoral und Oberflächlichkeit ab, doch „im Guten“ waren viele in Europa, Asien und Afrika von den Nachkriegs-USA und ihrer „Consumer’s Republic“ geprägt – nicht zuletzt durch die von den visuellen Medien übermittelten Bilder vom guten Leben. Amerika wiederum huldigte weiter einer expansionistischen Ideologie, die historisch an die räumliche Expansion im 19. Jahrhundert gekoppelt war.

Doch wenn das größtmögliche Füllhorn der unbegrenzten Verschwendung den Nationalcharakter prägt, wird perzipierte oder tatsächliche Knappheit zum politischen Problem. Auch das ist nicht neu: Der Agrarpopulismus um 1890 reagierte ebenso auf Knappheitserfahrungen wie rechte und linke Radikale in den 1930er Jahren.

Rassismus und Antifeminismus sind als Standardantworten und Billigvarianten der Überwindung von Knappheitserfahrung in den USA historisch „bewährt“. Smarte Experten und Politiker des Progressivismus schlugen schon um 1900 vor, auf die effizientere Nutzung von Gütern und Ressourcen zu setzen – eine Idee, der jüngst die Autoren Ezra Klein und Derek Thompson ein Update verpassten.<sup>27</sup> Mittels einer klug orchestrierten Energiewende und einer digitalen Revolution wollen sie dem rechten Populismus das Feuer stehlen. Im Spannungsfeld von regulierter Effizienz und unregulierter „Verschwendung als Menschenrecht“ bewegt sich die US-Politik seit 150 Jahren.

Geben die USA der Welt noch immer den Glauben an eine bessere Zukunft? Diese Erzählung wirkt derzeit überholt. Doch der Blick nach vorn machte die USA schon immer interessant, selbst wenn die heutigen MAGA-Ideologen von Knappheit schwadronieren und dem 47. Präsidenten etwas Unamerikanisches anhaftet, weil er den Pursuit of Happiness als Nullsummenspiel fasst. Doch selbst ein von dystopischen Fantasien geplagter Zeitgenosse wie Elon Musk, der vom natalistischen Selbstmord einer unfruchtbar gewordenen weißen „Rasse“ spricht, setzt auf das Überleben der Menschheit mittels Technologie. Seine *Frontier* liegt beim Mars, einst lag sie beim Mond, davor im Pazifik und an der Westküste. Expansionismus ist das Bewegungsgesetz des modernen Menschen auf der Jagd nach Glück. Die USA stehen wie keine andere Nation für diese Idee.

### PHILIPP GASSERT

ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Der vorliegende Text beruht auf seinem Buch „Die Bipolare Nation. Was Amerika der Welt gegeben hat. Im Guten wie im Schlechten“, das 2026 bei dtv erschienen ist.

<sup>26</sup> Vgl. Irving Bernstein, *Guns or Butter. The Presidency of Lyndon Johnson*, Oxford 1996; James T. Patterson, *Grand Expectations. The United States, 1945–1974*, Oxford 1996.

<sup>27</sup> Vgl. Ezra Klein/Derek Thompson, *Abundance*, New York 2025.

# E PLURIBUS UNUM?

## Anmerkungen zur Frage nach der amerikanischen Identität

*Silke Hackenesch*

„E Pluribus Unum“ – „Out of Many, One“ – so lautet seit 1782 das erste offizielle Motto der Vereinigten Staaten von Amerika, nachdem die Gründerväter John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson den Wahlspruch am 4. Juli 1776, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung, für das *Great Seal*, das offizielle Hoheitszeichen und Wappen des neuen Staates, vorgeschlagen hatten.<sup>01</sup> Das Siegel zeigt einen Weißkopfeadler, der in seinen Krallen jeweils dreizehn Pfeile und dreizehn Olivenzweige hält. In seinem Schnabel befindet sich ein Band mit den Worten „E Pluribus Unum“.<sup>02</sup> Der Schriftzug findet sich noch heute auf allen Münzen und der Ein-Dollar-Note. Ursprünglich bezog sich „Out of Many, One“ auf die Tatsache, dass die dreizehn Kolonien, die unter anderem von Engländern, Schotten und Walisern, aber auch von Niederländern, Deutschen und Schweden aus ganz unterschiedlichen religiösen, politischen und ökonomischen Motiven besiedelt und besetzt worden waren, gemeinsam die Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpften und eine neue Nation gründeten. Dieser Unabhängigkeitskrieg dauerte acht Jahre und war flankiert von politischen Auseinandersetzungen darüber, wie sich die junge Republik politisch organisieren könnte. 1789 trat schließlich die amerikanische Verfassung in Kraft – die älteste noch gültige der Welt.

Ideengeschichtlich beschreibt „Out of Many, One“ für viele Amerikaner:innen eine Vision für die USA beziehungsweise einen Auftrag an die von ihnen in politische Ämter gewählten Menschen, die Vereinigten Staaten fortlaufend zu einer „more perfect union“ zu machen.<sup>03</sup> Was aber macht – angesichts einer Geschichte von kolonialer Eroberung und Ausbeutung, Sklaverei und Rassismus, diverser ethnischer Einwanderung, aber auch religiösem Pluralismus, Liberalismus und progressiven Reformbewegungen – die nationale Identität der USA aus? Für wen ist diese Identität ein zentrales politisches Projekt? Die Antworten auf diese Fragen fallen unterschiedlich aus.

### SKLAVEREI UND GRÜNDUNG DER USA

Die Historikerin Jill Lepore hat diese grundlegende Ambivalenz prägnant auf den Punkt gebracht:

„Dies ist eine Nation, die auf unveräußerlichen Rechten, der Souveränität des Volkes und der Zustimmung der Regierten gründet. Und es ist zugleich eine Nation, die auf der Leugnung all dieser Dinge beruht. (...) Es ist eine Nation, die auf Land errichtet wurde, das Menschen entrissen wurde, die sich als dessen souveräne Eigner verstanden. Der Aufbau des Landes war mit der erzwungenen Ausbeutung von Arbeitskräften verbunden, denen ihre natürlichen Rechte verwehrt wurden.“<sup>04</sup>

Lepore beschreibt treffend den Umstand, dass bereits die Gründung der Vereinigten Staaten und die Betonung demokratischer Prinzipien im krassen Widerspruch zur politischen Praxis in den britischen Kolonien beziehungsweise der jungen Republik standen. Der Historiker Robert Parkinson argumentiert gar, dass rassistisch motivierte Vorurteile von den Gründervätern als eine Art „common cause“ der unterschiedlichen europäischen Siedler:innen bewusst mobilisiert worden seien.<sup>05</sup> Als die Kolonien ihre Unabhängigkeit erklärten, machten die 450 000 bis 500 000 versklavten Menschen rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus.<sup>06</sup> 90 Prozent der Versklavten lebten in den Südstaaten mit ihren großen Plantagen und bildeten dort teilweise die Mehrheit der Bevölkerung (die sogenannte *Black majority*).<sup>07</sup> Zugleich existierte eine deutlich kleinere, aber politisch relevante Gruppe freier Afroamerikaner:innen, die vor allem in den nördlichen Staaten lebten und bereits früh gleiche Rechte sowie die Abschaffung der Sklaverei einforderten. Weder freie noch versklavte *African Americans* werden in der Verfassung explizit

benannt; ihre Anwesenheit stellte die *Founding Fathers* und ihre Zeitgenossen dennoch vor politische Herausforderungen.<sup>08</sup>

Die Unabhängigkeitserklärung der USA beginnt mit den Worten: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“ „These men“ waren in der Praxis vor allem weiße, über Besitz verfügende Männer beziehungsweise europäische Immigranten. Das hier artikulierte Selbstverständnis der USA stand somit im eklatanten Widerspruch zu den gewaltvollen Praktiken der europäischen Siedlerkolonialisten: zur Vertreibung und Vernichtung der Indigenen Bevölkerung, der massenhaften Verschleppung und Versklavung afrikanischstämmiger Menschen sowie der Ausbeutung von Schuldknechten (*indentured servants*).<sup>09</sup> Der Tod Indigener Menschen wurde als „von Gott gewollt“, tragisch, aber unvermeidbar, legitimiert. Die Ausbeutung und Versklavung Schwarzer Menschen und die Aberkennung von Freiheit, Eigentum, dem Recht auf Leben und der freien Entfaltung wurde durch Theorien des „wissenschaftlichen Rassismus“ begründet. Diese wurden unter anderem von den Philoso-

phen David Hume, Immanuel Kant oder Georg Wilhelm Friedrich Hegel verbreitet, die suggerierten, dass Versklavung für Schwarze ein natürlicher Zustand sei, da diese unfähig seien, selbstbestimmt zu leben.<sup>10</sup>

In diesem Spannungsfeld bewegte sich auch der Gründervater Thomas Jefferson selbst. Als zentraler Verfasser der Unabhängigkeitserklärung verkörperte er wie kaum ein anderer die ideellen Ansprüche der jungen Nation – zugleich war er als Sklavenbesitzer direkt in das System der Sklaverei eingebunden. Auf seiner Plantage Monticello im Bundesstaat Virginia lebten mehr als 400 versklavte Menschen, und Jefferson hatte eine langjährige Beziehung mit seiner Sklavin Sally Hemings, aus der mehrere Kinder hervorgingen. Die Forschung zu diesem Thema ist auch nach 200 Jahren noch kontrovers, die Debatten werden hoch emotional geführt. In Kapitel 15 seiner 1781 verfassten „Notes on the State of Virginia“ adressiert Jefferson die Forderung der Abolitionist:innen, die Sklaverei nach und nach in allen Staaten der USA abzuschaffen. Im Anschluss an ihre Emanzipation, so eine der Vorstellungen, würden freie Schwarze nach Afrika „zurückkehren“, um dort die Kolonie Liberia zu gründen.<sup>11</sup> Zur Frage, ob emanzipierte Schwarze in den USA verbleiben sollten, schrieb Jefferson:

„Vielleicht wird man fragen: Warum behält man die Schwarzen nicht im Staat und inte-

**01** Während des Kalten Krieges (1956) hat „In God We Trust“ „E Pluribus Unum“ als offizielles Motto der Vereinigten Staaten abgelöst.

**02** Eine Abbildung des Original-Siegels findet sich hier: [www.archives.gov/milestone-documents/original-design-of-the-great-seal-of-the-united-states](http://www.archives.gov/milestone-documents/original-design-of-the-great-seal-of-the-united-states).

**03** So heißt es in der Präambel der US-Verfassung: „We the People of the United States, in Order to form a more perfect Union, establish Justice, insure domestic Tranquility, provide for the common defense, promote the general Welfare, and secure the Blessings of Liberty to ourselves and our Posterity, do ordain and establish this Constitution for the United States of America.“

**04** Constitution 101 With Jill Lepore, 16.4.2021, <https://constitutioncenter.org/news-debate/podcasts/constitution-101-with-jill-lepore> (eigene Übersetzung); siehe auch Jill Lepore, *These Truths. A History of the United States*, New York 2018.

**05** Vgl. Robert G. Parkinson, *The Common Cause. Creating Race and Nation in the American Revolution*, Chapel Hill 2019.

**06** Vgl. Gary B. Nash, *Race and Revolution*, Madison 1990; siehe auch American Battlefield Trust, 10 Facts: Black Patriots in the American Revolution, 20.7.2021, [www.battlefields.org/learn/articles/10-facts-black-patriots-american-revolution](http://www.battlefields.org/learn/articles/10-facts-black-patriots-american-revolution).

**07** Vgl. Ira Berlin, *Coming to Terms with Slavery in Twenty-First-Century America*, in: James Oliver Horton/Lois E. Horton (Hrsg.), *Slavery and Public History: The Tough Stuff of American Memory*, New York 2006, S. 1–17; Peter Wood, *Black Majority. Negroes in Colonial South Carolina from 1670 Through the Stono Rebellion*, New York 1974.

**08** In der Verfassung wurden Versklavte in der „three-fifth clause“, einem politischen Kompromiss, berücksichtigt. Diese Drei-Fünftel-Klausel legte fest, dass bei der Volkszählung für die Sitzverteilung im Repräsentantenhaus und für direkte Steuern drei von fünf Sklaven als eine Person gezählt wurden. Sie stärkte somit den politischen Einfluss der Südstaaten erheblich, indem sie deren Bevölkerung künstlich erhöhte, ohne dass den versklavten Menschen dabei politische Rechte gewährt wurden. Vgl. Michael F. Conlin, *The Constitutional Origins of the American Civil War*, Cambridge 2019.

**09** Vgl. Roxanne Dunbar-Ortiz, *An Indigenous Peoples' History of the United States*, Boston 2022; Pekka Hämäläinen, *Indigenous Continent. The Epic Contest for North America*, New York 2022.

**10** Vgl. Michelle M. Wright, *Becoming Black. Creating Identity in the African Diaspora*, Durham 2004.

**11** Die American Colonization Society (ACS) organisierte die Auswanderung von Afroamerikaner:innen nach Liberia ab den 1820er Jahren bis Ende des 19. Jahrhunderts. Vgl. Claude A. Clegg III, *African Americans and the Making of Liberia*, in: *History Now* 60/2021, [www.gilderlehrman.org/history-resources/essays/african-americans-and-making-liberia](http://www.gilderlehrman.org/history-resources/essays/african-americans-and-making-liberia); siehe auch Eric Burin, *Slavery and the Peculiar Solution. A History of the American Colonization Society*, Gainesville 2005.

griert sie, um so die Kosten zu sparen, die entstehen, wenn man die von ihnen hinterlassenen Lücken durch die Einwanderung weißer Siedler füllen muss? Tief verwurzelte Vorurteile der Weißen; zehntausend Erinnerungen der Schwarzen an das Unrecht, das ihnen zugefügt wurde; neue Provokationen; die tatsächlichen Unterschiede, die die Natur geschaffen hat; und viele andere Umstände werden uns in Lager spalten und Unruhen hervorrufen, die wahrscheinlich niemals enden werden, außer mit der Auslöschung der einen oder der anderen Rasse.“<sup>12</sup>

Jefferson fürchtete offenbar Vergeltungsmaßnahmen für das Unrecht, das Menschen afrikanischer Herkunft seit ihrer Verschleppung nach Nordamerika 1619 angetan worden war. Es lag jenseits seiner Vorstellungskraft, wie weiße und Schwarze Amerikaner:innen zu einer Nation zusammenfinden und emanzipierte Schwarze Teil der US-amerikanischen Gesellschaft werden könnten. Zeitgenossen, die seine Einschätzung teilten, hielten Emigration nach Liberia daher für eine geeignete Option. Obgleich diese Idee später auch unter Afroamerikaner:innen Anklang fand, entschied sich die überwältigende Mehrheit von ihnen nach der endgültigen Abschaffung der Sklaverei am Ende des Bürgerkrieges 1865, in ihrer Heimat, den USA, zu bleiben und sich für gleiche Teilhabe und volle Bürgerrechte einzusetzen. Es sollte ein langer Weg werden.

Die Frage, wer Teil der amerikanischen Nation sein konnte und wer von ihr ausgeschlossen war, blieb im 19. Jahrhundert hoch umstritten. Besonders Afroamerikaner:innen setzten sich intensiv mit der Diskrepanz zwischen dem proklamierten Selbstverständnis der USA und der Realität von Diskriminierung und Unfreiheit auseinander. Dies bringt der Abolitionist Frederick Douglass in seiner berühmten Rede „What to the Slave is the Fourth of July?“ deutlich zum Ausdruck. Douglass, selbst in die Sklaverei geboren, war von der Rochester Ladies' Anti-Slavery Society eingeladen worden, eine Rede zur Feier des Amerikanischen Unabhängigkeitstages 1852 zu halten, die zu einem rhetorischen Meisterwerk wurde. Nachdem er zunächst die Gründerväter für ihre Ideale gelobt hatte, führte er seiner Zuhörerschaft im Folgenden

die Heuchelei vor Augen, im Angesicht von Versklavung und Unterdrückung die eigene Freiheit zu zelebrieren. Er erinnerte die Abolitionistinnen in New York daran, dass ihr Selbstverständnis als Amerikanerinnen in einer freien, demokratischen Republik im Kontrast zur Unfreiheit der meisten Schwarzen Menschen im Lande stand:

„Gelten die großen Grundsätze der politischen Freiheit und der natürlichen Gerechtigkeit, die in dieser Unabhängigkeitserklärung verankert sind, auch für uns? (...) Das reiche Erbe an Gerechtigkeit, Freiheit, Wohlstand und Unabhängigkeit, das euch eure Väter hinterlassen haben, gehört euch, nicht mir. Das Sonnenlicht, das euch Leben und Heilung gebracht hat, hat mir Peitschenhiebe und den Tod gebracht. Dieser 4. Juli gehört euch, nicht mir. Ihr dürft euch freuen, ich muss trauern.“<sup>13</sup>

Douglass weist darauf hin, dass der Nationalfeiertag für Schwarze Amerikaner:innen ein Tag der Trauer sei, da sie „no justice, no liberty, no citizenship“ für sich in Anspruch nehmen könnten. Gleichzeitig glaubte er an das Potenzial der US-Verfassung als ein Dokument der Freiheit und mobilisierte seine Zuhörerschaft, gegen Unrecht und Unterdrückung anzukämpfen: „Ungeachtet des düsteren Bildes (...) vom Zustand der Nation verliere ich den Glauben an dieses Land nicht.“ Vor diesem historischen Hintergrund stellt sich die Frage nach nationaler Identität allerdings nicht nur entlang der Demarkationslinien von Freiheit und Unfreiheit, sondern auch in Bezug auf Migration und Zugehörigkeit.

### „MELTING POT“ USA?

Die Vorstellung von den USA als „Melting Pot“ geht auf das gleichnamige Theaterstück des britisch-jüdischen Schriftstellers Israel Zangwill zurück, das 1908 in Washington, D.C., Premiere feierte. Der damalige Präsident Theodore Roosevelt zeigte sich begeistert von der Metapher des Schmelztiegels, die suggerierte, dass die vielen verschiedenen Einwanderungsgruppen, die in die USA kamen, in der neuen Heimat miteinander verschmolzen – und dass daraus eine neue, ame-

<sup>12</sup> Eigene Übersetzung. Original unter <https://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/v1ch15s28.html>.

<sup>13</sup> Eigene Übersetzung. Original unter <https://constitution-center.org/the-constitution/historic-document-library/detail/frederick-douglass-what-to-the-slave-is-the-fourth-of-july-1852>.

rikanische Identität entstehe.<sup>14</sup> Neben dem Melting Pot sind die Vereinigten Staaten auch als „Salad Bowl“ oder „post-racial society“ bezeichnet worden.<sup>15</sup> Die Metapher der Salatschüssel umschreibt im Gegensatz zum Schmelztiegel nicht die Verschmelzung verschiedener Kulturen zu einer neuen, homogenen amerikanischen Identität, sondern betont das Nebeneinander verschiedener Kulturen und Ethnien, die zwar zusammen leben, dabei aber ihre spezifischen kulturellen Identitäten beibehalten. Die Annahme, dass die USA eine „post-racial society“ geworden sein könnten, in der die Differenzkategorie *race* immer mehr an Bedeutung verliert, wurde bereits in den 1970er Jahren, also nach dem vermeintlich erfolgreichen Ende der Bürgerrechtsbewegung, formuliert.<sup>16</sup> Im Zuge der Wahl Barack Obamas zum ersten Schwarzen Präsidenten der USA erfuhr der Begriff erneute Konjunktur, wurde aber auch 2008 nicht weniger kontrovers debattiert.

In der Tat ist es irreführend, die Vereinigten Staaten als Melting Pot, Salad Bowl oder post-rassistische Gesellschaft zu bezeichnen. Eher beschreiben die Begriffe hartnäckige Mythen. Anders, als die Metaphern suggerieren, hat die angelsächsische Mehrheitsgesellschaft keineswegs alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen transformiert, sondern sie hat von den unterschiedlichsten Immigrant:innen Assimilation und Integration eingefordert. Auch ist die Bezeichnung der USA als Einwanderungsland nur in Teilen zutreffend. Viele Amerikaner:innen sind nicht die Nachkommen von eingewanderten Vorfahren, sondern von Indigenen und Versklavten.<sup>17</sup> Zudem werden *Indigenous Americans* und *African Americans* bei den Mythen des Melting Pot und der Salad Bowl gar nicht erst berücksichtigt. Zugleich sahen auch sie sich der oft gewaltvoll erzwungenen Assimilation in die angloamerika-

nische Kultur, Religion und Sprache ausgesetzt. Ein unrühmliches zeitgenössisches Beispiel hierfür ist das staatlich geförderte „Indian Adoption Program“ (1958–1967), in dessen Rahmen hunderte Kinder zwangsweise von ihren indigenen Familien und Gemeinschaften getrennt und von weißen, christlichen Eheleuten adoptiert worden sind.<sup>18</sup>

Gleichzeitig ist es keineswegs unzutreffend, die USA als Einwanderungsland zu charakterisieren. Einwanderung vollzog sich jedoch in Schüben und unterlag stets bestimmten Kontrollen und Begrenzungen. Zwischen 1870 und 1900 kamen fast 12 Millionen Immigrant:innen in die Vereinigten Staaten. In den 1870er und 1880er Jahren stammte die überwiegende Mehrheit dieser Menschen aus Deutschland, Irland und England – den wichtigsten Herkunftsländern der Einwanderung bereits vor dem Bürgerkrieg. Allerdings wanderte mit dem Beginn des kalifornischen Goldrauschs 1849 auch eine relativ große Gruppe von Chines:innen in die Vereinigten Staaten ein. Mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Depression in den 1870er Jahren begannen europäische Immigrant:innen und Amerikaner:innen, um die Arbeitsplätze zu konkurrieren, die traditionell von Chines:innen übernommen worden waren. Der steigende wirtschaftliche Wettbewerb ging einher mit einem Anstieg von rassistisch motivierten Vorurteilen und Gewalt. Der politische Druck mündete 1882 schließlich im Chinese Exclusion Act, der erst 1943 formal aufgehoben wurde. Dieser ist historisch insofern bemerkenswert, als mit ihm Immigration explizit aufgrund ethnischer Identität beziehungsweise Nationalität untersagt wurde. Zugleich sah das Gesetz vor, dass bereits in den USA lebende Chines:innen nicht die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erlangen konnten.<sup>19</sup>

Andere US-Bürger:innen wiederum sind Nachfahren von Mexikaner:innen, die nach der Annexion New Mexicos 1848 zu Amerikaner:innen gemacht worden waren. Im ausgehenden 19.

**14** Vgl. Heike Paul, *The Myths That Made America. An Introduction to American Studies*, Bielefeld 2014, S. 268 ff.

**15** Der Begriff der Salatschüssel wurde vom US-amerikanischen Historiker Carl Degler geprägt, der das Konzept des Melting Pot zur Beschreibung der Einwanderungserfahrungen als ungeeignet erachtete. Vgl. Carl N. Degler, *Out of Our Past. The Forces That Shaped Modern America*, New York 1959.

**16** Der Soziologe William Julius Wilson stellte seinerzeit die breit rezipierte These auf, dass fortan Klasse weit mehr als *race* der entscheidende Faktor für soziale Aufstiegschancen sei. Vgl. William Julius Wilson, *The Declining Significance of Race. Blacks and Changing American Institutions*, Chicago 1978.

**17** Vgl. Diana Muir Appelbaum, *Liberalism and the National Question*, in: *American Affairs* 4/2019, S. 173–184.

**18** Vgl. Margaret D. Jacobs, *A Generation Removed. The Fostering and Adoption of Indigenous Children in the Postwar World*, Lincoln 2014; Laura Briggs, *Somebody's Children. The Politics of Transracial and Transnational Adoption*, Durham 2012 (insb. Kapitel 2).

**19** Vgl. Andrew Gyory, *Closing the Gate. Race, Politics, and the Chinese Exclusion Act*, Chapel Hill 1998; Erika Lee, *At America's Gates. Chinese Immigration During the Exclusion Era, 1882–1945*, Chapel Hill 2003.

und frühen 20. Jahrhundert folgten dann Immigrant:innen aus Griechenland und Italien sowie jüdische Immigrant:innen und Einwanderer aus osteuropäischen Staaten, deren Immigration 1924 durch den Johnson-Reed Act beschränkt wurde.<sup>20</sup> Im Kontext des Kalten Krieges wurde 1965 dann der Immigration and Nationality Act verabschiedet, der einen Wendepunkt in der US-Einwanderungspolitik markiert: Er schaffte das bestehende diskriminierende System der nationalen Herkunftsquoten ab und regulierte Einwanderung auf Basis eines Präferenzsystems, das die Familienzusammenführung und die beruflichen Qualifikationen in den Vordergrund stellte. In der Folge nahm die Einwanderung aus Mexiko und anderen Teilen Lateinamerikas deutlich zu, insbesondere in Form von Arbeitsmigration für die großen Farmen im Westen und Südwesten des Landes. Hinzu kamen diverse asiatische Einwanderungsgruppen, die in besonderem Maße von Xenophobie und Diskriminierung betroffen waren.

Obwohl wissenschaftlich intensiv diskutiert und kritisiert, bleiben die Narrative des Schmelztiegels und der Salatschüssel zentrale Mythen und Symbole der amerikanischen nationalen Identität. Sie haben zur Legitimierung der Einwanderungspolitik beigetragen und finden in breiten gesellschaftlichen Diskursen Anklang, da sie sowohl die amerikanische Einwanderungsgeschichte als auch die Diskurse um nationale Einheit aufgreifen. Die Mythen stellen somit attraktive Identifikationsangebote dar. Zugleich erweisen sie sich jedoch als verkürzt: Sie basieren primär auf kulturellen Deutungen und blenden strukturelle Ungleichheiten sowie historische Gewaltverhältnisse weitgehend aus. Damit stehen sie exemplarisch für die anhaltende Spannung zwischen normativem Anspruch und historischer Realität – einer Spannung, die die Frage nach der amerikanischen Identität bis in die Gegenwart prägt.

### HAPPY BIRTHDAY, USA?

250 Jahre nach ihrer Gründung scheinen die Vereinigten Staaten von Amerika ein tief in sich ver-

meintlich unversöhnlich gegenüberstehende politische Lager gespaltenes Land zu sein. Auch heute drehen sich kontroverse Debatten (wieder) um Immigration, ihre Regulierung und die Deportation von Menschen. Ein weiterer neuralgischer Punkt ist der Umgang mit der Geschichte des Landes, vor allem die Vertreibung und Vernichtung der Indigenen Bevölkerung, die Sklaverei und – nach ihrer Abschaffung – die Segregation, der institutionelle Rassismus, *racial bias* in der Rechtsprechung, Polizeigewalt und Sexismus. Das Erinnern der Geschichte und ihr Verhandeln im kollektiven Gedächtnis ist auch zum 250. Geburtstag der USA zu einem Kulturkampfthema geworden. Dies artikuliert sich nicht zuletzt in der Executive Order „Restoring Truth and Sanity to American History“, die Präsident Donald Trump im März 2025 unterzeichnet hat. In dieser Order übt Trump heftige Kritik an Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur: „Im Rahmen dieser historischen Neubewertung wird das beispiellose Erbe unserer Nation, das sich durch die Förderung von Freiheit, individuellen Rechten und menschlichem Glück auszeichnet, als von Natur aus rassistisch, sexistisch, repressiv oder auf andere Weise unüberwindbar fehlerhaft dargestellt.“<sup>21</sup> Dies sei der Grund für gesellschaftliche Spaltung und mache es Amerikaner:innen unmöglich, sich voller Stolz mit ihrem Land zu identifizieren.

Die Konsequenzen der Order sind weitreichend: Sie versteht Geschichte als Fortschrittsnarrativ und sieht die nationalen Museen in der Pflicht, Amerikaner:innen an ihr „außergewöhnliches Erbe, die stetigen Fortschritte auf dem Weg zu einer perfekteren Union und die beispiellose Erfolgsbilanz bei der Förderung von Freiheit, Wohlstand und menschlicher Entfaltung“ zu erinnern. Besondere Kritik erfahren dabei Museen und die National Historical Parks, die die Geschichte von Rassismus und sozialer Ungleichheit oder die Erfahrungen marginalisierter Personen (aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer Sexualität) abbilden. Die weltweit größte Fachgesellschaft, die sich der Erforschung und Vermittlung der US-amerikanischen Geschichte widmet, die Organization of American Historians (OAH), reagierte bestürzt auf die Order: „Das ist keine Rückkehr zur Ver-

<sup>20</sup> Die meisten Immigrant:innen erreichten die USA durch die Einwanderungszentren Ellis Island in New York und Angel Island in San Francisco. Vgl. Erika Lee/Judy Yung, *Angel Island. Immigrant Gateway to America*, Oxford 2010; Anna Pegler-Gordon, *Closing the Golden Door. Asian Migration and the Hidden History of Exclusion at Ellis Island*, Chapel Hill 2021.

<sup>21</sup> Vgl. [www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/restoring-truth-and-sanity-to-american-history](https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/restoring-truth-and-sanity-to-american-history) (eigene Übersetzung).

nunft. Vielmehr dient es dazu, die Wahrheit zu verschleiern und zu zerstören.“<sup>22</sup> Die Auseinandersetzungen um Erinnerungskultur verweisen damit auf einen tieferliegenden Konflikt: auf die Frage, wer zur amerikanischen Nation gehört, wessen Geschichte erzählt wird und welche Erfahrungen als Teil der nationalen Identität anerkannt werden.

Genau an diesem Punkt setzt auch die gegenwärtige Debatte um Identitätspolitik an: Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama argumentiert, dass *identity politics* zur Zersplitterung einer Gesellschaft beitragen und der Herausbildung einer nationalen Identität im Wege stehen könnte. Tatsächlich empfinden viele marginalisierte Gruppen in den USA jedoch, dass sie gerade aufgrund ihrer Identität benachteiligt werden – und historische wie gegenwärtige Beispiele legen nahe, dass diese Wahrnehmung keineswegs unbegründet ist. Die Juristin und Politikerin Stacey Abrams etwa kommentiert: „Die Grundlage für nachhaltigen Fortschritt sind rechtliche Schutzmaßnahmen, die auf dem Bewusstsein beruhen, wie Identität dazu genutzt wurde, Chancen zu verwehren.“<sup>23</sup> Gleichzeitig ist der Glaube an eine weiße Vormachtstellung ebenso eine Form von Identitätspolitik: „Wenn der Kampf für die Bürgerrechte der Afroamerikaner von Identitätspolitik angetrieben wurde, dann galt dies ebenso für den Kampf um die Etablierung und Sicherung der Vorherrschaft der Weißen durch Sklaverei und Jim-Crow-Gesetze. Mit anderen Worten: Identitätspolitik steht nicht nur hinter den Bemühungen marginalisierter Gruppen um Wiedergutmachung, sondern treibt auch die Bemühungen dominanter Gruppen an, andere zu marginalisieren.“<sup>24</sup> Identitätspolitik hat also immer schon darüber mitbestimmt, wer Teil der US-amerikanischen Mehrheitsgesellschaft war, wer mit Bürgerrechten ausgestattet wurde und Zugang zu Bildung, gut entlohnter Arbeit und Gesundheitsversorgung hatte. So bleibt die Frage nach der nationalen Identität in den USA so lange brüchig, wie Menschen aufgrund ihrer *racial identity*, ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Identität

herabgewürdigt und diskriminiert werden beziehungsweise in der Erinnerungskultur (erneut) unsichtbar gemacht werden.

Hinzu kommt eine Verschiebung des politischen Diskurses selbst: Nicht nur politische Positionen verändern sich, sondern auch die Grenzen dessen, was öffentlich sagbar, politisch durchsetzbar und gesellschaftlich mehrheitsfähig erscheint. Gerade im Umgang mit Migration, *race*, Geschlechterrollen oder sexueller Identität haben sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien in den vergangenen Jahren sichtbar verschärft.

„E Pluribus Unum“ bleibt damit weniger eine Beschreibung der politischen Realität der Vereinigten Staaten als vielmehr eine fortwährende Aufgabe und ein Versprechen an zukünftige Generationen, um dessen Realisierung immer wieder gerungen wird. Ursprünglich bezeichnete das Motto den Zusammenschluss der dreizehn Kolonien zu einem gemeinsamen Staat. Heute lässt es sich darüber hinaus als die Herausforderung verstehen, aus einer Gesellschaft mit unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeiten, *racial identities*, Religionen und sozialen Hintergründen ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl hervorzu bringen. Die Geschichte der USA zeigt, dass dieses Versprechen nie gleichermaßen für alle galt. Die nationale Identität war stets umkämpft und wurde immer wieder darüber definiert, wer als vollwertiger Teil der Nation anerkannt wurde – und wer nicht.

Gerade deshalb bleibt die amerikanische Identität bis heute von einem Spannungsverhältnis geprägt: zwischen universalistischen Idealen von Freiheit und Gleichheit einerseits und historischen wie gegenwärtigen Formen von Ausschluss und Ungleichheit andererseits. Vielleicht liegt die Besonderheit der Vereinigten Staaten gerade darin, dass nationale Identität dort nicht trotz gesellschaftlicher Diversität entsteht, sondern immer wieder aus ihr hervorgehen muss. „E Pluribus Unum“ wäre dann der Versuch, Differenzen nicht aufzuheben, sondern sie in ein gemeinsames demokratisches Selbstverständnis zu überführen.

<sup>22</sup> OAH, Statement, 31.3.2025, [www.oah.org/2025/03/31/statement-on-executive-order-restoring-truth-and-sanity-to-american-history](http://www.oah.org/2025/03/31/statement-on-executive-order-restoring-truth-and-sanity-to-american-history) (eigene Übersetzung).

<sup>23</sup> Stacey Abrams, *Identity Politics Strengthens Democracy*, in: *Foreign Affairs* 2/2019, S. 162 (eigene Übersetzung).

<sup>24</sup> John Sides/Michael Tesler/Lynn Vavreck, *Identity Politics Can Lead to Progress*, in: *Foreign Affairs* 2/2019, S. 163.

## SILKE HACKENESCH

ist habilitierte Nordamerika-Historikerin und akademische Rätin am Historischen Institut der Universität zu Köln.

# POLITIK DES SEMIQUINCENTENNIAL

## Trumps Kulturkampf um die Geschichte

*Frauke Steffens*

„Unseren Kindern ist beigebracht worden, sich ihres Landes zu schämen, sich ihrer Eltern zu schämen, sich für Amerikas Geschichte im Innern und für seine Rolle in der Welt zu schämen.“<sup>01</sup> Diese Worte stammen nicht von Donald Trump, sondern von Richard Nixon. Am 20. Januar 1973 hielt er seine zweite Antrittsrede als Präsident, und sein Blick richtete sich auf das anstehende zweihundertjährige Jubiläum der Nation, das eine gute Gelegenheit sei, „den Glauben an uns selbst und an Amerika zu erneuern“. Das Land solle „an seinem 200. Geburtstag so jung und so lebendig sein wie zu Anfang, und ein ebenso heller Hoffnungsträger für die ganze Welt“,<sup>02</sup> so Nixon, der fest damit rechnete, die Feier drei Jahre später auszurichten. Es kam anders: Gerald Ford war Präsident, als die Amerikanerinnen und Amerikaner das „Bicentennial“ feierten. Und nicht nur der Watergate-Skandal und der anschließende Rücktritt Nixons hatten für die tiefen Erschütterungen gesorgt, die auch das Jubiläum vor fünfzig Jahren zu einem politisch schwierigen machten.

Ähnlich wie Nixon lässt sich Präsident Trump derzeit nicht von der Tatsache beeindrucken, dass seine Planungen für die Jubiläumsfeierlichkeiten von vielfachen Krisen überschattet werden, von denen er die meisten selbst produziert oder mit verursacht hat. Der Blick zurück zeigt aber noch etwas anderes: Schon in den 1970er Jahren wurde der Jahrestag für nationalistische Erneuerungsnarrative beansprucht. Auch heute sollen diese Erzählungen eine vermeintliche Scham heilen, die angeblich durch kritische Geschichtsschreibung entsteht. Und schon damals gab es keine einheitliche Geschichtspolitik oder Erinnerungskultur, auf die sich die meisten Menschen in den USA hätten einigen können. Feiertage historischen Ursprungs wie der 4. Juli, der Memorial Day oder auch Thanksgiving stiften zwar Gemeinschaft. Aber sie tun das nicht, weil alle dieselbe Geschichte erinnern, sondern weil sie die Nation ritualisieren. Gerade dadurch werden sie auch zu Austragungsräumen konkurrierender Geschichtsbilder.<sup>03</sup>

### UMKÄMPFTE JUBILÄEN

Das Bicentennial von 1976 erscheint in der Rückschau oft vor allem als fröhliche Mischung aus Kolonialkostümen, der großen Segelparade in New Yorks Hafen und rot-weiß-blauem Kitsch bei McDonald's. Aber das Jubiläum fand in einer Phase tiefen institutionellen Misstrauens statt, nach der Niederlage in Vietnam, nach Watergate, in einer Zeit sozialer Konflikte, wirtschaftlicher Unsicherheit und des anhaltenden Kampfes gegen institutionellen Rassismus. Nixon hatte das Bicentennial zur Heilung eines beschädigten Nationalgefühls stilisiert, stattdessen legte es nach seinem Abgang erst recht die Brüchigkeit der nationalen Erzählung offen.<sup>04</sup> Die Ford-Regierung reagierte mit einer bewussten Dezentralisierung der Feierlichkeiten – im Gegensatz zu Trumps Planungen sollten sie letztlich weniger pompös sein, als sich Nixon das noch vorgestellt hatte.<sup>05</sup>

Und es gab auch damals Gegenveranstaltungen, Rivalen der offiziellen Jubiläumsplanung. Jeremy Rifkins People's Bicentennial Commission etwa beanspruchte die Revolutionsrhetorik von links. Schwarze Organisationen verlasen Frederick Douglass' „What to the Slave Is the Fourth of July?“<sup>06</sup> aus Anlass des Feiertags. In den Jahrzehnten danach habe die akademische Geschichtsschreibung das Bicentennial häufig als „schlock“ (Kitsch) abgetan,<sup>07</sup> aber keine überzeugende öffentliche Gegenerzählung angeboten, kritisierte etwa die Historikerin Jill Lepore. Auch dadurch habe sich der Raum für andere Akteure immer mehr geöffnet, die Geschichte offensiv politisch nutzen.

### HELDEN UND SATTELSCHLEPPER: TRUMPS JUBILÄUM

Das tut auch Trump. Für das Jubiläumsjahr plant seine Regierung nicht nur Feiern, sondern eine ganze Infrastruktur patriotischen Erzählens. Man

will nicht nur erinnern, sondern festlegen, welche Version der Vergangenheit erinnert wird. Die vom Weißen Haus geleitete „Task Force 250“ soll eine große zentrale Feier koordinieren. Daneben steht „Freedom 250“, ein Programm aus Großveranstaltungen, Bau- und Restaurationsprojekten. So plant Trump etwa einen UFC-Kampf vor dem Weißen Haus, ein Indycar-Rennen rund um die Hauptstadt sowie die Errichtung eines 250 Fuß (76 Meter) hohen „Arc de Trump“ am Potomac River.

Vor fünfzig Jahren gab es den „Freedom Train“ mit zehn Waggons voller Ausstellungsstücke, der durchs Land fuhr. Seit Kurzem durchqueren nun „Freedom Trucks“ als mobile Museen die 48 kontinentalen Bundesstaaten.<sup>08</sup> Die doppelt breiten Sattelschlepper halten zum Beispiel auf den State Fairs, einer Mischung aus Jahrmarkt und Verkaufsausstellung. Begrüßt werden Besucher darin von einem überlebensgroßen George Washington, der sie mit KI-Stimme anspricht und fragt: „Sind Sie bereit, Ihr Leben, Ihr Vermögen und Ihre heilige Ehre für die amerikanische Sache herzugeben?“<sup>09</sup> Der Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Krone steht im Mittelpunkt, die ersten Schüsse in Lexington und Concord, die Schlacht von Bunker Hill, die Un-

abhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, schließlich die Unterzeichnung der Verfassung 1787 in Philadelphia. Die Zeitreise geht auch in die jüngere Geschichte und soll durch interaktive Ratespiele und eine „Wand amerikanischer Helden“ lebendiger gemacht werden. Schwarze kommen vor, zumindest die bekanntesten Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler wie Martin Luther King Jr. und Rosa Parks. Doch insgesamt stehen die Heldentaten weißer Männer im Vordergrund, und die amerikanische Nation wird als eine christliche präsentiert. Die grundlegenden Prinzipien Amerikas wurzelten „in den westlichen und jüdisch-christlichen Traditionen“, die den „amerikanischen Geist“ geprägt hätten, wie es heißt. Wer den Truck durchschritten hat, stößt am Ende auf ein Video und Bildnis Trumps, der den Amerikanerinnen und Amerikanern sein „Goldenes Zeitalter“ anpreist.<sup>10</sup> Die Inhalte der Ausstellung wurden von der christlich-nationalistischen Organisation „PragerU“ produziert, die entsprechendes Lehrmaterial auch an Schulen verteilt und mit dem Bildungsministerium zusammenarbeitet.<sup>11</sup>

## VERORDNETER PATRIOTISMUS

Trumps Jubiläumsplanung ordnet sich in seine bisherige Geschichtspolitik ein. Seine Order zur „Patriotischen Erziehung“ von Januar 2025, in der ein angeblich indoktriniertes Schuldgefühl von Weißen wieder auftauchte, reaktivierte die „1776 Commission“ aus seiner ersten Amtszeit.<sup>12</sup> Damals hatte Trumps Umfeld auf die Veröffentlichung des „1619 Project“ von Pulitzerpreisträgerin Nikole Hannah-Jones reagiert.<sup>13</sup> Das crossmediale Projekt der „New York Times“ wollte das Jahr 1619 und die Ankunft von versklavten Menschen in den Kolonien zu einem neuen symbolischen Anfangspunkt der US-Geschichte ma-

**01** Second Inaugural Address of Richard M. Nixon, [https://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/nixon2.asp](https://avalon.law.yale.edu/20th_century/nixon2.asp).

**02** Ebd. Auf diesen Zusammenhang verweist auch Jill Lepore, *Tea and Sympathy*, 26. 4. 2010, [www.newyorker.com/magazine/2010/05/03/tea-and-sympathy-2](http://www.newyorker.com/magazine/2010/05/03/tea-and-sympathy-2).

**03** Vgl. z. B. Hazel V. Carby, *We Must Burn Them*, 26. 5. 2022, [www.lrb.co.uk/the-paper/v44/n10/hazel-v.-carby/we-must-burn-them](http://www.lrb.co.uk/the-paper/v44/n10/hazel-v.-carby/we-must-burn-them); grundlegend Richard Slotkin, *A Great Disorder: National Myth and the Battle for America*, Cambridge 2024.

**04** Vgl. etwa Julian E. Zelizer, *America's 250th Birthday Has Become a Test for the Nation*, 9. 2. 2026, <https://foreignpolicy.com/2026/02/09/united-states-250th-anniversary-history>.

**05** Vgl. David Ryan, *Re-Enacting Independence Through Nostalgia – The 1976 US Bicentennial After the Vietnam War*, in: FIAR. Forum for Inter-American Research, <https://interamerica.de/current-issue/ryan>.

**06** Siehe z. B. [www.si.edu/spotlight/fourth-of-july](http://www.si.edu/spotlight/fourth-of-july).

**07** Vgl. Jill Lepore, *Scandal, Protest, Goofiness and Grandeur at the U. S. Bicentennial*, 2. 3. 2026, [www.newyorker.com/magazine/2026/03/09/scandal-protest-goofiness-and-grandeur-at-the-us-bicentennial](http://www.newyorker.com/magazine/2026/03/09/scandal-protest-goofiness-and-grandeur-at-the-us-bicentennial).

**08** Vgl. Sarah Cascone, *Trump Launches Traveling „Freedom Truck“ Exhibition*, 4. 3. 2026, <https://news.artnet.com/art-world/trump-freedom-truck-exhibition-2749780>.

**09** Vgl. Ed Pilkington, *„Freedom Trucks“: A Tour of Trump's Skewed Tribute to American History – on 18 Wheels*, 29. 4. 2026, [www.theguardian.com/us-news/2026/apr/29/trump-freedom-truck-museum-exhibit](http://www.theguardian.com/us-news/2026/apr/29/trump-freedom-truck-museum-exhibit).

**10** Vgl. ebd.

**11** Vgl. Jessica Winter, *The Right-Wing Nonprofit Serving A.I. Slop for America's Birthday*, 27. 2. 2026, [www.newyorker.com/news/the-lede/the-right-wing-nonprofit-serving-ai-slop-for-americas-birthday](http://www.newyorker.com/news/the-lede/the-right-wing-nonprofit-serving-ai-slop-for-americas-birthday).

**12** Vgl. [www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/ending-radical-indoctrination-in-k-12-schooling](http://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/ending-radical-indoctrination-in-k-12-schooling).

**13** Vgl. Nikole Hannah-Jones, *The 1619 Project*, 14. 8. 2019, [www.nytimes.com/interactive/2019/08/14/magazine/1619-america-slavery.html](http://www.nytimes.com/interactive/2019/08/14/magazine/1619-america-slavery.html); Matthew Karp, *History As End*, Juli 2021, <https://harpers.org/archive/2021/07/history-as-end-politics-of-the-past-matthew-karp>.

chen. Aber vor allem wollte es zeigen, wie die Sklaverei und der Staatsrassismus des 20. Jahrhunderts bis heute alle gesellschaftlichen Bereiche prägen – vom Autobahnbau bis zum Gesundheitssystem. Trump und seine Berater setzten dagegen auf eine nationale Geschichtserzählung, verknüpft mit dem ausdrücklichen Ziel, Schülerinnen und Schülern eine patriotische, positive Historie zu vermitteln. Später kündigte das Bildungsministerium eine eigene Förderpriorität für „Patriotic Education“ an und startete die „America 250 Civics Education Coalition“ mit rechtskonservativen Gruppen wie dem Hillsdale College, Turning Point USA und Moms for Liberty.<sup>14</sup>

Trumps andere Anordnung zum Thema hieß im März 2025 „Restoring Truth and Sanity to American History“.<sup>15</sup> Sie sagte der „linken Indoktrination“ in den Institutionen den Kampf an. Was schon seit Jahren in Bundesstaaten wie Florida oder Texas geschieht – Lehrpläne, die auf rechte Geschichtsbilder ausgerichtet werden, Verbote kritischer Literatur in Schulbüchereien –, wirkte wie eine Blaupause für die Geschichts- und Bildungspolitik des Bundes. Ziele sind Universitäten, Schulen, Bibliotheken, Museen und Behörden. Schon zugesagte Förderungen, etwa für Forschung in Gender Studies oder zu Rassismus, wurden mit dem Hinweis auf „Indoktrination“ oder „radikale DEI-Programme“ (Diversity, Equity, Inclusion) zurückgezogen. Auch wenn diese Initiativen zum Teil vom Kongress zurückgenommen oder von Gerichten blockiert wurden, gehen Fachleute von einem „chilling effect“ auf Forschende und Lehrende aus.

Seit Trump den Universitäten und der kritischen Wissenschaft den Kampf angesagt hat, häufen sich Berichte über Selbstzensur.<sup>16</sup> Das Forschungsprojekt „Academic Freedom Index“ der Universitäten Erlangen-Nürnberg und Göteborg stellte jüngst einen dramatischen Rückgang der akademischen Freiheit in den USA

fest.<sup>17</sup> Eine andere Institution, die Trump besonders ins Visier nahm, ist die öffentlich finanzierte Smithsonian Institution mit ihren rund zwanzig Museen, die darüber Rechenschaft ablegen sollen, wie sie Geschichte in Zukunft weniger widersprüchlich und konfliktträchtig erzählen wollen.<sup>18</sup>

Der „erbaulichen“ Geschichtserzählung sollen auch diverse Bauprojekte in Washington dienen, nicht nur der Triumphbogen, sondern auch der bereits in Trumps erster Amtszeit und damals noch für South Dakota geplante „Heldengarten“. Die Liste mit rund zweihundertfünfzig zu Ehrenenden umfasst sehr gegensätzliche Persönlichkeiten, die, Unterschiede nivellierend, nebeneinandergestellt werden. Vertreten sind zum Beispiel sowohl Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. als auch Andrew Jackson, der als Präsident verantwortlich für den „Indian Removal Act“ von 1830 und die genozidale Politik gegen Ureinwohner war.<sup>19</sup>

#### WENDEPUNKTE: „TEA PARTY“ UND ANTI-ANTIRASSISMUS

Der unmittelbare Vorlauf dieser vermeintlich patriotischen Geschichtspolitik liegt in den Geschichtsdeutungskonflikten des 20. Jahrhunderts und dem rechten Kulturkampf, der lange vor Trump begann. Dabei bezog sich besonders die rechte Tea-Party-Bewegung offensiv auf die Revolution und die Founding Fathers. Die Bewegung entstand 2009 nach Barack Obamas Wahl zum Präsidenten und verband den Protest gegen höhere Steuern und einen Ausbau des Sozialstaats mit der rassistischen Abwehrreaktion nach der Wahl des ersten Schwarzen zum Präsidenten. Die Gründerjahre der Republik wurden dabei als eine quasi heilige Zeit inszeniert, kritische Geschichtsschreibung als Verrat oder Blasphemie diffamiert.<sup>20</sup> Der Historiker Richard Slot-

<sup>14</sup> Vgl. Justine McDaniel/Laura Meckler, Education Dept. Partners with Conservative Groups for Civics Programming, 17.9.2025, [www.washingtonpost.com/education/2025/09/17/education-department-conservative-groups-civics-patriotism](http://www.washingtonpost.com/education/2025/09/17/education-department-conservative-groups-civics-patriotism).

<sup>15</sup> Vgl. [www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/restoring-truth-and-sanity-to-american-history](http://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/restoring-truth-and-sanity-to-american-history).

<sup>16</sup> Vgl. Alan Blinder, Professors Are Changing What They Teach, Even Far from Trump's Gaze, 26.3.2026, [www.nytimes.com/2026/03/16/us/professors-change-teaching-trump.html](http://www.nytimes.com/2026/03/16/us/professors-change-teaching-trump.html).

<sup>17</sup> Vgl. Nathan M. Greenfield, U.S. Leads Worldwide Decline in Academic Freedom, 20.3.2026, [www.universityworldnews.com/post.php?story=20260320155848399](http://www.universityworldnews.com/post.php?story=20260320155848399).

<sup>18</sup> Vgl. etwa Smithsonian Pressured to Show Trump Its Plans for Exhibits for America's 250th Birthday, 14.1.2026, [www.pbs.org/newshour/politics/smithsonian-faces-a-deadline-to-show-trump-its-plans-for-exhibits-for-americas-250th-birthday](http://www.pbs.org/newshour/politics/smithsonian-faces-a-deadline-to-show-trump-its-plans-for-exhibits-for-americas-250th-birthday).

<sup>19</sup> Vgl. Adam Sella, A List of Everyone Who Could Be in Trump's „Garden of Heroes“, 2.5.2026, [www.nytimes.com/2026/05/02/us/politics/trump-garden-of-heroes-national-status-list.html](http://www.nytimes.com/2026/05/02/us/politics/trump-garden-of-heroes-national-status-list.html).

<sup>20</sup> Vgl. Jill Lepore, The Whites of Their Eyes. The Tea Party's Revolution and the Battle over American History, Princeton 2010.

kin argumentiert, dass nach der Tea-Party- auch die MAGA-Bewegung die Mythen und Symbole, die Amerikaner zumindest theoretisch traditionell einten, in Slogans eines Kulturkampfes verwandelt hat.<sup>21</sup>

Zum Schlüsselmoment wurden Trumps Reden zum Unabhängigkeitstag 2020, als Millionen Menschen im Land noch immer gegen den Mord an George Floyd sechs Wochen zuvor protestierten. Trump habe sich selbst in den von Rechtsnationalist Stephen Miller verfassten Ansprachen als „Oberbefehlshaber in einem neuen Bürgerkrieg dargestellt, der die westliche Zivilisation und christliche Werte gegen einen rücksichtslosen und barbarischen Feind verteidigt“, so Slotkin.<sup>22</sup>

Den Kampf gegen Black Lives Matter habe Trump als eine Verteidigung des „Westens“ präsentiert, und zwar mit explizitem Bezug auf die Gründerväter. Der Historiker zitiert Trump so: „1776 stellte den Höhepunkt von Tausenden von Jahren westlicher Zivilisation dar und den Triumph nicht nur des Geistes, sondern auch von Weisheit, Philosophie und Vernunft. Und doch, während wir heute Abend hier zusammenkommen, (...) erlebt unsere Nation eine gnadenlose Kampagne, um unsere Geschichte auszulöschen, unsere Helden zu verleumden, unsere Werte zu tilgen und unsere Kinder zu indoktrinieren.“<sup>23</sup>

#### KLIENTELPOLITIK DER „LOST CAUSE“

Neben dem Bezug auf 1776 bediente Trump früh jene Teile seiner Basis, die die kritische Geschichtsschreibung auch in Bezug auf Sklaverei und Bürgerkrieg ablehnen. Das Narrativ der „Lost Cause“ („Verlorene Sache“) ist aus Sicht von Historikern und Historikerinnen wie Slotkin und Lepore die andere große Traditionslinie, über die Trump selbst vielleicht wenig historisches Wissen hat, die er sich aber bereitwillig aneignete. Das Narrativ besagt, dass die Südstaaten im Bürgerkrieg vor allem für das Recht der Bundesstaaten auf Selbstbestimmung und eine bewahrenswerte Lebensweise gekämpft hätten, nicht für ein Sklavensystem.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Vgl. Slotkin (Anm. 3), S. 401 ff.

<sup>22</sup> Ebd., S. 406.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Vgl. Edward H. Bonekemper, *The Myth of the Lost Cause: Why the South Fought the Civil War and Why the North Won*, Washington, D.C., 2015.

Die „Lost Cause“-Erzählung soll sich so von rechts in eine traditionsfähige Freiheitsgeschichte der Gesamtnation eingliedern.

Ein Beispiel für ihre anhaltende Wirkung ist der Streit um Monumente für Militärs und Politiker der Sezessionsstaaten, der schon in Trumps erster Amtszeit Anhänger mobilisierte. Die weit aus meisten dieser Statuen und Gedenksteine waren nicht im 19., sondern im 20. Jahrhundert errichtet worden. Mit ihnen wollten Vereinigungen wie die United Daughters of the Confederacy das Regime der weißen Vorherrschaft im Süden ideologisch stärken.<sup>25</sup> Trump bedient diese Strömung immer wieder – auch, weil die Republikanische Partei ohne ihre Dominanz in den ehemaligen Sklavenshalterstaaten ihre Mehrheiten verlieren würde.<sup>26</sup> Auf dem Arlington Nationalfriedhof wird die Regierung das Confederate Memorial von 1914 wieder installieren, das der Kongress 2023 hatte abbauen lassen. Ein anderes Beispiel ist die Militärakademie West Point in New York, wo auf Anweisung der Trump-Regierung im vergangenen Jahr ein Porträt Robert E. Lees wieder aufgehängt wurde, das das Pentagon 2022 entfernt hatte. In Philadelphia wollte Trump Anfang 2026 eine Ausstellung abbauen lassen, die an die versklavten Menschen im Haushalt von George Washington erinnerte, doch ein Gericht verfügte den Wiederaufbau der Informationstafeln.

#### AMERIKANISCHE GEGENGESCHICHTEN

So sehr sich Trump auch bemüht: Geschichtspolitik lässt sich in Amerika nicht zentral organisieren. Das liegt am föderal verfassten Bildungssystem, an der von Konservativen eigentlich stets hochgehaltenen Macht der Bundesstaaten, an privater Museumsfinanzierung und anderen strukturellen Gründen. Vor allem liegt es aber daran, dass Institutionen, Forschende und Lehrende, aber auch nicht-weiße Communities dage-

<sup>25</sup> Vgl. Karen L. Cox, *Dixie's Daughters. The United Daughters of the Confederacy and the Preservation of Confederate Culture*, Gainesville 2019; Benjamin Wallace-Wells, *After the Lost Cause*, 24. 6. 2021, [www.newyorker.com/news/annals-of-inquiry/after-the-lost-cause](http://www.newyorker.com/news/annals-of-inquiry/after-the-lost-cause).

<sup>26</sup> Zur Radikalisierungsgeschichte der Republikanischen Partei vgl. etwa Dana Milbank, *The Destructionists. The Twenty-Five-Year Crack-Up of the Republican Party*, New York 2022; Nicole Hemmer, *Partisans. The Conservative Revolutionaries Who Remade American Politics in the 1990s*, New York 2022.

gen arbeiten.<sup>27</sup> In seinem Buch „How the word is passed“<sup>28</sup> zeigt etwa der Journalist Clint Smith an konkreten Orten – auf ehemaligen Plantagen, in Gefängnissen, auf Friedhöfen, in Museen –, wie über die Geschichte der Sklaverei gestritten wird, wie Fortschritte erzielt werden und wie reaktionäre Beharrungskräfte noch immer die „Lost Cause“ erzählen. Der Streit darüber ist nicht abgeschlossen, er lässt sich nur in Grenzen aus Washington steuern – und vor allem geht es dabei nicht um eine „Minderheitengeschichte“ neben der Nationalgeschichte, sondern darum, dass Sklaverei, Rassismus und Befreiungskampf im Zentrum der Geschichte der Nation stehen.<sup>29</sup>

Trump wird vermutlich auch wenig dagegen unternehmen können, dass etwa das Smithsonian National Museum of African American History and Culture in Washington, so wie viele andere Institutionen, die Geschichte der Reconstruction erzählen, die für viele Menschen die zweite Gründung Amerikas war. Nach dem Bürgerkrieg setzten Schwarze und Weiße gemeinsam ein ehrgeiziges politisches Programm ins Werk, das dazu führte, dass im Süden Tausende Schwarze aufs College gingen, bis zu dreißig Hochschulen und vier-tausend Schulen für Schwarze entstanden. Bis 1877 hatten in den ehemaligen Sklavenhalterstaaten rund 2000 schwarze Männer öffentliche Ämter inne; 23 waren im Kongress vertreten, zwei als Senatoren. Diese Entwicklung wurde zerstört durch weißen Terror, politische Gegenmacht und den Rückzug der Armee des Bundes, worauf fast hundert Jahre Staatsrassismus auf Basis der Jim-Crow-Gesetze folgten.<sup>30</sup> Die Geschichte der Reconstruction stört eine flache patriotische Erzählung, die 1776 nur als Vorgeschichte universeller Freiheit lesen will.

Und auch an den Schauplätzen der Amerikanischen Revolution selbst zeigt sich im Jubilä-

umsjahr, dass die Interpretation der Vergangenheit politisch nicht fixiert ist – dank der Bürger selbst. Die Stadt Boston und ihr Umland sind der symbolische Kernraum der Revolution. Genau deshalb waren sie schon für die Inszenierungen der Tea-Party-Bewegung so attraktiv. Im April 2025 berichtete die Lokalpresse, dass sich rund um die Feiern zum 250. Jahrestag der Schlacht von Lexington nicht nur Paraden und Gedenkeremonien, sondern auch Proteste gegen Präsident Trump formierten. Politisch Aktive wie die Gruppe Lexington Alarm deuteten den Revolutionsbeginn ausdrücklich als Gegenwartsfolie für Machtmissbrauch, Angriffe auf rechtsstaatliche Garantien und die Aushöhlung demokratischer Verfahren.<sup>31</sup>

Vom Bicentennial 1976 bis zum Jubiläum 2026 zieht sich keine einfache Linie. Doch die Kontinuität liegt darin, dass nationale Jahrestage in den Vereinigten Staaten immer politische Gegenwartsarbeit leisten. Die Verschiebung liegt im Maßstab und in der Verdichtung. Das 250. Jubiläum ist unter Donald Trump ein besonders aggressiver Versuch, die Grenzen legitimer Nationalgeschichte neu zu ziehen.

Trump, seine Mitarbeiter und Vordenker erzählen Nixons eingangs zitierte Geschichte einer angeblichen Erziehung zur Scham unbeirrt mit unterschiedlichen Methoden weiter. Weißen werde durch kritische Geschichtsschreibung nicht etwa ein historisch informiertes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein vermittelt, sondern ein Schuldvorwurf gemacht. Das Alternativmodell soll attraktiver sein: Alles wird Privatsache, auch heutige Folgen staatlicher und struktureller Gewalt werden zu rein individuellen Problemen. Diese Neudefinition der Geschichte geht Hand in Hand mit dem Abbau sozialer Programme. Trumps Wunscherzählung stehen indessen andere historiografische Ordnungen entgegen: die Geschichte der Sklaverei, der Reconstruction, des Genozids an den indigenen Nationen, der Migration, der Bürgerrechtsbewegung und der White Supremacy. Weil Amerikanerinnen und Amerikaner diese Geschichten weiter erforschen und erzählen, stößt Trump an Grenzen und auf Gegenkräfte, die nicht verschwinden.

## FRAUKE STEFFENS

ist promovierte Historikerin und Feuilleton-Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in New York.

**27** Vgl. Casey Cep, *The Fight to Preserve African-American History*, 27.1.2020, [www.newyorker.com/magazine/2020/02/03/the-fight-to-preserve-african-american-history](http://www.newyorker.com/magazine/2020/02/03/the-fight-to-preserve-african-american-history).

**28** Clint Smith, *How the Word Is Passed. A Reckoning with the History of Slavery Across America*, Boston 2021. Siehe auch Imani Perry, *South to America. A Journey Below the Mason-Dixon to Understand the Soul of a Nation*, New York 2022.

**29** Vgl. Jefferson Cowie, *Is Freedom White?*, 23.9.2020, [www.bostonreview.net/articles/jefferson-cowie-is-freedom-white](http://www.bostonreview.net/articles/jefferson-cowie-is-freedom-white).

**30** Vgl. grundlegend Eric Foner, *Reconstruction. America's Unfinished Revolution 1863–1877*, London–New York 1988.

**31** Vgl. Steph Solis, *250 Years After the Battle of Lexington, Residents Sound the Alarm over Trump*, 17.4.2025, [www.axios.com/local/boston/2025/04/17/lexington-protest-trump-constitution](http://www.axios.com/local/boston/2025/04/17/lexington-protest-trump-constitution).

# VON DER MONROE- ZUR „DONROE“-DOKTRIN?

## Souveränismus in der US-amerikanischen Außenpolitik

*Payam Ghalehdar*

Debatten über die außenpolitische Doktrin von US-Präsidenten, also über die Grundlinien der Außenpolitik einer Regierung und Vergleiche mit vorherigen Präsidentschaften, haben in den Vereinigten Staaten eine lange Tradition. Ihr Anfang reicht zurück bis zu George Washingtons präsidentialer Abschiedsrede 1796, in der dieser seinen Nachfolgern riet, keine dauerhaften Bündnisse („permanent alliances“) mit anderen Nationen einzugehen – die Idee des amerikanischen Isolationismus war geboren. Nach dem Sturz des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro am 3. Januar 2026 und dem mit der Tötung des iranischen Religionsführers Ali Khamenei an der Seite Israels am 28. Februar 2026 begonnenen Irakkrieg fand vermehrt die These Anklang, US-Präsident Donald Trump habe sich von einem vermeintlichen Isolationismus abgewandt und sei nun bereit, die von seinen Anhängern verschmähte Rolle als Weltpolizist anzunehmen und Autokraten dieser Welt notfalls unter Anwendung militärischer Gewalt aus dem Amt zu jagen. Schnell machten unter Experten und in den Medien Schlagworte wie „Regime Change“ und „Nation Building“ sowie Vergleiche mit dem von Trumps Amtsvorgänger George W. Bush 2003 initiierten Irakkrieg die Runde.<sup>01</sup>

Doch auch wenn die Trump-Regierung mit Außenminister Marco Rubio einen überzeugten Verfechter einer neokonservativ orientierten Außenpolitik an prominenter Stelle in ihren Reihen hat: Der verbreitete Eindruck einer Abwendung Trumps von einem vermeintlichen Isolationismus bei gleichzeitiger Zuwendung zum Neokonservatismus verkennt, dass der amtierende US-Präsident bislang weder diskursiv noch materiell Interesse an auswärtiger Demokratieförderung oder Staatsbildung gezeigt hat. Eher ist seine Außenpolitik geprägt von einem souveränistischen Weltbild, das völlige Handlungsfreiheit im aus-

wärtigen Handeln fordert und internationalen Organisationen fundamental skeptisch gegenübersteht. Ein Blick in die Geschichte der US-Außenpolitik zeigt, dass dieses souveränistische Weltbild Trumps mitnichten einer Neuausrichtung gleichkommt, sondern auf eine lange Tradition zurückblicken kann.<sup>02</sup>

### WEDER NEOCON NOCH ISOLATIONIST

Der Sturz Maduros kam für die meisten Beobachter genauso überraschend wie die wochenlange Bombardierung des iranischen Regimes. Trotz des seit Sommer 2025 stetig gestiegenen militärischen Drucks auf das Regime in Caracas und der zunehmenden Spannungen mit Iran nach dem sogenannten Zwölf-Tage-Krieg im vergangenen Jahr rechneten die Wenigsten mit solch riskanten Militäreinsätzen. Auf den ersten Blick könnte man deshalb meinen, die Militärinterventionen kämen einem gravierenden Richtungswechsel in der Außenpolitik eines US-Präsidenten gleich, der bislang eher als Kritiker von Regime Change, Nationen- beziehungsweise Staatsbildung und „endlosen Kriegen“ in Erscheinung getreten war und so 2016 und 2024 zwei Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnte.

Dass Trumps Hinwendung zu militärischer Gewalt als dramatischer Kurswechsel interpretiert wird, ist nicht neu: Beobachter hatten bereits in Trumps erster Amtszeit (2017–2021) den Luftangriff auf einen syrischen Militärflugplatz – die erste US-amerikanische Militäraktion gegen das Assad-Regime seit Beginn des Syrien-Krieges im Jahr 2011 – zunächst fälschlicherweise als Auftakt eines robusteren Vorgehens gegen den syrischen Diktator interpretiert. Ähnlich hoffnungsvoll sahen Regime-Change-Befürworter die gezielte Tötung des iranischen Generals Qassem Soleima-

ni im Januar 2020. In beiden Fällen folgte jedoch keine weitere militärische Eskalation auf den gezielten, jedoch begrenzten Militäreinsatz.

Die verbreitete Einordnung der jüngsten Vorgehensweisen in Venezuela und Iran als Fälle von Regime Change oder gar Auftakt eines Staatsbildungsprojekts bedarf genauerer Differenzierung. Regime Change als weiter Oberbegriff kann sowohl einen erzwungenen Führungswechsel als auch eine groß angelegte Invasion zur Beseitigung eines gesamten Regimes bedeuten; Nationen- beziehungsweise Staatsbildung erfordert ein langfristiges Bekenntnis zum Wiederaufbau des betroffenen Landes. Regime Change als Beseitigung des gesamten Regimes und Staatsbildung sind weder nach dem Sturz Maduros noch nach der gezielten Tötung Khameneis zu erkennen. Die Trump-Regierung lässt die venezolanische Opposition zwar weiter hoffen, geht jedoch nicht gegen den Chavismus an sich vor und zeigt wenig Interesse an einer Demokratisierung des Landes, ganz zu schweigen von einer kostspieligen Hinwendung zu jahrelanger Staatsbildung wie im Irakkrieg nach dem Sturz des Baath-Regimes von Saddam Hussein 2003. Auch in Iran ist nicht erkennbar, dass Trump sich mit Szenarien eines möglichen Sturzes der Islamischen Republik auseinandersetzt, was seine Skepsis gegenüber dem selbst erklärten Oppositionsführer Reza Pahlavi begründet.<sup>03</sup>

Richtig ist jedoch, dass es mit Trump keine Rückkehr zum Isolationismus wie in der Zwischenkriegszeit des vergangenen Jahrhunderts gibt. Der Grund dafür ist nicht, dass Trump nicht davor zurückscheut, militärische Mittel einzusetzen – dies taten mit Calvin Coolidge (1923–1929) und Herbert Hoover (1929–1933) auch zwei der drei republikanischen US-Präsidenten der gemeinhin als Hochzeit des Isolationismus verstandenen Zwischenkriegszeit –, sondern dass

er trotz seiner medienwirksam personalisierten „Donroe“-Doktrin nicht ausschließlich auf die westliche Hemisphäre fokussiert ist. Das zeigen allein schon die häufigen US-Militäreinsätze in Iran, Irak, Nigeria, Somalia, Syrien und Jemen seit seinem Wiedereinzug ins Weiße Haus am 20. Januar 2025.

Die Entführung Maduros, aber auch der Militäreinsatz in Iran, unterscheiden sich noch in einem weiteren Aspekt von bisherigen US-amerikanischen Interventionen. Trotz der Ankündigung Trumps, die USA werde Venezuela übernehmen, dem von der US-Regierung selbst forcierten Framing der Entführung als wirkmächtiges Beispiel US-amerikanischer Vormacht in der westlichen Hemisphäre und Vorwürfen eines brutalen Neoimperialismus seitens der Kritiker des Einsatzes fällt der limitierte Charakter der Militäroperation nicht nur im Vergleich mit dem Irakkrieg George W. Bushs auf, sondern auch zur Festnahme des panamaischen Diktators Manuel Noriega im Rahmen einer von George H. W. Bush befehligten Militärintervention zur Jahreswende 1989–1990, bei der 20 000 US-Soldaten zum Einsatz kamen und sich zwei Wochen lang blutige Gefechte mit Noriegas Nationalgarde lieferten.<sup>04</sup> Die willentliche Überhöhung des limitierten, wenn auch spektakulären Schlags gegen das venezolanische Regime lässt die Vermutung zu, dass es Trump nicht zuletzt um die Symbolik der Entschlossenheit und Unberechenbarkeit geht, die der Sturz Maduros unterstreicht. Auch der Irakkrieg, den Trump selbst als erfolgreichen Fall von Regime Change beschreibt, bestätigt diesen Eindruck.<sup>05</sup> Um die eigentlichen Hintergründe des Vorgehens in Venezuela und Iran zu erfassen, ist ein umfassenderer Blick auf das außenpolitische Weltbild Trumps und dessen Tradition in der US-Außenpolitik vonnöten.

## SOUVERÄNITÄT ALS WELTBILD

„Souveränität“ ist eng mit den Konzepten „Staat“ und „Staatlichkeit“ verbunden. Dabei

**01** Vgl. Aaron Blake, *Trump's Stunning Shift on „America First“*, 6. 1. 2026, <https://edition.cnn.com/2026/01/05/politics/trump-venezuela-america-first-shift>; Stephen Wertheim, *Today, Trump's Target Was Caracas. What Tomorrow?*, 4. 1. 2026, [www.theguardian.com/commentisfree/2026/jan/03/today-trumps-target-was-caracas-what-tomorrow](http://www.theguardian.com/commentisfree/2026/jan/03/today-trumps-target-was-caracas-what-tomorrow).

**02** Dieser Beitrag gibt ausschließlich die Analyse und Bewertung des Autors wieder und steht in keinem Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt.

**03** Vgl. Donald Trump sieht Sohn des Schahs nicht an Spitze des Iran, 3. 3. 2026, [www.zeit.de/politik/ausland/2026-03/iran-usa-fuehrung-trump-pahlavi](http://www.zeit.de/politik/ausland/2026-03/iran-usa-fuehrung-trump-pahlavi).

**04** Vgl. Payam Ghalehdar, *The Origins of Overthrow. How Emotional Frustration Shapes US Regime Change Interventions*, Oxford 2021, S. 13.

**05** Vgl. Jacob Magid, *Trump Indicates Goal of Iran Strikes Is to Topple Regime*, 28. 2. 2026, [www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/trump-indicates-goal-of-iran-strikes-is-to-topple-regime-tells-iranian-people-when-we-are-finished-take-over-your-government](http://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/trump-indicates-goal-of-iran-strikes-is-to-topple-regime-tells-iranian-people-when-we-are-finished-take-over-your-government).

ist der Begriff alles andere als einheitlich definiert. In der klassischen Definition von Kenneth Waltz, dem Vordenker der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen (IB), bezeichnet Souveränität die Eigenschaft von Staaten, autonom über ihre internen und externen Belange entscheiden zu können, das heißt, Entscheidungsgewalt über das eigene Handeln zu haben. Gerade diese Autonomie macht sie laut Waltz zu Hauptakteuren des internationalen Systems.<sup>06</sup> Der IB-Theoretiker Stephen Krasner wiederum unterscheidet vier Bedeutungen des Begriffs: Souveränität kann die Ausübung innerstaatlicher öffentlicher Autorität (interne Souveränität), die Kontrolle grenzüberschreitender Bewegungen (Interdependenz-Souveränität), die internationale Anerkennung der eigenen Staatlichkeit (international legale Souveränität) oder den Ausschluss externer Einflüsse auf innerstaatliche Autoritätsstrukturen (westfälische Souveränität) meinen.<sup>07</sup>

Krasners Differenzierung der vier Bedeutungen von Souveränität widerlegt den verbreiteten Irrglauben, dass jegliche Einschränkung der autonomen Entscheidungsgewalt von Staaten zwangsläufig mit einer Verletzung staatlicher Souveränität einhergeht. So schränkt zum Beispiel die freiwillige Abgabe von Entscheidungskompetenzen an externe Akteure durch zwischenstaatliche Verträge zwar die westfälische Souveränität betroffener Staaten ein, ist jedoch Folge der Ausübung international legaler Souveränität und somit keine pauschale Souveränitätsverletzung.<sup>08</sup> Auch Waltz räumt in seiner Souveränitätskonzeptualisierung die Möglichkeit ein, dass die Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit eine souveräne Entscheidung von Staaten sein kann.<sup>09</sup> Solch staatliches Handeln wird insbesondere von späteren institutionellen Theorien über internationale Interdependenzen thematisiert.<sup>10</sup> In der liberal-intergouvernementalen Auffassung des Politikwissenschaftlers Andrew Moravcsik veranschaulicht etwa die Geschichte der europäischen Integration genau diese Mög-

lichkeit eines strategisch gewollten Souveränitätsverzichts der EU-Mitgliedsstaaten im Dienste staatlicher und insbesondere ökonomischer Interessen.<sup>11</sup>

Donald Trumps bekannte Wahlslogans „America First“ und „Make America Great Again“ (MAGA) sind mit dem Begriff der Souveränität auf besondere Art verbunden. Das Weltbild des amtierenden US-Präsidenten ist geprägt von einer Souveränitätsauffassung, die auf absolute externe Handlungsfreiheit setzt und der strategischer Souveränitätsverzicht durch freiwillige, vertraglich vereinbarte Souveränitätsabgabe fundamental fremd ist. Von den vier von Krasner definierten Souveränitätsvarianten ist es die westfälische Souveränität, also der Ausschluss externer Einflüsse auf innerstaatliche Autoritätsstrukturen – etwa durch internationale Organisationen –, die es aus dieser Sicht unbedingt zu schützen gilt.

Die im November 2025 veröffentlichte nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung lässt dahingehend tief blicken: Mit explizitem Verweis auf das „Primat der Nationen“ verbindet die Strategie „transnationale und internationale Organisationen“ mit der Gefahr einer Souveränitätserosion.<sup>12</sup> Dabei bestätigt die jüngst vorgelegte Strategie lediglich Grundannahmen, die bereits in der ersten Trump-Regierung vorherrschten: Schon in seiner Rede zur Amtseinführung, also in seiner ersten Rede als US-Präsident überhaupt, sprach Trump im Januar 2017 davon, dass es das Recht aller Nationen sei, ihre Interessen an erste Stelle zu setzen.<sup>13</sup>

Den weltanschaulichen Unterbau für diese Ansichten buchstabierte der zwischenzeitliche Leiter des Planungsstabs im US-Außenministerium, Michael Anton, 2019 in einem Aufsatz aus, in dem er Nationalismus und nationale Souveränität als feste, unabänderliche Eigenschaften der Natur des Menschen bezeichnete.<sup>14</sup> Streng genommen

**06** Vgl. Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, MA 1979, S. 96.

**07** Vgl. Stephen D. Krasner, *Sovereignty. Organized Hypocrisy*, Princeton 1999, S. 9.

**08** Vgl. ebd., S. 17.

**09** Vgl. Waltz (Anm. 6), S. 96.

**10** Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston 1977.

**11** Vgl. Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998.

**12** Vgl. *National Security Strategy of the United States of America*, November 2026, [www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf](https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf), S. 9f.

**13** Vgl. Donald Trump, *The Inaugural Address*, 20. 1. 2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/the-inaugural-address>.

**14** Vgl. Michael Anton, *The Trump Doctrine*, 20. 4. 2019, <https://foreignpolicy.com/2019/04/20/the-trump-doctrine-big-think-america-first-nationalism>.

bestanden Anknüpfungspunkte für diese Ideen schon weit vor Beginn der politischen Karriere Trumps. So schrieb etwa kein Geringerer als der mittlerweile in Ungnade gefallene ehemalige nationale Sicherheitsberater Trumps, John Bolton, bereits im Jahr 2000, dass Souveränität und Konstitutionalismus im US-amerikanischen Sinne durch die Stärkung internationaler Institutionen und globale Verrechtlichungstendenzen gefährdet seien.<sup>15</sup>

In der Vorstellung der Trump-Regierung hat der souveränistische Blick auf die Welt nicht nur Vorteile für die USA, sondern für die ganze Welt. Auf der weltanschaulichen Grundlage des Realismus und seiner Idee des Mächtegleichgewichts herrscht in der Regierung die Vorstellung vor, dass die Welt am besten funktioniert, wenn alle Staaten ihre Souveränität im US-amerikanischen Sinne wahren und ihre Interessen ähnlich der „America First“-Sichtweise definieren. Die tiefe Ablehnung einer verrechtlichten Weltordnung, also einer Ordnung mit einer institutionalisierten Ebene oberhalb von Nationalstaaten, entspringt dem Gedanken, dass jeder Staat in der angestrebten Rückkehr zum vermeintlichen Naturzustand auf sich allein gestellt sein wird und selbst für die eigene Sicherheit sorgen muss. Gemäß diesem Zustand sind Staaten zur Selbsthilfe verdammt, eine weitere prominente Idee des Realismus, die vom Politikwissenschaftler John Mearsheimer wie folgt zusammengefasst wird: „In der internationalen Politik hilft Gott denen, die sich selbst helfen.“<sup>16</sup> Die grundlegende Skepsis gegenüber der NATO als internationaler Organisation ist zusammen mit der Aufforderung an europäische Staaten, mehr in die eigene Verteidigung zu investieren, nur logische Konsequenz dieser Auffassung.

Dass in der von der Trump-Regierung angestrebten Weltordnung souveräner Nationalstaaten mächtige Staaten ohne die als lästig empfundenen internationalen Institutionen dominieren würden, offenbart das Spannungsverhältnis zweier dem Souveränitätsbegriff immanenter Deutungsmöglichkeiten, auf die der Politikwissenschaftler Stanley Hoffmann hin-

weist:<sup>17</sup> Als zentrale staatliche Eigenschaft und fundamentaler Grundsatz der internationalen Ordnung begriffen, geht mit Souveränität ein striktes, die Souveränität aller Staaten schützendes Interventionsverbot einher. Verstanden als Ausschluss jeglicher Einschränkung oder Regulierung der auswärtigen Handlungsfreiheit – sei es durch das Völkerrecht, internationale Institutionen oder vorherrschende Normen –, sind jedoch der Idee der Selbsthilfe, mit der Staaten ihre Interessen aufgrund fehlender Instanzen jenseits des eigenen Nationalstaats sichern müssen, keinerlei Grenzen gesetzt. Trumps jüngste Äußerungen, dass „seine eigene Moral“ die einzige Einschränkung seines Handelns definiere,<sup>18</sup> geben Grund zur Annahme, dass seine Regierung in ihrer Außenpolitik das von Hoffmann beschriebene Spannungsverhältnis trotz anderslautender Bekundungen<sup>19</sup> eher nicht zugunsten der souveränen Gleichheit aller Staaten auslegt.

## IM WESTEN NICHTS NEUES

Der in der Trump-Regierung vorherrschende Souveränismus ist kein neues Phänomen in der US-amerikanischen Außenpolitik. Bereits in der frühen Geschichte der noch jungen Republik, lange bevor sich die Vereinigten Staaten in den Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 allmählich zur ernstzunehmenden Weltmacht entwickelten, einer Zeit also, in der dem noch jungen Staat die militärischen Fähigkeiten zur Durchsetzung seiner ambitionierten Ziele fehlten, setzten Entscheidungsträger in Washington ihren außenpolitischen Fokus auf absolute Handlungsfreiheit.

Die bekannteste Manifestierung dieser auf Ausschluss europäischer Großmächte aus der westlichen Hemisphäre setzenden Auffassung ist die Monroe-Doktrin des Jahres 1823, mit der sich der fünfte US-Präsident James Monroe entschieden gegen eine befürchtete europäische Re-

<sup>15</sup> Vgl. John R. Bolton, *Should We Take Global Governance Seriously?*, in: *Chicago Journal of International Law* 2/2000, S. 205–221.

<sup>16</sup> John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001, S. 33.

<sup>17</sup> Vgl. Stanley Hoffmann, *The Problem of Intervention*, in: Hedley Bull (Hrsg.), *Intervention in World Politics*, Oxford 1984, S. 7–28, hier insb. S. 11.

<sup>18</sup> Vgl. David E. Sanger et al., *Trump Lays Out a Vision of Power Restrained Only by „My Own Morality“*, 8. 1. 2026, [www.nytimes.com/2026/01/08/us/politics/trump-interview-power-morality.html](https://www.nytimes.com/2026/01/08/us/politics/trump-interview-power-morality.html).

<sup>19</sup> Die nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung spricht von einer „Prädisposition zum Nicht-Interventionismus“. Vgl. *National Security Strategy* (Anm. 12), S. 9.

kolonisierung des sich in Richtung Unabhängigkeit bewegenden südamerikanischen Kontinents stellte. Die weitaus weniger bekannte Manifestierung dieser Außenpolitik war die bereits im Jahre 1808 auf ungestörte außenpolitische Expansion setzende „Large Policy“, mithilfe derer der dritte US-Präsident Thomas Jefferson den weltanschaulichen Grundstein für die 15 Jahre später verkündete Monroe-Doktrin seines Amtsnachfolgers legte.<sup>20</sup>

Das souveränistische Kernelement sowohl der Large Policy als auch der Monroe-Doktrin war die fundamentale Weigerung, internationale Politik als einen Raum zu begreifen, in dem alle Staaten durch die ihnen zugestandene Souveränität vor Eingriffen anderer Staaten Schutz genießen. Die Negierung souveräner Gleichheit in den internationalen Beziehungen wohnte bereits beiden außenpolitischen Grundsätzen der noch jungen USA inne, denn diese formulierten den klaren Anspruch der Vereinigten Staaten, zumindest in der westlichen Hemisphäre keinerlei Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit zu tolerieren.

Mit der vollständigen Erschließung des nordamerikanischen Kontinents, einer auf über 77 Millionen Menschen angewachsenen Bevölkerung im Jahre 1901 und eines durch die Industrialisierung möglich gemachten Ausbaus des US-Militärs gelang den Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Aufstieg in die Riege der Weltmächte.<sup>21</sup> Ausgestattet mit den notwendigen Machtmitteln, war es der 26. US-Präsident Theodore Roosevelt, der mit seiner „Roosevelt Corollary“ die Monroe-Doktrin 1904 offensiv uminterpretierte und die ohnehin der Doktrin immanente Negierung souveräner Gleichheit nun explizit zum Grundsatz der US-Außenpolitik machte. Fortan bedeutete uneingeschränkte Handlungsfreiheit in der US-Außenpolitik, dass Staaten des amerikanischen Kontinents jederzeit mit militärischen Interventionen rechnen mussten, sofern sie auferlegte Bedingungen guter Regierungsführung aus Sicht der USA missachteten.<sup>22</sup>

Erst drei Jahrzehnte später und nach zahlreichen Interventionen in der Dominikanischen Republik, Haiti, Honduras, Kuba, Mexiko und Nicaragua erkannte der 32. US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 den Grundsatz der Nicht-Intervention offiziell an.<sup>23</sup> Doch auch in der Zeit danach, insbesondere im Kalten Krieg, ging der souveränistische Anspruch außenpolitischer Handlungsfreiheit mit Eingriffen in die innenpolitischen Belange zahlreicher Staaten einher, nun sogar global statt nur im „westlichen“ Teil der Welt.

Der souveränistische Anspruch der Trump-Regierung, jegliche Handlungseinschränkung durch internationale Verträge und Organisationen zu vermeiden, blickt ebenfalls auf eine lange Tradition zurück. Das vielleicht bekannteste Beispiel für diese fundamentale Skepsis war der gescheiterte Versuch, im US-Senat die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten im 1919 gegründeten Völkerbund mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu ratifizieren. Auch wenn der damalige demokratische US-Präsident Woodrow Wilson energisch für den Völkerbund als internationale Organisation zur Sicherung des im Ersten Weltkrieg erkämpften Friedens warb: Die republikanischen Senatoren lehnten den Beitritt mit der Begründung ab, die von Völkerbundmitgliedern zu garantierende territoriale Integrität und Unabhängigkeit anderer Mitgliedsstaaten sei eine unzumutbare Einschränkung der souveränen Rechte der USA, gar eine Gefahr für die konstitutionelle Integrität des Landes.<sup>24</sup>

## HANDLUNGSFREIHEIT IM INNERN

Eine tatsächliche Neuheit im Vergleich zu früheren US-Präsidentschaften ist eher im Anspruch der Trump-Regierung auf innenpolitische Handlungsfreiheit zu verorten. Denn die uneingeschränkte Handlungsfreiheit, die das auf eine lange Tradition zurückblickende souveränistische Weltbild im auswärtigen Handeln einfordert, spiegelt sich in der Trump-Regierung auch intern in der unangefochtenen Stellung des Präsidenten innerhalb des US-amerikanischen politischen Systems wider. Gewiss, Warnungen vor einer „imperialen Präsidentschaft“, also der These Arthur Schlesingers über den unkontrollier-

**20** Vgl. Robert W. Tucker/David C. Hendrickson, *Empire of Liberty. The Statecraft of Thomas Jefferson*, New York 1990, S. 29.

**21** Vgl. George C. Herring, *From Colony to Superpower. U.S. Foreign Relations Since 1776*, Oxford 2008, S. 339.

**22** Vgl. Ghalehdar (Anm. 4), S. 56f.

**23** Vgl. Krasner (Anm. 7), S. 21.

**24** Vgl. John A. Thompson, *A Sense of Power. The Roots of America's Global Role*, Ithaca 2015, S. 99–102.

baren Machtzuwachs der Exekutive jenseits der Grenzen der Verfassung, gibt es schon länger.<sup>25</sup> Dennoch lassen drei Faktoren Trumps Stellung sowohl innerhalb der Exekutive als auch im Verhältnis zur Legislative als besonders herausgehoben erscheinen.

Erstens findet im Weißen Haus eine fortschreitende Deinstitutionalisierung in Trumps eigenem Machtapparat statt. Das liegt zum einen an der abrupten Trendumkehr mit Blick auf Stellenbesetzungen in US-Ministerien; bereits in Trumps erstem Amtsjahr wurden 220 000 Stellen abgeschafft.<sup>26</sup> Zum anderen bevorzugt Trump einen Entscheidungsfindungsprozess auf Ad-hoc-Basis, bei dem der Kreis der beteiligten Entscheidungsträger innerhalb der Exekutive von Fall zu Fall variiert. Medienberichten zufolge waren beispielsweise die Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste, Tulsi Gabbard, und Vizepräsident JD Vance nicht an den monatelangen Vorbereitungen des Maduro-Sturzes beteiligt, während Außenminister Rubio eine herausgehobene Rolle in den Planungen einnahm.<sup>27</sup>

Zweitens hat sich die Machtbalance zwischen Trump und dem US-Kongress in außenpolitischen Fragen noch weiter in Richtung des Präsidenten verschoben. Trump setzt hier einen Trend fort, der bereits unter seinen Vorgängern begann. Dass der Kongress jedoch von Maduros Sturz erst im Nachhinein informiert und auch sonst bei wichtigen Entscheidungen nicht konsultiert wurde, treibt diesen Trend auf die Spitze.

Drittens hat der Oberste Gerichtshof mit seinem aufsehenerregenden Urteil vom Juli 2025 ein Infragestellen des präsidentiellen Machtzuwach-

ses merklich erschwert. Mit seiner konservativen Mehrheit entschied der Supreme Court, dass US-Präsidenten bei amtlichen Handlungen, die den Kern ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben betreffen, grundsätzlich Immunität genießen.<sup>28</sup>

## AMERICA FIRST

Stärker als in den Präsidentschaften seiner Vorgänger begünstigt Trumps herausgehobene Stellung im US-Machtgefüge die Wirkmacht seines souveränistischen Weltbilds auf die US-Außenpolitik.<sup>29</sup> Und anders als noch in seiner ersten Amtszeit versteht sich sein Kabinett nicht als einhegende, sondern als umsetzende Institution. „America First“ wird somit zur Projektionsfläche der Vorstellungen des Präsidenten, wie Trump selbst bereitwillig erklärte.<sup>30</sup> Die damit einhergehende Elastizität, gar Beliebigkeit von „America First“, aber auch der „Donroe“-Doktrin, ist nicht nur Gegenstand vereinzelter Kritik aus Trumps eigenem Lager, sondern wird auch künftig die internationale Gemeinschaft im Unklaren darüber lassen, wie die Trump-Regierung kurz- und mittelfristig außenpolitisch agieren wird.

Dessen ungeachtet zeigt ein Blick in die Geschichte der US-Außenpolitik, dass der Souveränismus in der Trump-Regierung an eine lange Tradition anknüpft, sowohl mit Blick auf die Skepsis gegenüber internationalen Organisationen als auch den Anspruch, keinerlei Einschränkungen im auswärtigen Handeln zu tolerieren.

**25** Vgl. Arthur M. Schlesinger, *The Imperial Presidency*, Boston 1973.

**26** Vgl. Emily Badger/Francesca Paris/Alicia Parlapiano, *220,000 Fewer Workers. How Trump's Cuts Affected Every Federal Agency*, 9.1.2026, [www.nytimes.com/interactive/2026/01/09/upshot/trump-workforce-cuts-table.html](http://www.nytimes.com/interactive/2026/01/09/upshot/trump-workforce-cuts-table.html).

**27** Vgl. Warren P. Strobel, *Gabbard MIA on Venezuela Operation Amid Tensions Over Trump Policy*, 7.1.2026, [www.washingtonpost.com/national-security/2026/01/07/gabbard-trump-venezuela-intervention-intelligence](http://www.washingtonpost.com/national-security/2026/01/07/gabbard-trump-venezuela-intervention-intelligence).

**28** Vgl. *Trump v. United States*, 1.7.2024, [www.supremecourt.gov/opinions/23pdf/23-939\\_e2pg.pdf](http://www.supremecourt.gov/opinions/23pdf/23-939_e2pg.pdf).

**29** Zur Rolle kausaler Überzeugungen von US-Präsidenten in US-Interventionsentscheidungen vgl. Elizabeth N. Saunders, *Leaders at War. How Presidents Shape Military Interventions*, Ithaca 2011.

**30** Vgl. Michael Scherer, *Trump Says He Decides What „America First“ Means*, 14.6.2025, [www.theatlantic.com/politics/archive/2025/06/trump-interview-iran-israel/683192](http://www.theatlantic.com/politics/archive/2025/06/trump-interview-iran-israel/683192).

## PAYAM GHALEHDAR

ist promovierter Politikwissenschaftler und zurzeit im Auswärtigen Amt tätig. Seine bisherige Forschung umfasst militärische Interventionen und US-Außenpolitik. 2021 erschien sein Buch „The Origins of Overthrow. How Emotional Frustration Shapes US Regime Change Interventions“ bei Oxford University Press.



# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Sport und Politik

### CALL FOR PAPERS

Sport tut in der Regel nicht nur dem oder der einzelnen Sporttreibenden gut, sondern auch der Gesellschaft insgesamt. Sportvereine organisieren ehrenamtliches Engagement und sorgen für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt; Spitzenathleten unterhalten, faszinieren und repräsentieren über Ländergrenzen hinweg; und große Sportereignisse bleiben nicht selten als prägende zeitgeschichtliche Momente im kollektiven Gedächtnis. Die Förderung des Sports – in der Breite wie in der Spitze – liegt daher im staatlichen Interesse. Zugleich ist Sport immer auch politisch: Die Förderung unterliegt politischer Prioritätensetzung, und häufig ist das sportliche Spielfeld ein besonders sichtbarer, oftmals sogar internationaler Austragungsort gesellschaftlicher und politischer Konflikte etwa über Nation, Machtverhältnisse, Identität, Geschlecht oder Kommerz.

Für die im Dezember erscheinende Ausgabe 51/2026 suchen wir Beiträge, die sich aus unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Perspektiven und im zeitgeschichtlichen Kontext mit dem Thema „Sport und Politik“ auseinandersetzen – analytisch fundiert und zugleich allgemeinverständlich geschrieben.

Exposés mit einem Umfang von höchstens 4000 Zeichen (ein bis zwei Seiten) können bis zum 18. Juni 2026 per E-Mail an [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de) eingereicht werden. Aus den Exposés sollen die zugrunde liegenden Leitfragen und die Struktur des Beitrags klar hervorgehen. Bitte fügen Sie auch einen Kurzlebenslauf bei.

Vor der Auswahl der Autorinnen und Autoren durch die APuZ-Redaktion werden alle eingereichten Exposés anonymisiert. Bewertungskriterien sind Originalität sowie wissenschaftliche und politische Relevanz. Die Autorinnen und Autoren haben anschließend bis zum 23. Oktober 2026 Zeit, ihre Beiträge im Umfang von etwa 26 000 Zeichen (inkl. Leerzeichen und Fußnoten) zu schreiben.

„Aus Politik und Zeitgeschichte“ – die Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ – wird von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben. Sie veröffentlicht wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zu zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Themen sowie zu aktuellen politischen Fragen. Die Zeitschrift ist ein Forum kontroverser Diskussion, führt in komplexe Wissensgebiete ein und bietet eine ausgewogene Mischung aus grundsätzlichen und aktuellen Analysen. Sie fungiert als Scharnier zwischen Wissenschaft, politischer Bildung und breiter Öffentlichkeit. Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften!

Bundeszentrale für politische Bildung  
Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“  
Bundeskanzlerplatz 2  
53113 Bonn

[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Juni 2026

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Julia Heinrich  
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Leontien Potthoff (Volontärin)  
Isabel Röder  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

„DAS PARLAMENT“ ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe  
27–28/2026, 27. Juni 2026

MADE  
IN GERMANY



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)